

**Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte
in der Revolution 1918/19**

Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19

Dokumente der Vollversammlungen
und des Vollzugsrates
Vom Ausbruch der Revolution
bis zum 1. Reichsrätekongreß

Herausgegeben von
Gerhard Engel, Bärbel Holtz und Ingo Materna



Akademie Verlag

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Gross-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution

**1918/19: Dokumente der Vollversammlungen und des
Vollzugsrates; vom Ausbruch der Revolution bis zum**

1. Reichsrätekongress / hrsg. von Gerhard Engel ... – Berlin:

Akad. Verl., 1993

ISBN 3-05-002247-7

NE. Engel, Gerhard [Hrsg.]

© Akademie Verlag GmbH, Berlin 1993

Der Akademie Verlag ist ein Unternehmen der VCH Verlagsgruppe.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Das eingesetzte Papier entspricht der amerikanischen Norm ANSI Z.39.48 – 1984 bzw. der europäischen Norm ISO TC 46.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

All rights reserved (including those of translation into other languages). No part of this book may be reproduced in any form – by photoprinting, microfilm, or any other means – nor transmitted or translated into a machine language without written permission from the publishers.

Druck: GAM Media GmbH, Berlin

Bindung: Dieter Mikolai, Berlin

Einbandgestaltung: Ralf Michaelis, Berlin

Printed in the Federal Republic of Germany

INHALT

Vorwort	VI
Einleitung	
1. Über das Projekt	VII
2. Zum Entstehen der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin	X
3. Über Stellung, Zusammenstellung und Aktivitäten der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte	XXVII
4. Zur Struktur der Quellen	XLV
5. Zur Einrichtung der Edition	LX
Verzeichnis der Dokumente	LXIV
Verzeichnis der verkürzt zitierten Literatur	LXXVIII
Verzeichnis der Abkürzungen	LXXXV
Dokumente	1
Personenregister	919
Sachregister	937

VORWORT

Die deutsche Revolution 1918/19 markiert einen der bedeutsamen Wendepunkte in der Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert.

Mit dem Ende des 1. Weltkrieges und dem revolutionären Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik war das Entstehen und Wirken der Arbeiter- und Soldatenräte entscheidend verknüpft. Eine exponierte Funktion für das Reich, für Preußen und die deutsche Hauptstadt hatten die Arbeiter- und Soldatenräte Berlins und ihr Vollzugsrat. Ihre Tätigkeit wird im vorliegenden Band für einen bedeutenden Zeitraum dokumentiert: vom Ausbruch der Revolution bis zum Ende des 1. Reichsrätekongresses am 20. Dezember 1918. Das Mitglied des Vollzugsrates, der prominente SPD-Politiker und spätere Reichskanzler Hermann Müller (-Franken), erklärte am 18. Dezember 1918: "Unsere Tätigkeit wird von der Geschichte einmal beurteilt werden, wenn die Protokolle veröffentlicht werden." Erst jetzt, 75 Jahre nach diesen bewegenden Ereignissen, werden die entsprechenden Dokumente, bisher nur in wenigen Einzelstücken bekannt, publiziert.

Dafür haben die Herausgeber vor allem den Archiven und ihren Mitarbeitern zu danken, die die wichtigsten Bestände zu unserer Problematik bewahrten und zur Veröffentlichung bereitstellten: dem Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam; dem Archiv der sozialen Demokratie Bonn-Bad Godesberg; dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv München; dem Zentralen Parteiarchiv des inzwischen aufgelösten Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung Berlin; dem Landes-/Stadt-Archiv Berlin.

Unser Dank gilt auch der Deutschen Forschungsgemeinschaft und ihren Gutachtern, die das Projekt durch Rat und finanzielle Mittel förderten. Besonderen Dank schulden die Herausgeber Frau Regina Matthias (Berlin), die durch ihre Mitarbeit großen Anteil an der Fertigstellung des Manuskripts hatte, sowie Herrn Michael Huch (Berlin) für seine Hilfe bei der Erstellung der Druckvorlage.

Berlin, im März 1993

Die Herausgeber

EINLEITUNG

1. Über das Projekt

Mit dem Erscheinen der Quellenbände über den Rat der Volksbeauftragten¹ und das Kabinett Scheidemann² sowie über den Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik³ liegen Grundlagenwerke für die Erforschung und Darstellung der deutschen Revolution von 1918/19, ihrer zentralen Organe, vor. Es bleibt eine Lücke zu schließen: Neben und mit dem Rat der Volksbeauftragten als Revolutionsregierung entstand und agierte der Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, der vom 10. November bis zum 1. Reichsrätekongreß (16.-20. Dezember 1918) als (provisorische) zentrale Instanz der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte und - wenn auch nicht unumstritten - als oberstes gesetzgebendes und auch vollziehendes Organ der Republik verstanden wurde. Der Berliner Vollzugsrat galt auch als maßgebendes Räteorgan für Preußen. Schließlich und vor allem war er aber oberstes Gremium der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte. Diese Funktion blieb ihm nach dem Rätekongreß, nach dem seine zentralen Aufgaben für das Reich und Preußen auf den dort gewählten Zentralrat übergingen.

1 Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19. Mit einer Einleitung von Erich Matthias, bearb. von Susanne Miller unter Mitwirkung von Heinrich Potthoff, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd.I u. II, Düsseldorf 1969; zit. als: Regierung der Volksbeauftragten.

2 Das Kabinett Scheidemann, 13. Februar-20. Juni 1919. Bearb. von Hagen Schulze, Boppard a. Rh. 1971.

3 Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik. 19. Dezember 1918-8. April 1919. Bearb. von Eberhard Kolb unter Mitwirkung von Reinhard Rürup, Leiden 1968; zit. als: Zentralrat.

Somit vervollständigt die vorliegende Edition die Quellenbasis für die Revolutionsgeschichtsschreibung in einem Eckpunkt, sie ergänzt die Publikationen über den Rat der Volksbeauftragten und den Zentralrat, hängt mit diesen vielfältig zusammen und rundet sie ab. Erst jetzt liegt eine lückenlose Dokumentation der zentralen deutschen Revolutionsorgane vor. Sie wird die Interpretations- und Urteilsmöglichkeiten über grundlegende politische Entwicklungen erweitern.

Die Dokumentation ist jedoch nicht auf den Berliner Vollzugsrat als zentrales deutsches Räteorgan beschränkt. Sie ist zugleich angelegt als Quellenpublikation für die Berliner Arbeiter- und Soldatenräte als revolutionäre Organisationsform in der deutschen und preußischen Hauptstadt und in der Region Groß-Berlin.⁴ Sie konzentriert sich allerdings auf die Vollversammlungen der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, genauer: die Versammlungen der Arbeiterräte sowie der Soldatenräte Groß-Berlins, die überwiegend getrennt voneinander tagten. Mit Beginn des Jahres 1919 tagten außerdem Vollversammlungen der kommunalen Arbeiterräte, die in den nachfolgenden Bänden berücksichtigt werden sollen. Es ist nicht vorgesehen, die Publikation auf Arbeiter- und Soldatenräte in einzelnen Städten und Landgemeinden im Groß-Berliner Raum auszuweiten, etwa auf das 1920 in der neuen Einheitsgemeinde Berlin zusammengeschlossene Territorium. Dennoch möchte die Dokumentation die Publikationsreihe über die regionalen und lokalen Räteorganisationen, die mit Bänden über Württemberg⁵ und Baden⁶ begonnen wurde, für das Gebiet Groß-Berlin fortführen und somit die Kenntnisse

4 Die Wahlen zu den Arbeiterräten Groß-Berlins für Mitte Dezember 1918 waren für das Gebiet des Zweckverbandes (1912) ausgeschrieben (vgl. Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, [im weiteren BAP], St 11/1, Bl. 243), d.h. die Stadtkreise Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln, Wilmersdorf, Spandau, die Landkreise Teltow und Niederbarnim sowie die Gemeinden Steglitz, Groß-Lichterfelde, Friedenau, Köpenick, Boxhagen-Rummelsburg, Pankow, Weißensee und Reinickendorf. Der Berliner Soldatenrat beanspruchte für den Bereich des Gardekorps Kompetenz, nur seine Vertreter hatten Stimmrecht in der "großen Soldatenratsversammlung"; die Soldatenräte des III. Armee-korps hatten beratende Stimme und bildeten einen eigenen Zentralrat (vgl. BAP, St 11/4, Bl. 80/81). Die insgesamt instabile Organisationsstruktur der Räte in Groß-Berlin wird unten behandelt. (Siehe S. XXX-XXXVIII).

5 Regionale und lokale Räteorganisationen in Württemberg 1918/19. Bearb. von Eberhard Kolb und Klaus Schönhoven. (Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19. Hrsg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 2), Düsseldorf 1976.

6 Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden 1918/19. Bearb. von Peter Brandt und Reinhard Rürup. (Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19, Bd. 3), Düsseldorf 1980.

über die deutsche Rätebewegung vervollständigen. Dazu müssen weitere regionale und lokale Vergleiche auf der Basis neuer Quellen angestellt werden.

Urteile und Wertungen werden weiterhin - wie schon in der umfangreichen Literatur über die Revolution im allgemeinen, die Rätebewegung und die Rolle Berlins im revolutionären Prozeß im besonderen sichtbar - strittig und kontrovers bleiben. Um jedoch eine präzisere Urteilsbildung zu ermöglichen und die Forschung zu befruchten, muß eine vollständige, ungekürzte Fassung der Quellen vorgelegt werden, ein nochmaliger Gang in die Archive sollte sich für diese Dokumente erübrigen. Die vollständige Wiedergabe der Dokumente "trotz schlechter stilistischer Form und scheinbarer Belanglosigkeit"⁷, die langen Passagen über Nebensächlichkeiten und drittrangige Fragen, das Ausweichen und die Ausflüchte, all das gehört unbedingt in die deutsche Revolutionsgeschichte, das ist die "Alltagsgeschichte der Revolution" von 1918/19.

Für die "zentralen" Berliner Räte in der Revolution 1918/1919, also den Zeitraum von Anfang November 1918 bis zum Frühsommer 1919, liegen über 5.000 Blatt Archivalien und andere Dokumente vor.⁸ Damit ist von einer vergleichsweise sehr guten Quellenlage zu sprechen. Sie beginnen mit dem Protokoll der großen Versammlung der am 10. November 1918 gewählten Berliner Arbeiter- und Soldatenräte und enden mit Protokollen des Vollzugsrats und der Vollversammlung der Arbeiterräte im Juli 1919, nach der Spaltung des Vollzugsrats in einen SPD- und einen USPD-KPD-Vollzugsrat. Dieses Ereignis markiert - mit nationalen Entwicklungen zusammengesehen - für die Berliner Revolutionsgeschichte und die Rätebewegung eine tiefe Zäsur.

Für einen ersten Band, der hier vorliegt, ergab sich mit dem 1. Reichsrätekongreß, der Wahl des Zentralrats am 19. Dezember und der Übergabe der Reichs- und preußischen Funktionen des Berliner Vollzugsrats an den Zentralrat am 21. Dezember 1918 ein logischer Einschnitt. Dieser Band wird in sich abgeschlossen gestaltet, d.h. Einführung und Kommentierung, Register und Ausstattung konzentrieren sich auf den eingegrenzten Dokumentationszeitabschnitt.

7 Zentralrat, S. VII.

8 Über die Struktur der Quellen wird später genauer zu berichten sein. (S. XLV-LX).

2. Zum Entstehen der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin

Die Revolution erfaßte Berlin am 9. November 1918.⁹ Im Unterschied zu fast allen anderen Städten und Orten lebte in der Hauptstadt eine, wenn auch kurze Tradition der Rätebewegung.

Bereits nach der Februarrevolution 1917 in Rußland wurden in Berlin Kenntnisse über Existenz und Kampf russischer Räte, der Sowjets, verbreitet¹⁰ und während des Aprilstreiks wurde aufgerufen, nach deren Vorbild Arbeiterräte zur Leitung des Kampfes für Frieden, Freiheit und Brot zu bilden. Am 18. und 19. April entstanden in Berlin erste Arbeiterräte.¹¹ Nach der Oktoberrevolution, der Errichtung der Sowjetmacht in Rußland, propagierte die Spartakusgruppe verstärkt die Bildung von Räten, um neben den auf Burgfrieden orientierten rechtssozialdemokratischen Gewerkschaftsführern Organe zur Leitung des politischen Massenstreiks zu schaffen. Erstmals bildeten Berliner Arbeiter während des Januarstreiks 1918¹² in größerer Zahl in den Rüstungsfabriken Räte, die im über 400 Mitglieder zählenden Groß-Berliner Arbeiterrat mit einem "Aktionsausschuß" zusammengefaßt waren. In den Aktionsausschuß des Arbeiterrates kamen aus dem Kreis der Revolutionären Obleute: Paul Blumenthal, Paul Eckert, Otto Kraatz, Heinrich Malzahn, Richard Müller (Vorsitzender des Aktionsausschusses), Paul Neuendorf, Paul Scholze (bereits Arbeiterrat im April 1917), Paul Tirpitz, Otto Tost, Fritz Zim-

9 Einen Überblick über die Entwicklung und den Stand der Forschungen zur deutschen Revolution 1918/19 bietet Eberhard Kolb, *Die Weimarer Republik*, 2. Aufl., München 1988, S. 153-163; mit spezifischer Sicht auf Berlin in der Revolution: Frank Dingel, *Bücher zur Einführung und zum Weiterlesen*, in: *Revolution und Fotografie. Berlin 1918/19*, Berlin 1989, S. 65-84. Allgemein: Georg P. Meyer, *Bibliographie zur deutschen Revolution 1918/19*. Göttingen 1977.

10 Vgl. den Aufruf des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten vom 14. März 1917 in: "Spartacus", Nr. 5 (Mai 1917), in: *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Reihe II: 1914-1945, Bd. 1, Juli 1914 - Oktober 1917, Berlin 1958, S. 579-580; zit. als: *Dokumente und Materialien II/1*.

11 Vgl. Heinrich Scheel, *Der Aprilstreik 1917 in Berlin*, in: *Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917/1918*. Red. Albert Schreiner, Berlin 1957, S. 53 f.; zit. als: *Revolutionäre Ereignisse und Probleme*. Dirk H. Müller, *Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918. Ein Beitrag zur Geschichte des Lokalismus, des Syndikalismus und der entstehenden Rätebewegung*, Berlin 1985, S. 303 f.; zit. als: Dirk H. Müller.

12 Vgl. Walter Bartel, *Der Januarstreik in Berlin*, in: *Revolutionäre Ereignisse und Probleme*, S. 141-183.

mermann; dazu trat Cläre Casper, die zu diesem Zeitpunkt dem Kreis der Revolutionären Obleute noch nicht angehörte.¹³ Der Aktionsausschuß konstituierte sich unter Einschluß der Führer der USPD Hugo Haase, Georg Ledebour und Wilhelm Dittmann und der Führer der SPD Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Braun (dann Otto Wels).¹⁴ Der Aktionsausschuß bildete hinsichtlich mehrerer Personen und in seiner parteiübergreifenden Form einen Vorläufer der späteren Revolutionsorgane.

Eine direkte Entwicklungslinie führt vom Aktionsausschuß des Januarstreiks zum "Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates" am Vorabend der Revolution. Gewissermaßen eine Zwischenstufe bildete die "Unterstützungskommission der Berliner Arbeiterschaft", die für die Opfer des Januarstreiks wirkte und unter Leitung von Emil Barth stand, der anstelle des zum Militär eingezogenen Richard Müller die Obleutebewegung leitete. Dieser Kommission gehörten Mitglieder des Aktionsausschusses des Arbeiterrates vom Januar 1918 an: Paul Eckert, Paul Neundorf, Paul Tirpitz.¹⁵ Nachdem zunächst, im Februar 1918, die Kommission von USPD-Mitgliedern begründet worden war, bestand die 19-köpfige Kommission im April dann paritätisch aus USPD- und SPD-Mitgliedern,¹⁶ ein Modellfall für die Bildung des Vollzugsrats im November, wie man vermuten kann. Zu den Revolutionären Obleuten, die der USPD angehörten, z.T. der Spartakusgruppe nahestanden, traten Betriebsvertrauensleute, Gewerkschafter verschiedener Branchen, die der SPD verbunden waren.

13 Zur Entwicklung der Revolutionären Obleute vgl. Erwin Winkler, *Die Bewegung der Berliner Revolutionären Obleute im ersten Weltkrieg. Entstehung und Entwicklung bis 1917*. Phil. Diss. Berlin 1964; zit. als: Erwin Winkler. Biographische Angaben bei Dirk H. Müller, S. 311, Anm. 163 sowie in diesem Band bei der Ersterwähnung im Dokumententeil.

14 Richard Müller, *Vom Kaiserreich zur Republik*. Bd. I: Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung während des Weltkrieges, Wien 1924, S. 104 f.; zit. als: Richard Müller, I. Ders., Bd. II: *Die Novemberrevolution*, Wien 1925; zit. als: Richard Müller, II. Ders., [Bd. III]: *Der Bürgerkrieg in Deutschland. Geburtswehen der Republik*, Berlin 1925; zit. als Richard Müller, III (Neuausgabe: Richard Müller, *Geschichte der deutschen Revolution*, Bd. I, eingel. von Frank Dingel, 2. Aufl. Berlin 1979; Bd. II, 3. Aufl. Berlin 1979; Bd. III, 2. Aufl. Berlin 1979).

15 Dirk H. Müller, S. 316.

16 Historische Kommission zu Berlin, *Nachlaß E. Barth*, 5, Bl. 44.

Ende Oktober erschien ein Aufruf des Berliner "Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates".¹⁷ Zu der Leitung der Revolutionären Obleute gehörten seit dem 26. Oktober der gerade (am 23. Oktober) aus dem Zuchthaus entlassene Karl Liebknecht, der aus dem holländischen Exil zurückgekehrte Wilhelm Pieck und der in der Berliner Antikriegsarbeit erfahrene Ernst Meyer von der Spartakusgruppe. Teilweise bereits länger wirkten die führenden USPD-Funktionäre Hugo Haase, Wilhelm Dittmann, Georg Ledebour und Ernst Däumig mit den USPD-Obleuten zusammen. Diese Erweiterung des Kreises bzw. der Leitung der Revolutionären Obleute bedeutete eine neue Qualität. Offenbar verstanden sich die Obleute nach dem Januarstreik als Arbeitervertreter, als Arbeiterräte. Es kann angenommen werden, daß die Neubenennung auch von den Spartakusführern aktiv betrieben wurde, hatte doch die Spartakusgruppe nach dem Januarstreik die Bildung von Räten als proletarische, revolutionär-demokratische Kampforgane propagiert. Sie sollten die Massen zur Revolution führen und die "deutsche Volksrepublik" ausrufen. Ausdrücklich sollten die Führer der SPD aus den Räten, nach den Erfahrungen im Januarstreik, ausgeschlossen bleiben. Die illegale Konferenz der Spartakusgruppe am 7. Oktober in Berlin beschloß, "die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten sofort in allen Orten in Angriff zu nehmen, soweit solche Räte bisher nicht in Funktion getreten sind".¹⁸ Durch die Verbindung mit den Revolutionären Obleuten und den leitenden USPD-Funktionären schien jetzt die organisatorische Basis für einen Arbeiterrat in Berlin gewonnen.

Das Flugblatt des Vollzugsausschusses vom Ende Oktober formulierte programmatische Ziele, um die der Kampf jetzt geführt werden sollte. Im betonten Gegensatz zu den "Regierungssozialisten", den in der Regierung Max von Baden koalierenden Führern der SPD, appellierte der Vollzugsausschuß an Arbeiter und Soldaten, bereit zu sein, "ganze Arbeit" zu machen. Es gelte, "sein Alles einzusetzen für Frieden und Freiheit. Beides erlangt ihr aber nur in einer sozialistischen Republik"¹⁹. Diese Forderungen kann man als gemeinsame politische Plattform der im Vollzugsausschuß zusammengeschlossenen politischen Kräfte, die formell

17 In diesem Bd.: Dok. 1. In den Aufzeichnungen des Hauptmanns Gustav Böhm wird berichtet, ein solches Flugblatt sei bereits am 27. Oktober an der Tür der Inspektion der Luftschißer in Berlin gefunden worden. Aufzeichnungen des Hauptmanns Gustav Böhm, S. 52. Vgl. auch: Dirk H. Müller, S. 319-320.

18 Dokumente und Materialien, zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 2: November 1917 - Dezember 1918, Berlin 1957, S. 233; zit. als: Dokumente und Materialien, II/2.; vgl. die "Spartakus-Flugblätter" vom Oktober 1918, ebenda, S. 221-223, 244-245, 248-250.

19 Dok. 2.

alle der USPD angehörten, ansehen. Gemeinsam war der Appell an die Arbeiter und ausdrücklich auch an die Soldaten, die zwar in der Unterschrift des Aufrufs mitgenannt waren, jedoch wohl erst mit der Aufnahme des Pionieroberleutnants Eduard Walz in den Ausschuß Anfang November einen ersten Vertreter fanden.

Die Losung: "Bereit sein ist alles!"²⁰, die das Flugblatt abschloß, muß als eine noch abwartende, hinhaltende Parole beurteilt werden, die sich sicher aus den unterschiedlichen Positionen vor allem Hugo Haases, Wilhelm Dittmanns, aber auch Richard Müllers und Emil Barths einerseits und der Spartakusfunktionäre andererseits über die Auslösung des revolutionären Aufstandes erklärt. Diese Meinungsverschiedenheiten beherrschen die Arbeit des Vollzugsausschusses bis zum 8. November.²¹ Auffällig ist auch, daß als Ziel des Kampfes um Frieden und Freiheit "die sozialistische Republik" formuliert ist, ohne daß präzisere Aussagen über deren Gestaltung getroffen werden. Zur Bildung von Räten wird nicht ausdrücklich aufgefordert.

Es verdient nochmals hervorgehoben zu werden, daß sich in Berlin in der Phase der Vorbereitung des revolutionären Aufstandes mit dem Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates ein Gremium bildete, das schließlich am 8. November die Arbeiter und Soldaten Berlins zum "Kampf für Friede, Freiheit und Brot", für "die sozialistische Republik mit allen ihren Konsequenzen"²² aufrief. Daher ist es wohl gerechtfertigt, die Dokumentation über die Berliner Arbeiter- und Soldatenräte mit diesen Flugblättern zu beginnen.

Gleichzeitig erschien ein gesondertes Flugblatt der "Gruppe Internationale (Spartakusgruppe)" mit den Unterschriften Karl Liebknechts und Ernst Meyers, das ebenfalls revolutionäres Handeln für die sozialistische Republik forderte, jedoch außerdem detailliert die nächsten Ziele des Kampfes formulierte: "... 3. Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten, Wahl von Delegierten hierzu in allen Fabriken und Truppenteilen. 4. Sofortige Aufnahme der Beziehungen zu den übrigen deutschen Arbeiter- und Soldatenräten. 5. Übernahme der Regierung durch die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte ..." ²³. In nachfolgenden Flugblättern vom 9. November und im Aufruf, den "Die Rote Fahne" am 10. November veröffentlichte, verlangte die Spartakusgruppe "die Übernahme sämtlicher militärischer und ziviler Behörden und Kommandostellen durch Vertrauensmänner des Arbeiter-

20 Ebenda.

21 Vgl. Dirk H. Müller, S. 319 f.

22 Dok. 3.

23 Dokumente und Materialien, II/2, S. 324-325.

Einleitung

und Soldatenrates", "Übernahme der Regierung durch den Berliner Arbeiter- und Soldatenrat bis zur Errichtung eines Reichs-Arbeiter- und Soldatenrates" sowie die "Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten in ganz Deutschland, in deren Hand ausschließlich Gesetzgebung und Verwaltung liegen. Zur Wahl der Arbeiter- und Soldatenräte schreitet das gesamte erwachsene werktätige Volk in Stadt und Land ohne Unterschied der Geschlechter"²⁴.

An diesem Grundkonzept, Deutschland sollte eine sozialistische Republik sein, in der die gesamte legislative, exekutive und jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten liegen sollte, hielt Karl Liebknecht und mit ihm die Spartakusgruppe fest, auch als Liebknecht das Angebot erhielt, in die Revolutionsregierung einzutreten.²⁵ Und es war gerade diese Frage, an der sich die Geister schieden.

Angesichts des revolutionären Aufstandes am 9. November in Berlin, mittags, als die Demonstrationzüge das Zentrum erreichten, erklärte Reichskanzler Prinz Max von Baden den Thronverzicht des Kaisers, kündigte allgemeine Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung an und übergab das Reichskanzleramt an den Vorsitzenden der SPD, Friedrich Ebert. Der Mitvorsitzende der SPD, Philipp Scheidemann, rief am Reichstag die deutsche Republik aus. Reichskanzler Ebert, der offenbar noch immer an irgendeine monarchistische Regierungsform dachte, reagierte empört, aber die Revolution zwang zu noch weitergehenden Veränderungen.

Am Nachmittag begannen die Verhandlungen mit Vertretern der USPD über eine paritätisch zu bildende Regierung. In diesen Verhandlungen setzten die SPD-Führer ihre Position gegen die Forderungen der USPD-Funktionäre, die zunächst im Grundsatz der Haltung Liebknechts weitgehend entsprachen, in allem Wesentlichen durch.²⁶

Ausdrücklich wies der Parteivorstand der SPD die Forderung der USPD zurück, daß in der deutschen Republik "die gesamte exekutive, legislative und jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten" sein, d.h. "Alle Macht den Räten" gehören sollte. Mit dieser Forderung, so die SPD-Führer, sei "die Diktatur eines Teils einer Klasse gemeint, hinter dem nicht die Volksmehrheit

24 Ebenda, S. 328-329, 341-342 (hier zitiert).

25 Siehe Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, Berlin 1974, S. 593; zit. als: Karl Liebknecht, Gesammelte Reden, IX.

26 Dokumente und Materialien, II/2, S. 331-332.

steht" und die daher "unseren demokratischen Grundsätzen widerspricht". Ihr Ziel sei die "soziale Republik", über die "das Volk durch eine konstituierende Versammlung zu entscheiden"²⁷ habe. Der Parteivorstand der USPD erklärte seine Bereitschaft, "in das Kabinett" einzutreten, "um die revolutionären sozialistischen Errungenschaften zu befestigen", unter einigen Bedingungen, die die zunächst aufgestellten Grundsätze abschwächten und den SPD-Positionen anpaßten.²⁸ Obgleich die Rätewahl durch den SPD-Vorstand deutlich abgelehnt worden war, hielt der USPD-Vorstand an der Formulierung fest: "Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die zu einer Vollversammlung aus dem ganzen Reiche alsbald zusammenzuberufen sind"²⁹. Die Frage der konstituierenden Versammlung suchte man hinauszuschieben, sie sollte "erst nach einer Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Zustände aktuell" werden und "deshalb späteren Erörterungen vorbehalten bleiben".³⁰ Diese Bedingungen seien "von dem Wunsche eines geschlossenen Auftretens des Proletariats" bestimmt und bei Annahme dieser "Bedingungen" habe der USPD-Vorstand Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth "in das Kabinett" delegiert. Mit der Bildung des von SPD und USPD paritätisch besetzten Kabinetts war anscheinend "die Einigkeit der Sozialisten hergestellt". Um ihren "revolutionären Charakter" zu unterstreichen, nannte sich die Regierung - angelehnt an den Rätegedanken und offensichtlich an den sowjetischen Rat der Volkskommissare - Rat der Volksbeauftragten. Mit Wilhelm Dittmann, der nach dem Januarstreik 1918 inhaftiert war, und Emil Barth, der 1918 eine führende Rolle bei den Berliner Obleuten gespielt hatte, kamen zwei bekannte Arbeiterfunktionäre in die Regierung, die ihr zusätzlich revolutionäre Glaubwürdigkeit verleihen konnten.

Trotz der Ablehnung einer Rätewahl konnten die SPD-Führer nicht die mit der revolutionären Erhebung überall entstehenden Arbeiter- und Soldatenräte ignorieren oder sie gar, wie bis zum Ausbruch der Revolution, offen bekämpfen. Wie schon andernorts, beispielhaft in Kiel durch Gustav Noske, erprobt, suchten die SPD-Führer jetzt auch in Berlin Anschluß und - wenn irgend möglich - entscheidenden Einfluß auf die revolutionäre Bewegung und ihre Organe, die Räte, zu gewinnen.³¹

27 Ebenda, S. 331.

28 Ebenda, S. 346.

29 Ebenda.

30 Ebenda.

31 Zum folgenden: Ingo Materna, Der Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte 1918/19, Berlin 1978, S. 20-21; zit. als: Ingo Materna.

Am Mittag des 9. November erschien ein Extrablatt des "Vorwärts", in dem "Der Arbeiter- und Soldatenrat" zum Generalstreik für die "soziale Republik" und zur "Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung" aufrief. Dieser Arbeiter- und Soldatenrat war vom Parteivorstand der SPD (mit Friedrich Ebert, Otto Wels und Otto Braun) in der Parteizentrale in der Lindenstraße aus 12 Betriebsvertrauensleuten, mit denen sich der Vorstand noch am Abend des 8. November über die Möglichkeit beriet, den Aufstand in Berlin zu verhindern, gebildet worden. Er besaß also keine Legitimation durch Berliner Arbeiter und Soldaten. Zumindest vorzeitig war die Behauptung: "Die Bewegung wird gemeinschaftlich geleitet von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands"³².

Ein weiteres Flugblatt dieses "Arbeiter- und Soldatenrates" und des Vorstandes der SPD verkündete, daß mit der Abdankung des Kaisers (die offiziell nicht erfolgt war), der "freie Volksstaat" da sei, und mit Eberts Reichskanzlerschaft sei die öffentliche Gewalt in den "Händen des Volkes". Schnellstens werde eine verfassunggebende Nationalversammlung zusammentreten. Der Aufruf wandte sich gegen den Streik in lebenswichtigen Betrieben. Damit sollte, wie Hermann Müller später (1928) schrieb, der Generalstreik überhaupt beendet werden.³³

So wie die SPD-Führung versuchte, mit diesem Arbeiter- und Soldatenrat für Berlin alle Räte, die sich in der Hauptstadt bildeten, leitend in die Hand zu bekommen, so bildete sie im Preußischen Kriegsministerium einen "Aktionsausschuß der Groß-Berliner Truppen" zur Leitung aller Soldatenräte. Man verzichtete hier - sicher absichtlich - auf den Begriff "Rat". Ebert bestätigte als Reichskanzler diesem Ausschuß, er sei "die Spitze der ausführenden Militärgewalt, die er unabhängig von irgendwelchen Parteizwistigkeiten so lange ausübt, bis die einzuberufende Nationalversammlung andere Bestimmungen getroffen hat"³⁴. Bis zum Morgen des

32 Dok. 4.

33 Hermann Müller-Franken, Die Novemberrevolution. Erinnerungen, Berlin 1928, S. 60; zit. als: Hermann Müller-Franken, Novemberrevolution. Der Aufruf in diesem Band, Dok. 6.

34 Richard Müller, II, S. 25; Vgl. auch: Aus den Geburtsstunden der Weimarer Republik. Das Tagebuch des Obersten Ernst van den Bergh. Hrsg. von Wolfram Wette, Düsseldorf 1991, S. 44 ff.; "Vorwärts", Nr. 311, 11. November 1918, gibt folgende Zusammensetzung: Hans Coler, Aug. Dibbern, Christ. K. Finzel, R. Hepner, Curt Fugelt, Fritz Kretschmer, Brutus Molkenbuhr, Oskar Schäfer, Erich Schulz, Friedr. Trippe, Hugo Wels, Gerh. Wilken, Hans Wolf. (Es wird hier auf Verifizierung einiger Namen verzichtet - d.H.)

10. November bildeten sich mindestens fünf weitere Vollzugsausschüsse der Soldatenräte, denen jeweils ein Reichstagsabgeordneter der SPD angehörte.

Vielfach bezeugt ist die besondere Aktivität des Reichstags-Abgeordneten Otto Wels bei der Arbeit unter den Soldaten; die bewaffnete Macht unter sozialdemokratischen Einfluß zu bringen, erschien als eine vordringliche Angelegenheit.³⁵

Die USPD-Leitung berief am Abend des 9. November in den Reichstag eine Versammlung von Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren, die Emil Barth leitete. Es konstituierte sich ein Soldatenrat, dem die ehemaligen Offiziere und bekannten Pazifisten Hans Georg von Beerfelde und Hans Paasche (beide waren am 9. November aus der Haft befreit) ebenso angehörten wie der SPD-Funktionär und Leutnant Max Cohen; dazu Emil Barth selbst, der nicht Soldat war.³⁶

Außer ihren oben erwähnten "Arbeiter- und Soldatenräten" konstituierte die SPD-Führung noch einen "Volksausschuß", der die "gemeinnützigen Einrichtungen" Berlins schützen sollte und in seiner Zusammensetzung wohl ihren Vorstellungen von einem Organ der Revolution am besten entsprach. Die Berliner Leitung der SPD vertrat Eugen Ernst, die der USPD Carl Leid, die Freien Gewerkschaften Alwin Körsten. Präsent waren auch die Hirsch-Dunckerschen und die christlichen Gewerkschaften. Den Vorsitz führte der sozialdemokratische Stadtverordnete und Stadtrat Johann Sassenbach. Oberbürgermeister Adolf Wermuth vervollständigte diesen Volksausschuß, der zusammen mit der Gewerkschaftskommission Berlin, einem Soldatenrat und dem "Bevollmächtigten des Reichskanzlers und des Ministers des Innern" Paul Hirsch am 10. November einen Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates unterschrieb: "Zur wirksamen Durchführung der revolutionären Bewegung ist Ruhe und Ordnung nötig".³⁷

Jedoch entstanden neben diesen "Arbeiter- und Soldatenräten", die die Ordnung stabilisieren und die revolutionierten Arbeiter und Soldaten wieder in das lediglich an der obersten Spitze veränderte System einordnen sollten, überall in Berlin weitere Arbeiter- und Soldatenräte sehr unterschiedlicher sozialer Zusammensetzung und politischen Profils.

35 Ulrich Kluge, Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/1919, Göttingen 1975, S. 88; zit. als: Ulrich Kluge.

36 Dieser Soldatenrat bestand vermutlich weiter aus Hermann Bergmann, Felix Bernhagen, Heinrich Denecke, Charles Gelberg, Otto Strobel, Baecker, Hoeske, Lempert, Steinecke (vgl. "Vossische Zeitung", Nr. 577, 11. November 1918; Namen nicht verifiziert).

37 Richard Müller, II, S. 31.

Einleitung

Am Abend des 9. November fand im großen Sitzungssaal des Reichstages eine improvisierte Beratung der "bereits gewählten Arbeiter- und Soldatenräte" statt, die vielfach als erste Sitzung der Berliner Räte bezeichnet wird. "Die Zusammensetzung war eine recht zufällige und gemischte, denn wohl keiner der Anwesenden war als Rat gewählt worden", schrieb Wilhelm Pieck in seinen Erinnerungen über die Novemberrevolution.³⁸ Neben anderen Rednern feierte Emil Barth den Sieg der Revolution und sprach von der kommenden sozialistischen Republik. Schließlich nahm die Versammlung einen Antrag Richard Müllers an, von dem er später schrieb, er sei "ohne gründliche Prüfung, aus der Not der Stunde geboren"³⁹.

Am 10. November um 10 Uhr sollte in allen Betrieben und Truppenteilen die Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten durchgeführt werden. Frauen sind wählbar, hieß es, und "die Angestellten sind als Arbeiter zu betrachten". Die gewählten Räte sollten sich um 17 Uhr im Zirkus Busch (sein festes Haus stand am Spreeufer, nahe dem S-Bahnhof Börse, später Marx-Engels-Platz, heute Hackescher Markt) versammeln, um die provisorische Regierung zu wählen. Je 1.000 Arbeiter und Arbeiterinnen hatten dafür einen Delegierten zu wählen, ebenso alle Soldaten je Bataillon bzw. Formation. Kleinere Betriebe (unter 500 Beschäftigte) vereinigten sich zur Wahl eines Arbeiterratsmitgliedes.⁴⁰

Dieser Beschluß erfolgte einstimmig, war indessen, was die Versammlung am 10. November um 17 Uhr anging, nicht eindeutig formuliert. Die Wahlkörper sollten ihre Räte wählen, über deren zahlenmäßige und politische Zusammensetzung und Aufgaben nichts gesagt worden war, und es sollten Delegierte gewählt werden für den Berliner Arbeiter- und Soldatenrat, was lediglich aus dem Nachsatz "Kleinere Betriebe unter 500 Mann vereinigen sich zur Wahl eines Arbeiterratsmitgliedes" zu entnehmen ist. Zur Versammlung im Zirkus Busch waren "die gewählten Arbeiter- und Soldatenräte" geladen, das konnte durchaus eine Einladung an alle Räte Berlins überhaupt, nicht nur der Delegierten bedeuten. Der Aufruf berücksichtigte nicht die Kommunen, die Städte und Gemeinden, die im

38 Wilhelm Pieck, *Gesammelte Reden und Schriften*, Bd. I, Berlin 1959, S. 431; zit. als: Wilhelm Pieck, I.

39 Richard Müller, II, S. 33.

40 Text im: "Vorwärts", Nr. 310, 10. November 1918. In der "Berliner Volkszeitung", Nr. 574, 10. November 1918, die an diesem Tag als Publikationsorgan des Arbeiter- und Soldatenrates sowie der Unabhängigen Sozialdemokratie von Berlin und Umgebung erschien, hieß es: "Diese gewählten Delegierten treten nachmittags 5 Uhr im Zirkus Busch als provisorische Regierung der sozialen Republik Deutschland zusammen". Diese Erklärung entstand vor der Einigung von SPD und USPD über die Bildung der Regierung.

Zweckverband Berlin über die eigentliche Stadt mit ihren sechs alten Bezirken hinaus zusammengefaßt waren.

Ungeachtet dieser Unstimmigkeiten und trotz der überaus knappen Zeit (zwischen dem Beschluß am Samstagabend 22 Uhr und den Wahlen am Sonntagvormittag 10 Uhr lagen 12 Stunden) wählten Berliner Arbeiter und Soldaten ihre Räte. Es ist bezeugt, daß viele Arbeiter wegen der Zeitnot nicht an den Wahlen teilnehmen konnten. Für die Situation bei den Soldatenratswahlen kann man ähnliches annehmen.⁴¹

Die Spartakusgruppe forderte Arbeiter und Soldaten auf, die Revolution entschieden fortzuführen, denn: "Mit der Abdankung von ein paar Hohenzollern ist es nicht getan. Noch viel weniger ist es getan damit, daß ein paar Regierungssozialisten mehr an die Spitze treten." In zehn Punkten verlangte sie "die sofortige Herbeiführung eines proletarisch-sozialistischen Friedens ... und die Umwandlung der Gesellschaft in eine sozialistische". In ganz Deutschland sollten Arbeiter- und Soldatenräte gewählt werden und die Macht übernehmen.⁴² Spartakus warnte in einem gesonderten Flugblatt vor der Wahl von 'Regierungssozialisten'. "Sie haben die Revolution vier Jahre lang verraten und werden es weiter tun". Keine Stimme sollte auch solchen Sozialisten zufallen, die "mit den Bürgerlichen oder den Regierungssozialisten in eine Regierung" einzutreten bereit seien.⁴³ In allen Versammlungen sollte die "unverzögliche Wiederherstellung der deutschen Beziehungen zur Sozialistischen Russischen Sowjetrepublik" sowie die Delegation Rosa Luxemburgs in den zu wählenden Zentralen Arbeiter- und Soldatenrat gefordert werden.⁴⁴

Ähnlich argumentierten die Mehrheit der Revolutionären Obleute und USPD-Funktionäre wie Georg Ledebour und Ernst Däumig, die den Eintritt in die Regierung mit der SPD ablehnten. Sie forderten die Arbeiter auf, keine rechten Sozialdemokraten zu wählen, nur "Leute im richtigen Arbeitsverhältnis", keine Partei- und Gewerkschaftsangestellten⁴⁵. Ein Teil der Obleute dachte wohl, mit der Auf-

41 "Mitteilungsblatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgebung", Nr. 35 vom 17. November 1918. Über die "militärische" Wahl eines Soldatenrates berichtet Wilhelm Hünecke, *Wir kämpften für die Macht der Räte*. In: 1918. Erinnerungen von Veteranen der deutschen Gewerkschaftsbewegung an die Novemberrevolution (1914-1920), Berlin 1960, S. 689; zit. als: 1918. Erinnerungen.

42 Dokumente und Materialien, II/2, S. 341-342.

43 Ebenda, S. 347.

44 Ebenda, S. 344-345.

45 "Berliner Volkszeitung", Nr. 574, 10. November 1918.

Einleitung

nahme von Emil Barth in den Rat der Volksbeauftragten eine Position in der "Revolutionsregierung" gewonnen zu haben.

In einer Beratung vor der Vollversammlung der Räte beschlossen die Revolutionären Obleute, einen Aktionsausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte wählen zu lassen, eine "Körperschaft", die sich auf die revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte stützen konnte, die mit diesen den Kampf gegen alle aufnehmen sollte, die sich der "Sicherung und Fortführung der Revolution entgegenstellten".

Angesichts des Kräfteverhältnisses in der Räteversammlung infolge der Wahlergebnisse vom Vormittag, wollte man über die Aufgaben des Aktionsausschusses möglichst nicht sprechen, er sollte vielmehr ohne Debatte, "gewissermaßen durch einen Bluff" zustandekommen.⁴⁶ Ihm sollten ausschließlich Mitglieder aus den Kreisen der Revolutionären Obleute sowie aus der Spartakusgruppe angehören, also die Fortführung des Vollzugsausschusses ohne einige der USPD-Führer wie Hugo Haase und Wilhelm Dittmann, die inzwischen mit den SPD-Führern die Regierung bildeten. Offenbar war an ein revolutionäres Gremium als Gegengewicht zur Regierung gedacht.

Es ist nicht zu erkennen, ob die USPD-Führung um Haase-Dittmann außer den Verhandlungen mit der SPD um die "sozialistische Regierung" sich etwa auch an der Vorbereitung der Räteversammlung beteiligt hätte.

Spartakus, Revolutionäre Obleute und linke USPD-Funktionäre orientierten sich auf die Festigung der Positionen der Räte als Organe, mit denen die Revolution zu sichern und weiterzuführen war. Deutliche Unterschiede gab es in der Zielstellung, was weiter zu tun war.

Die Kreise um Georg Ledebour, "genierten" sich, "im voraus Machtbefugnisse in Anspruch zu nehmen". Man vertraute auch weiterhin darauf, wie Ledebour Mitte 1919 formulierte, daß "das Entscheiden ... bewirkt (wird) durch die revolutionäre Macht der Massenbewegung"⁴⁷; man setzte also auf die spontane Weiterentwicklung der revolutionären Bewegung. Dem entsprach auch die Position vieler Obleute und ihres Leiters Richard Müller, der - allerdings rückblickend - schrieb: "Am Tage des Aufstandes bedurfte es keiner Leitung, sie wäre auch rein technisch nicht möglich gewesen, jeder mußte nach eigenem Ermessen, wie es die Situation erforderte, handeln."⁴⁸ Die im Vollzugsausschuß zusammenwirkenden

46 Richard Müller, II, S. 36.

47 Der Ledebourprozeß. Gesamtdarstellung des Prozesses gegen Ledebour. Bearb. und mit einem Vorwort versehen von Georg Ledebour, Berlin 1919, S. 39, 51; zit. als: Der Ledebourprozeß.

48 Richard Müller, II, S. 16.

Kräfte in der USPD waren also nicht nur schwach organisiert, sondern auch politisch-strategisch auf die revolutionären Aufgaben völlig unzureichend vorbereitet und, wie die Stellung zur Regierungsbildung am 9./10. November offenlegte, prinzipiell unterschiedlicher Auffassung. Die unter leitenden USPD-Funktionären und Revolutionären Obleuten vorherrschenden Auffassungen über Organisiertheit und Spontaneität der Bewegung berührten sich mit manch ähnlichen Vorstellungen in der Spartakusgruppe. Diese war infolge ihrer absoluten organisatorischen Schwäche und sektiererischen Positionen nicht in der Lage, ihre politische Konzeption als selbständige politische Kraft bei den Rätewahlen in Berlin durchzusetzen.

Die SPD-Führung machte alle Anstrengungen, das im Vorfeld der Revolution gerade in Berlin verlorene Terrain zurückzugewinnen. Ihr politisch-organisatorischer Apparat, ihre Presse und Institutionen, ihre Funktionäre und Mitglieder waren im Unterschied zur USPD und zur Spartakusgruppe kaum Repressalien seitens der Staatsorgane ausgesetzt gewesen, im Gegenteil - sie hatten Förderung und Unterstützung erhalten. Die SPD war schließlich seit Anfang Oktober selbst "staatstragende" Partei und hatte ihren Tiefstand (in Berlin) vom Sommer 1916/Frühjahr 1917 bereits vor Ausbruch der Revolution weitgehend überwunden. Hatte die SPD-Führung 1916 fast alle Leitungsfunktionen in den Berliner Wahlkreisorganisationen und im Bezirksverband verloren, hatte sich auch die Mehrheit der Berliner Mitglieder nach der Gründung der USPD 1917 dieser Partei angeschlossen,⁴⁹ seit Neugründung der Bezirksorganisation am 29. April 1917 hatte die SPD-Führung angestrengt um die Rückgewinnung ihres Einflusses unter der hauptstädtischen Arbeiterschaft gerungen.

Unter der Überschrift "Kein Bruderkampf" formulierte der Leitartikel des "Vorwärts" vom 10. November⁵⁰ die Position der SPD-Führung angesichts der revolutionären Massenerhebung mit Sicht auf die Rätewahlen. Der "Sieg des Volkes über das alte System" lasse den alten Streit vergessen. Man habe sich in der "alten geschlossenen Partei" geeinigt. Die (allerdings noch nicht endgültig gebil-

49 Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1, Berlin 1987, S. 631. Die USPD zählte am 1. Juli 1917 in Berlin 28.000 Mitglieder; die MSPD (Mehrheits-SPD) mit etwa 6.500 hätte sich hier also Minderheits-SPD nennen müssen. Bis zum Vorabend der Revolution ging die Zahl der USPD-Mitglieder in Berlin auf 18 bis 20.000 zurück ("Die Freiheit", Nr. 304, 30. Juni 1919). Die SPD hatte wahrscheinlich zu diesem Zeitpunkt eine ähnliche Mitgliederstärke. Mit der Revolution und der Rückkehr der sozialdemokratischen Soldaten veränderten sich die Mitgliederstärken bedeutend.

50 "Vorwärts", Nr. 310, 10. November 1918.

dete) neue Regierung sei eine "Arbeiter- und Soldatenregierung, eine Volksregierung, die den Frieden und die Ernährung sichern, die Demobilisation und das Wirtschaftsleben organisieren" würde. Voraussetzung für diese Politik sei, daß die "Arbeiterklasse einig und geschlossen bleibt", sonst drohten "russisches Chaos" und Elend. Diese Vorstellungen entsprachen in vielem den Wünschen und Hoffnungen zahlreicher Berliner Arbeiter und beeinflussten sie bei den Räte-Wahlen, die unter den Losungen von der sozialistischen "Einheit" und der politischen "Parität" durchgeführt wurden, nachhaltig. Funktionäre der SPD, "die am Tage zuvor aus dem Betrieb geprügelt worden waren, weil sie sich dem Generalstreik nicht anschließen wollten"⁵¹, wurden jetzt in die Räte und als Delegierte zur Vollversammlung gewählt. Vielfach konnte sich die SPD-Führung auf ihre Betriebsvertrauensleute und Gewerkschaftsfunktionäre stützen. Eine gewisse Rolle bei der Wahl spielten auch Funktionäre, die in den auf Grund des Hilfsdienstgesetzes vom Dezember 1916 gebildeten Arbeiterausschüssen gewirkt hatten.

Während bei der Wahl der Arbeiterräte wohl durchweg das Prinzip der Parität, also der zahlenmäßigen Gleichheit zwischen SPD- und USPD-Mitgliedern, befolgt wurde, gelang es den SPD-Führern, die Mehrheit der Soldatenräte zu gewinnen. Bei der heterogenen sozialen und politischen Zusammensetzung der Soldaten konnte man auf das parteipolitische Paritätsprinzip verzichten, das unter den Arbeitern als ein Zeichen der "Gleichberechtigung" beider sozialdemokratischen Parteien, eine Bestätigung für gemeinsames revolutionäres Handeln begrüßt wurde. Im Unterschied zu den Arbeiterräten hatten die Soldatenräte keinerlei Vorbilder und Traditionen in der deutschen Geschichte. Sicher gab es gewisse Vorstellungen über die Soldaten-Sowjets. In einigen Fällen waren vielleicht die Menagekommissionen ein Begriff, sie hatten beim Aufstand in der deutschen Hochseeflotte 1917 eine den Räten in mancher Beziehung ähnliche Funktion ausgeübt. Viele der aktiven Soldatenräte entstammten der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, manche auch bürgerlich-demokratischen Kreisen; einige entpuppten sich alsbald als Repräsentanten offen konterrevolutionärer Ideen und Gruppierungen. "Die Entscheidung in der Zirkus-Busch-Versammlung durfte auf keinen Fall dem Zufall überlassen werden"⁵², schrieb (später) das Mitglied des Parteivorstandes der SPD, Hermann Müller. Am Nachmittag des 10. November versammelten sich Soldatenräte, unter ihnen Unteroffiziere und selbst Offiziere, die der "Politik des Vorwärts" folgten, im Gebäude des Parteivorstandes in der Lindenstraße. Hier er-

51 Richard Müller, II, S. 36.

52 Hermann Müller-Franken, Novemberrevolution, S. 69.

läuterte Otto Wels, die SPD solle in der Versammlung überrumpelt werden und nicht an der Regierung beteiligt sein. Die Räteversammlung hätte kein Recht, die Regierung zu wählen. Das Volk solle bestimmen, daher sei die Nationalversammlung notwendig. Bis zu ihrem Zusammentreten müsse eine aus SPD- und USPD-Vertretern bestehende Regierung arbeiten. Unter Leitung von Brutus Molkenbuhr, Soldatenrat und Sohn des SPD-Vorstandsmitglieds Hermann Molkenbuhr, marschierten 148 Soldatenräte zum Zirkus Busch.⁵³

Um 17 Uhr begann im überfüllten Zirkusgebäude die erste Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte. Die Wahlen am Morgen hatten infolge der Kurzfristigkeit und der mangelnden Organisation, auch wegen der unklaren Einladung, zu einer 3 000-köpfigen Versammlung geführt. Über die Legitimationen der Anwesenden erfolgte keine Kontrolle. Allgemein wird behauptet, daß die Soldaten überwogen und das äußere Bild der Versammlung bestimmten.⁵⁴ Der "Vorwärts" berichtete, daß das Verhältnis zwischen Arbeitern und Soldaten etwa 50 zu 50 war.⁵⁵ Nur Hermann Müller, der im übrigen auch festhielt, daß keine wirkliche Kontrolle der Delegierten stattfand, meint, daß die "Betriebsvertreter" gegenüber den Soldaten in der Mehrheit waren.⁵⁶

Von dieser ersten und einzigen Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte liegt ein stenographischer Bericht vor, der nachfolgend erstmalig vollständig publiziert wird.⁵⁷

Es kann nicht Aufgabe dieser Einführung sein, die weitere Entwicklung der Rätebewegung, Verlauf und Ergebnisse der fortan getrennten Versammlungen der Arbeiterräte und der Soldatenräte, die Arbeit des Vollzugsrats der Arbeiter- und

53 Ulrich Kluge, S. 88. Im Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Weimar vom 10. bis 15. Juni 1919, Berlin 1919, S. 8 heißt es, daß Vertreter von 57.000 Angehörigen der Berliner Garnison mit dem Parteivorstand beraten hätten: sie sollten die paritätische Zusammensetzung und die Festlegung auf die Wahl der Nationalversammlung erzwingen. Nach dem Delegiertenschlüssel hätten also 57 Soldaten als Vertreter der Garnison gewählt werden dürfen.

54 Wilhelm Pieck, I, S. 433. Nach Einschätzung Paul Wegmanns (Meine Revolutionsfeier, in: "Der Arbeiter-Rat", 1919, H. 39, S. 3) hätten bei der Anwendung des für die Arbeiterräte gültigen Delegiertenschlüssels 1 : 1.000 auf die Berliner Truppeneinheiten höchstens 80 Soldatenräte anwesend sein dürfen. Allerdings wird hier die unklare Formulierung der Einladung übersehen, die sich an alle gewählten Räte richtete.

55 "Vorwärts", Nr. 311, 11. November 1918.

56 Hermann Müller-Franken, Novemberrevolution, S. 70.

57 Vgl. Dok. 12.

Einleitung

Soldatenräte Groß-Berlins oder die Tätigkeit der Räte an der Basis, in den Betrieben und Truppenteilen oder auch in den Kommunen, darzustellen. Die publizierten Dokumente sprechen für sich.

Wegen der grundlegenden und weitreichenden Bedeutung der Vollversammlung am 10. November 1918 sollen jedoch einige Aspekte dieses ersten "Revolutionsparlaments" herausgestellt werden:

Zunächst muß nochmals betont werden, daß die Vollversammlung der Räte in ihrer Zusammensetzung einmalig blieb. Im folgenden versammelten sich die Soldatenräte getrennt von den Arbeiterräten; es blieb auch nach den wiederholten Neuwahlen undeutlich, wer zu den Versammlungen Zutritt hatte. Vermutlich erschienen am 10. November viele Räte, die nicht ausdrücklich in den Berliner Arbeiter- und Soldatenrat delegiert, sondern einfach Mitglied eines Rates in einem Betrieb oder Truppenteil waren.

Alle weiteren "Vollversammlungen" sind dann getrennt nach Arbeiterräten und Soldatenräten - mit jeweils anwesenden Repräsentanten der anderen Gruppe - durchgeführt worden. Teilnehmer waren dann nur noch die nach einem Delegiertenschlüssel von den z.T. zusammengeführten Wahlkörpern gewählten Delegierten. Man müßte also eigentlich im weiteren von Delegiertenversammlungen statt von Vollversammlungen sprechen.

Schon in der Zirkus-Busch-Versammlung machten die Ansprachen von Friedrich Ebert für die SPD, Hugo Haase für die USPD und Karl Liebknecht für Spartakus/Revolutionäre Obleute und USP-Linke deutlich, daß sich die Delegierten nach "parlamentarischen" Fraktionen zu organisieren begannen. Das zeigten auch die Auseinandersetzungen über das Führungsorgan der Räte, das nach den Ereignissen am 9./10. November neu zu wählen war.

Der bisherige Vollzugsausschuß bedurfte der Erneuerung und Erweiterung, war der bisherige Ausschuß doch begrenzt auf Vertreter der Revolutionären Obleute, vorwiegend Metallarbeiterfunktionäre, leitende USPD- und Spartakusfunktionäre. Zugleich hatten die USPD-Führer Hugo Haase, Wilhelm Dittmann sowie Emil Barth - wenn auch offenbar aus unterschiedlichen Gründen - die Regierung mit der SPD gebildet. Nach heftigen Auseinandersetzungen beschloß die Versammlung "mit an Einstimmigkeit grenzender Mehrheit" einen 24-köpfigen Aktionsausschuß zu wählen, der sich nach seiner Konstituierung am 11. November als "Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats in Berlin" oder auch als "Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats Groß-Berlin" (bzw. "Groß-Berlins") bezeichnete. Sehr gebräuchlich war auch "Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins", die wohl zutreffendste Bezeichnung, die daher auch bei der Charakterisie-

rung der Dokumente durch die Herausgeber durchgängig verwendet wird. In den Dokumenten findet sich auch "Der Vollzugsrat der Arbeiter und Soldaten", "Der Vollzugsrat des Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrats". Es hielt sich weiter die ursprüngliche Bezeichnung "Vollzugsausschuß". Bisweilen erschien auch der Zusatz (so im Stempel vom November 1918)⁵⁸ "Deutsche Sozialistische Republik".

Im Frühjahr 1919 trugen die Briefe den Kopf "Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates in Berlin".

Die Stadt Berlin bildete neben der Vollversammlung und dem Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte, der "Höchsten Gewalt"⁵⁹ in Berlin, wie der Vorsitzende des Vollzugsrats Richard Müller noch im Januar 1919 meinte, keinen gesonderten "Kommunalen Arbeiterrat", wie sie in den Städten und Gemeinden im Groß-Berliner Raum entstanden. Die kommunalen Arbeiterräte Groß-Berlins formierten Anfang 1919 eine eigene Vollversammlung und erhielten damit ihre Vertretung im Berliner Vollzugsrat.

Räte der Angestellten oder der "Rat der geistigen Arbeiter" wurden nicht ausdrücklich von den Arbeiterräten unterschieden und hatten ihre Vertreter in den Vollversammlungen.⁶⁰ Studenten, Burschenschaften, Beamte verschiedener Kategorien, Lehrer, Artisten, Journalisten, Rechtsanwälte bildeten Räte besonderer Art, ähnlich den "Bürgerräten"⁶¹.

Schließlich bestätigte die Berliner Räteversammlung auf Vorschlag Richard Müllers den Rat der Volksbeauftragten in der von SPD- und USPD-Vertretern vereinbarten Zusammensetzung als "Revolutionsregierung". Ein Kompromiß zwischen Kontinuität, wie er mit der Bildung der Regierung Max von Baden und den Reichstagsbeschlüssen vom Ende Oktober, der Übertragung des Reichskanzleramtes an Friedrich Ebert am 9. November und den "Koalitionsverhandlungen" SPD/USPD angelegt war, und revolutionärem Umbruch, wie er nachdrücklich im Aufruf "An das werktätige Volk"⁶² Ausdruck fand, den die Versammlung einstimmig verabschiedete.

Der Aufruf formulierte programmatisch Charakter und Aufgaben der "deutsche(n) sozialistische(n) Republik": "Die Träger der politischen Macht sind

58 Dok. 55.

59 Vgl. BAP, St 11/4, Bl. 45.

60 Vgl. BAP, St 11/5, Bl. 32.

61 Vgl. Dok. 61, Anm. 14/15; Sigurd-Herbert Schmidt, Bürgerräte in Groß-Berlin 1918/19. Eine Organisation der Bourgeoisie im Kampf gegen die Arbeiter- und Soldatenräte. Phil. Diss., Berlin 1984.

62 Vgl. Dok. 13. Der Entwurf stammte von Hugo Haase.

jetzt Arbeiter- und Soldatenräte". Ausdrücklich wurde die Regierung als "provisorisch" bezeichnet, "die von dem Arbeiter- und Soldatenrat Berlin bestätigt ist".

Beide oberste Revolutionsgremien erhielten also ihr Mandat von der gleichen Versammlung, die sich als "souverän" verstand.⁶³ Die Dokumente der Versammlung lassen keine klare Abgrenzung der Kompetenzen der Gremien erkennen. Die Auseinandersetzung zwischen Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte und Rat der Volksbeauftragten, der Reichsregierung, um Grundfragen der weiteren politischen Entwicklung war abzusehen. Der Verlauf der Räteversammlung brachte die latenten Gegensätze zwischen den auf Kontinuität und Reform hinarbeitenden Kräften und den auf revolutionären Umbruch orientierten Gruppierungen zum Ausdruck. Die Versammlung brachte keine Entscheidung, war lediglich ein Meilenstein in den permanenten Auseinandersetzungen in der Arbeiterbewegung, die jetzt in gewissem Maße zwischen beiden Revolutionsgremien - und in ihnen - fortgeführt wurden. Beide neugebildeten Organe betonten den Status des "Provisorischen". Der zitierte "Aufruf" enthielt diese Charakteristik für die Regierung ausdrücklich; für die Arbeiter- und Soldatenräte des ganzen Reiches war in den Bedingungen des Parteivorstandes der USPD zum Eintritt in die Regierung die alsbaldige Einberufung einer Vollversammlung vorgesehen, was natürlich die Wahl eines für das Reich dauerhaft legitimierten leitenden Rätegremiums anstelle des Vollzugsrats bedeuten würde.⁶⁴

Wie die Dokumente zeigen, waren diese Probleme für die Berliner Rätebewegung für die nächsten Wochen vorrangig, aber sie waren nicht die einzigen, vor denen die Repräsentanten der anscheinend sieghaften Revolution standen.

63 Richard Müller, II, S. 40. Der "Vorwärts", Nr. 84, 15. Februar 1919, reagierte auf eine Feststellung der Berliner Soldatenratsversammlung vom 14. Februar 1919, daß die Revolutionsregierung von den Arbeiter- und Soldatenräten eingesetzt worden sei: "Das ist falsch. Die Regierung Ebert-Haase bildete sich am 9./10. November im Reichstag durch Verhandlungen und Besprechungen der Reichstagsfraktionen der SPD und USPD unter Mitwirkung bekannter, dem Reichstag nicht angehörender Mitglieder beider Parteien, wie z.B. Dr. Breitscheids, Dr. K. Liebknechts, Emil Barths u.a.m."

64 "Vorwärts", Nr. 311, 11. November 1918; in: Dokumente und Materialien, II/2, S. 346. (Auch hier ist von den "Reichstagsfraktionen" - vgl. Anm. 63 - keine Rede). Nach den unveröffentlichten Erinnerungen Wilhelm Dittmanns (S. 871) soll er auf dem Nachhauseweg vom Reichstag am 9./10. November nachts mit Ernst Däumig einer Meinung gewesen sein, "daß schleunigst im ganzen Reiche Arbeiter- und Soldatenräte nach dem Modus der Reichstagswahlen (ohne Frauenwahlrecht? - d.H.) gewählt werden und in Berlin zu einem Kongreß zusammentreten müßten, um über die ferneren Gesicke Deutschlands zu beschließen" (Zentralrat, S. XIV).

3. Über Stellung, Zusammensetzung und Aktivitäten der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte

Bereits zwei Tage nach der Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte am 10. November legte der Ministerialdirektor im Reichskanzleramt, Dr. Walter Simons, eine Denkschrift "Über die Bildung eines allgemeinen Arbeiter- und Soldatenrats" vor.⁶⁵

In ihr hieß es: "Die Verteilung der Gewalten in der neuen Regierung ist noch keineswegs endgültig. Grundsätzlich sollte der Rat der Volkskommissare[!] der Träger der Gesetzgebung und Exekutive sein, während der Arbeiter- und Soldatenrat die politische Aufsicht über die Tätigkeit aller vollziehenden Behörden, also auch der Reichsregierung, haben sollte. In Wirklichkeit liegt die materielle Macht bei den Arbeiter- und Soldatenräten, weil sie im Besitz der Waffen sind ...". Den "Vollzugsausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins" bezeichnete Simons "als Übergangs- und Ersatzgebilde" für einen dringend notwendigen "zentralen Verwaltungskörper", der eine Zusammenfassung aller Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands darstellen würde. Diese Körperschaft "würde vermutlich, weil sie aus ausgesuchten Leuten besteht, geschäftsfähiger sein als der Vollzugsausschuß und weniger geneigt, eine von dem Rat der Volkskommissare nicht gebilligte Politik zu treiben"⁶⁶. Die "nicht gebilligte Politik" des gerade konstituierten Vollzugsrats konnte wohl nur der in seiner Mitteilung vom 11. November 1918 formulierte Anspruch sein, daß alle Anordnungen aller "kommunalen, Landes-, Reichs- und Militärbehörden", die ausdrücklich zur Fortführung ihrer Tätigkeit aufgefordert waren, "im Auftrage des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrats" erfolgen.⁶⁷ Der Vollzugsrat proklamierte sogar seinen Anspruch auf diktatorische Gewalt,⁶⁸ auf legislative wie auch auf exekutive Befugnisse. Die ihm von der Regierung zuge dachte, praktisch nicht definierte Kontrollfunktion sollte außerdem - und neben den von SPD- und USPD-Vorständen am 10. November vereinbarten "Beigeordneten" in Reichsämtern und Ministerien - wahrgenommen werden. "Alle Machtvollkommenheit ist uns übertragen", erklärte der Vorsitzende

65 BAP, Reichskanzlei, Nr. 2486/1, Bl. 2-5.

66 Ebenda, Bl. 4.

67 Vgl. Dok. 18.

68 Vgl. Dok. 16.

des Vollzugsrats Richard Müller am 19. November der Arbeiterräte-Vollversammlung.⁶⁹

Damit ist die Ausgangsposition des Rates der Volksbeauftragten und des Vollzugsrats hinreichend skizziert. Um die tatsächlichen Machtverhältnisse anzudeuten, genügt es vielleicht, auf den von Simons hervorgehobenen Aspekt der "materiellen Macht", d.h. die Verfügung über die Waffen und Truppen, zu verweisen, auf das bereits am 10. November zwischen Friedrich Ebert und Wilhelm Groener (für die Oberste Heeresleitung) vereinbarte grundsätzliche Übereinkommen einerseits und den am 12./13. November vom Vollzugsrat unternommenen, dann aber sehr rasch zurückgenommenen Versuch, eine ihm verpflichtete Revolutionstruppe, "eine Rote Garde", in Berlin zu schaffen.⁷⁰

Zugleich, am 12. November, bestätigte der Vollzugsrat die Mitglieder des politischen Kabinetts der preußischen Regierung⁷¹ und unterstrich damit sein Recht, die Mitglieder der Reichsregierung wie der Preußens zu berufen (und abzu-berufen?). Diese Kompetenz schien unbestritten. In der Bekanntmachung der Preußischen Regierung vom 12. November 1918 hieß es entsprechend: "Nachdem wir heute im Auftrag des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrats die Staatsleitung in Preußen übernommen haben ..."⁷².

Am gleichen Tage erschien ein Aufruf an die Bürger Berlins, der mitteilte: "Der Arbeiter- und Soldatenrat hat mit dem heutigen Tage die Verwaltung der Stadt Berlin übernommen".⁷³ Er war unterzeichnet von den durch den Vollzugsrat als "Volksbeauftragte für die Stadt Berlin" berufenen Stadtverordneten Bernhard Bruns, Hugo Heimann (beide SPD) und Kurt Rosenfeld, Hermann Weyl (beide USPD).

69 Vgl. Dok. 61.

70 Vgl. Dok. 26, 33.

71 Vgl. Dok. 21.

72 "Preußische Gesetzsammlung", Jg. 1918, Nr. 38, S. 187.

73 Dok. 19. Vgl. auch Adolf Wermuth, Ein Beamtenleben, Berlin 1922, S. 418-419. Am 13. November legten die Berliner Volksbeauftragten dem bereitwillig weiter amtierenden Oberbürgermeister Adolf Wermuth ein Schreiben des Vollzugsrats vor, wonach sie "für den Vollzugsrat die Kontrolle der Verwaltung der Stadt Berlin" ausüben (Nach der Erklärung Adolf Wermuths vor den Berliner Stadtverordneten am 18. November 1918, in: "Teltower Kreisblatt", Nr. 273 vom 20. November 1918). - Nach der "Berliner Volkszeitung" Nr. 615 vom 3. Dezember 1918 übernahm Siegfried Weinberg (USPD) anstelle des zum preußischen Justizminister berufenen Kurt Rosenfeld das Amt eines Berliner Volksbeauftragten.

Damit war - wenngleich provisorisch - die zentrale Funktion der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte und ihres Vollzugsrats als oberstes gesetzgebendes und vollziehendes Organ der Republik proklamiert. Sie galten - scheinbar zunächst unbestritten - auch als (provisorische) Zentralinstanz für die Arbeiter- und Soldatenräte in Preußen und dessen Regierung. Schließlich verstanden sie sich als oberste Machtorgane für die Stadt Berlin.

Die Unklarheit über die tatsächliche Stellung des Vollzugsrats, und damit seiner Funktion und Aufgaben, macht das Schreiben des Vorsitzenden Richard Müller vom 12. November 1918 deutlich, das seinen Aufruf mit dem generellen Machtanspruch an die Regierung begleitete und in dem Müller die Zustimmung der Regierung und ihre gleichzeitige Veröffentlichung mit dem Aufruf verlangte: "Die Bevölkerung soll sehen, daß die Regierung den Vollzugsrat als *oberste Kontrollbehörde* (Hervorhebung - d.H.) anerkennt"⁷⁴.

Aber auch nach einer neuerlichen Aufforderung zu dieser Erklärung am 14. November fand sich der Rat der Volksbeauftragten dazu nicht bereit. Statt dessen hieß es am gleichen Tag in der Presse "von maßgebender Seite": "Die augenblickliche Regierung betrachtet sich als Beauftragte des Vollzugausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte. Dieser Vollzugausschuß wiederum ist aus den Wahlen der Arbeiter und Soldaten hervorgegangen, die ihrerseits die Revolution gemacht haben, die zur Zeit als Ausdruck des revolutionären Volkswillens angesehen werden wollen. Die Exekutive hat der Vollzugausschuß der neuen Regierung übertragen, während er selbst gegenüber der Reichsleitung ungefähr die Stellung des früheren Hauptausschusses (des Reichstages - d.H.), die Arbeiter- und Soldatenräte aber die Stellung des revolutionären vorläufigen Parlaments einnehmen."⁷⁵ Diese Version von der Stellung des Vollzugsrats als "Hauptausschuß" und der Arbeiter- und Soldatenräte als "Parlaments"-Vertretung äußerte Friedrich Ebert auch nach einem Monat komplizierter Auseinandersetzungen (am 13. Dezember), die die Dokumente im Detail wiedergeben.⁷⁶

74 BAP, Reichskanzlei, Nr. 2482, Bl. 8. Richard Müller schrieb im Februar 1919: "Die staatsrechtliche Stellung der A.- und S.-Räte und des Vollzugsrates stand zweifelsfrei fest, jedermann erkannte sie als oberste Staatsgewalt an, nirgends leistete man den Anordnungen des Vollzugsrats Widerstand ...". (Die staatsrechtliche Stellung der Arbeiter- und Soldatenräte, in: "Der Arbeiter-Rat", Jg. 1, H. 2, S. 18.).

75 "Vossische Zeitung", Nr. 583, 14. November 1918.

76 Vgl. den Überblick zu diesem Problem im Zentralrat, S. XV ff.; Ingo Materna, S. 53 f.

Einleitung

In den Vollzugsrat waren am 10. November durch die Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte zunächst 12 Vertreter der Arbeiter und 12 Soldatenräte gewählt worden.⁷⁷ Von den 12 Arbeiterräten gehörten 6 der USPD und 6 der SPD an. Die Mitglieder der USPD waren Emil Barth, Paul Eckert, Georg Ledebour, Richard Müller, Paul Neuendorf und Paul Wegmann. Bis auf Ledebour⁷⁸, der mit Hugo Haase Vorsitzender der USPD war und eng mit den Revolutionären Obleuten zusammengearbeitet hatte, gehörten alle der Leitung der Revolutionären Obleute an. Sie waren als Metallarbeiter in verschiedenen gewerkschaftlichen Funktionen im oppositionellen Sinne tätig gewesen und hatten in den Kämpfen der Berliner Arbeiter während des Krieges führend gewirkt. Fünf der USPD-Mitglieder hatten bereits im provisorischen Vollzugausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates agiert, der zusammen mit USPD- und Spartakusführern zur Revolution aufgerufen hatte.⁷⁹ Die SPD schickte zunächst Franz Büchel, Gustav Heller, Ernst Jülich, Max Mainz, Hiob und Oskar Rusch in den Vollzugsrat. Es waren Betriebsvertrauensleute, ebenfalls vorwiegend Metallarbeiter mit gewerkschaftlichen Funktionen, mit denen der SPD-Parteivorstand seit 1917 in enger Verbindung stand.⁸⁰

Die Soldatenvertreter, die am 10. November gewählt wurden, waren: Hans Georg v. Beerfelde, Brutus Molkenbuhr, Gustav Gerhardt, Hertel, Lempert, Hans

77 Dieser Text folgt im wesentlichen: Ingo Materna, S. 34 ff. - In der Literatur wird meistens von 28 Mitgliedern des Vollzugsrats gesprochen; vgl. Richard Müller, II, S. 38; Wilhelm Pieck, I, S. 434. In den unmittelbaren Quellen (Dok. 12; "Vorwärts", Nr. 311, 11. November 1918; "Vossische Zeitung", Nr. 577, 11. November 1918; "Mitteilungsblatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend", Nr. 33, 17. November 1918) werden jedoch für den 10. November nur 12 Arbeiterratsvertreter aufgeführt, dagegen z.T. auch schon 14 Soldatenratsvertreter, deren Benennung indessen erst am nächsten Tag in einer gesonderten Soldatenratsversammlung endgültig erfolgen sollte. Offenbar hatte der Tumult in der Räteversammlung dazu geführt, daß es am Ende nicht klar war, wer eigentlich gewählt worden war.

78 Angaben zu den Personen finden sich vor allem bei: Zentralrat; Regierung der Volksbeauftragten, I.; Ingo Materna, passim. Im Dokumententeil dieses Bandes erfolgen biographische Angaben zu allen Personen bei ihrer Ersterwähnung. Literaturhinweise werden lediglich zu Berliner Arbeiter- und Soldatenräten gegeben.

79 Siehe oben, ausführlich: Erwin Winkler: Manfred Kitze, Die Berliner Arbeiterbewegung vom Ausbruch des ersten Weltkrieges bis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution unter dem Gesichtspunkt ihrer Linksentwicklung in den Wahlvereinen. Phil. Diss., Halle-Wittenberg 1966; sowie die bereits zitierten Schriften von Emil Barth und Richard Müller, I-III; Beide, Barth und Müller, entstellen und überbewerten allerdings ihre Rolle während des Krieges und in der Revolution.

80 Nach Hermann Müller-Franken, Novemberrevolution, S. 104.

Paasche, Eduard Walz, Walter Portner, Hermann Bergmann, Köhler, Echtmann, Christian K. Finzel.⁸¹ Unter diesen Soldatenräten befanden sich Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaftsdienstgrade. Einige (v. Beerfelde, Lempert, Bergmann, Paasche) gehörten dem Soldatenrat an, der am Abend des 9. November im Reichstag von Vertretern einiger Truppenteile unter Vorsitz v. Beerfeldes gebildet worden war. Molkenbuhr und Finzel waren Mitglieder des "Aktionsausschusses" im Kriegsministerium, den Ebert am 9. November als "Spitze der ausführenden Militärgewalt" bestätigt und über dessen umfassende Befugnisse er am 10. November 1918 als Reichskanzler einen Befehl an die Groß-Berliner Truppen erlassen hatte.

Zu Vorsitzenden des Vollzugsrats wurden Richard Müller und Hauptmann v. Beerfelde bestimmt.⁸²

Die Zusammensetzung des Vollzugsrats änderte sich bereits am Tage nach seiner Wahl. Es ist wahrscheinlich, daß noch am Abend des 10. November angesichts der Zahl von 14 gewählten Soldatenratsvertretern zwei weitere Arbeitervertreter nachträglich in den Vollzugsrat aufgenommen wurden: Ernst Däumig, der wie Ledebour Mitglied des Parteivorstandes der USPD war und es weiterhin prinzipiell ablehnte, eine Regierungsfunktion neben bürgerlichen und SPD-Funktionären auszuüben. Die ihm von der USPD angefragte Funktion eines "Beigeordneten" (neben Paul Göhre, SPD) im Preußischen Kriegsministerium trat er nicht an.⁸³ Er hatte offensichtlich zunächst auch Bedenken gegen eine Zusam-

81 Wie bereits erwähnt, herrschte bei der Wahl ein solches Durcheinander, daß die Angaben über die Namen der gewählten Soldatenräte voneinander abweichen. Die gegebene Aufstellung folgt dem stenographischen Bericht (Dok. 12) von der Vollversammlung, der jedoch noch Baldusz (evtl. Bartusch) und Liebchen (wahrscheinlich Liedtke) erwähnt. Im "Berliner Tageblatt", Nr. 578, 11. November 1918, wird eine Liste von 12 Soldatenräten aufgeführt, die statt Portner Bathusch erwähnt und einige Namen anders wiedergibt. Die Liste stimmt mit der Aufzählung bei Hermann Müller-Franken, Novemberrevolution, S. 89; Eduard Bernstein, Die deutsche Revolution, Berlin 1921, S. 47 wesentlich überein; hier werden Portner und Liedtke nicht aufgeführt. Bei dem erwähnten Wumpel bzw. Wimpel handelt es sich offenbar um Finzel. Für Paasche ist in allen Fällen Ha(a)se aufgeführt. Echtmann heißt im Bericht Egemann, bei Richard Müller (II, S. 38) und in der "Vossischen Zeitung" (11. November 1918) Eckmann; es kann auf Grund der vorliegenden Quellen nicht ausgeschlossen werden, daß mehr als 12 Soldatenvertreter auf die Liste des Vollzugsrats gesetzt wurden. Ulrich Kluge (S. 394, Anm. 382) zählt für den 10. November noch Liedtke und Strobel als gewählt auf; er erwähnt Finzel (statt Strobel) als neuen Vertreter am 11. November.

82 "Vorwärts", Nr. 311, 11. November 1918.

83 Siehe: "Die Freiheit", Nr. 57, 16. Dezember 1918.

menarbeit mit SPD-Vertretern und den paritätisch vertretenen Soldaten im Vollzugsrat, widmete sich dann aber mit großer Energie praktischen und - wie in den Dokumenten nachzulesen - den theoretischen Problemen der Rätearbeit.

Die SPD benannte zusätzlich Emil Gierth, einen Betriebsvertrauensmann. Da jetzt der Vorstand der SPD "größten Wert" darauf legte, "im Vollzugsrat vertreten zu sein", trat zunächst an Stelle des gewählten Hiob das Mitglied des Parteivorstandes Otto Braun, nach dessen Einsetzung als preußischer Landwirtschaftsminister am 12. November das Mitglied des Parteivorstandes Hermann Müller in den Vollzugsrat ein.⁸⁴ Das war eine für die politische Zusammensetzung des Vollzugsrats wesentliche Veränderung zugunsten der SPD-Führung.

Am 11. November kamen 6 neue Soldatenvertreter in den Vollzugsrat: Max Cohen-Reuß, Heinrich Denecke, Charles Gelberg, Felix Bernhagen, Colin Roß und Otto Strobel.⁸⁵ Außer Colin Roß, der - ein Schriftsteller und Kriegsberichterstatter - seit 1916 als Leutnant in der Auslandsabteilung der OHL, 1918 als Oberleutnant in der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes arbeitete,⁸⁶ hatten alle dem Beerfeldeschen Soldatenrat vom Abend des 9. November angehört. Von politischer Bedeutung war die Aufnahme des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Max Cohen-Reuß, der am 9./10. November für den Parteivorstand der SPD unter den Soldaten geworben hatte. Er hatte sich zu diesem Zweck seine Leutnantsuniform angezogen, tatsächlich war er für die Tätigkeit im Kriegsamt reklamiert gewesen.⁸⁷ Er war offenbar für die weitere politische Beeinflussung der Soldatenräte vom Parteivorstand der SPD ausersehen, leitete am 11. November schon die erste separate Versammlung der Soldatenräte und zog nun, "demokratisch" gewählt, in den Vollzugsrat ein.

Am 12. November schied Hauptmann v. Beerfelde aus dem Vollzugsrat aus. Er hatte versucht, "veranlaßt durch falsche Gerüchte, den Kriegsminister (Scheüch) zu verhaften"⁸⁸. Das war offenbar für den Vollzugsrat ein allzu revolutionärer

84 Siehe: Hermann Müller-Franken, Novemberrevolution. S. 91. Vgl. auch den Brief Otto Brauns an Hermann Müller vom 6. April 1929: "Ich hatte ja nur die ersten drei, freilich sehr turbulenten Tage miterlebt. Du hattest ja das zweifelhafte Vergnügen, ihn [den Vollzugsrat] bis an sein Ende zu genießen." (AdsD, Nachlaß Hermann Müller, Kassette I, Nr. 135).

85 Siehe: Dokumente und Materialien, II/2, S. 359.

86 Vgl. den Aufruf von Colin Roß, Paul Göhre, Albert Südekum und Joachim Tiburtius "An die Offiziere der Garnison Berlin" im "Berliner Tageblatt", Nr. 575, 9. November 1918.

87 Hermann Müller-Franken, Novemberrevolution, S. 98/99.

88 Richard Müller, II, S. 53.

Schritt; er wählte Brutus Molkenbuhl zum 2. Vorsitzenden des Vollzugsrats.⁸⁹ Ihn hatten die Berliner Soldatenräte in ihrer Versammlung am 11. November zu ihrem Schriftführer bestimmt. Außerdem trat an Stelle Beerfeldes das Mitglied des Aktionsausschusses im Kriegsministerium Friedrich Trippe in den Vollzugsrat ein.⁹⁰ Am 14. November wurde als Vertreter des "Marinesoldatenrats" des Admiralstabes Ernst Neviandt Mitglied des Vollzugsrats.⁹¹

Somit bestand der Vollzugsrat jetzt aus 28 Mitgliedern. Den 7 "Arbeiter"-Mitgliedern der USPD standen die 7 Mitglieder der SPD gegenüber. Aber jeder Beschluß des Vollzugsrats, seine gesamte Tätigkeit wurde mitbestimmt durch die 14 Soldatenräte. Die meisten Soldatenräte folgten den rechtssozialdemokratischen Funktionären, die unabhängig vom Vollzugsrat spezielle Soldatenratsversammlungen (mit dem 11. November beginnend) organisierten, sie hier politisch beeinflussten, sogar selbständige Büros und Vertretungskörperschaften schufen und so dem Vollzugsrat direkt entgegenwirkten.

Eine weitere separate Versammlung der Soldatenräte am 21. November wählte auf Vorschlag des Sozialdemokraten Reinhold Vietz einen eigenen Vorstand der Berliner Soldatenräte;⁹² er sollte als Bindeglied zum Vollzugsrat fungieren. Der Vorstand war zugleich oberstes Organ der Vollversammlung der Soldatenräte der Truppen in Groß-Berlin (Generalkommando des Gardekorps); der 1. Vorsitzende leitete die Versammlungen. Außerdem entstand ein 15-köpfiges Büro, das seinen Sitz im Reichstag nahm, wo auch die Soldatenratsversammlungen stattfanden. Es kam zu andauernden Reibungen und Auseinandersetzungen zwischen der Leitung der Soldatenräte und dem Vollzugsrat; ein Teil seiner militärischen Mitglieder forcierte die Kontroversen nachdrücklich.⁹³

89 Dok. 25.

90 Richard Müller, II, S. 43. Dieser Aktionsausschuß versuchte seine Tätigkeit fortzusetzen, obgleich ihn der Vollzugsrat und eine Soldatenratsversammlung (am 11. November) für aufgelöst erklärten. Trippe wurde in den Vollzugsrat aufgenommen, "um den Treibereien dieser irreführten Soldaten und verkappten Gegenrevolutionäre ein Ende zu machen". (Ebenda).

91 Dok. 34; vgl. Hermann Müller-Franken, Novemberrevolution, S. 105. Der von Müller gleichzeitig erwähnte Driesen kam erst später, nach dem 27. November, als Mitglied des Zentralrates der Marine in den Vollzugsrat.

92 Der Vorstand setzte sich zusammen aus: 1. Vorsitzender Gottschling, 2. Vorsitzender Kretzschmar, 1. Schriftführer Vietz, 2. Schriftführer Schädler, Beisitzer: Herz (Spandau).

93 Vgl. Peter Blanke, Die Berliner Soldatenräte in der Novemberrevolution. Diplomarbeit, Humboldt-Universität zu Berlin, 1989, S. 19 ff.

Einleitung

Unter den Soldatenräten befanden sich abenteuerliche und gegenrevolutionäre Mitglieder, die der Vollzugsrat erst nach und nach ausschloß. Solche waren namentlich Eduard Walz, Colin Roß, Gustav Gerhardt und Otto Strobel.⁹⁴

Obgleich mindestens Georg Ledebour und Ernst Däumig bekannt war, daß sich Oberleutnant Walz nach seiner Festnahme vor dem 9. November des Verrats der Aufstandspläne schuldig gemacht hatte, kam es erst am 23. und 26. November im Vollzugsrat darüber zur Auseinandersetzung, nicht ohne noch am 28. November eine 7-köpfige Kommission zur Prüfung des Falles einzusetzen. Offiziell wurde Walz am 5. Dezember aus dem Vollzugsrat ausgeschlossen. Statt seiner wählten die Soldatenräte ihren Vorsitzenden Gottschling in den Vollzugsrat; er stand der USPD nahe.⁹⁵

Colin Roß hatte in der OHL und im Auswärtigen Amt propagandistisch gewirkt und wollte nun für den Vollzugsrat ein Propagandabüro betreiben. Er hatte Beziehungen zu konterrevolutionären Kräften im Auswärtigen Amt. Als Richard Müller ihn überwachen ließ, stellte er seine Funktion zur Verfügung. An seine Stelle trat am 5. Dezember als neuer Soldatenratsvertreter Hugo Albrecht, der der USPD angehörte.⁹⁶

Gustav Gerhardt war ein Anhänger von Walz, ihm unterstand die Nachrichtenstelle des Vollzugsrats bzw. die Auskunftsstelle für Soldatenräte. Er muß bereits, wie auch Finzel, vor dem 23. November als Mitglied aus dem Vollzugsrat ausgeschieden sein. Nach seinem Auftreten in der Soldatenratsversammlung am 28. November, in der er den Vollzugsrat verleumdete und die Soldaten aufhetzte, wurde er auch aus dem Apparat des Vollzugsrats ausgestoßen.⁹⁷ Walz, Colin Roß und Gerhardt waren folgerichtig dann am Putsch des 6. Dezember beteiligt.⁹⁸

Den Matrosen Strobel schloß der Vollzugsrat am 13. Dezember auf Antrag des 53er Ausschusses der Marine, der ihn als Spitzel entlarvte, aus seiner Mitgliedschaft aus. Er hatte außerdem in der reaktionären "Deutschen Tageszeitung" einen konterrevolutionären antisemitischen Artikel veröffentlicht.⁹⁹

94 Richard Müller, II, S. 53.

95 Vgl. Dok. 115.

96 Hermann Müller-Franken, Novemberrevolution, S. 98.

97 Ebenda, S. 97, 105. Vgl. die Liste der Vollzugsratsmitglieder vom 23. November 1918 in: Dok. 79.

98 "Die Freiheit", Nr. 41, 7. Dezember 1918.

99 Dok. 137. Verhandelt wurde die Sache Otto Strobel erstmals am 10. Dezember im Vollzugsrat (Dok. 122). Der Artikel Strobels titelte: "An das deutsche Volk, vom Gelehrten bis zum Arbeiter".

Weiterhin berief die Soldatenratsversammlung nach langwierigen Vorberatungen am 11. Dezember Felix Bernhagen und Hermann Bergmann ab. Für sie wurden Lange (SPD) und Max v. Lojewski (USPD) von den Soldatenräten in den Vollzugsrat delegiert.¹⁰⁰

Am 12. Dezember erklärte einer der Delegierten der Soldatenräte der Westfront im Vollzugsrat, Emil Pörschmann: "Wenn nach den ersten Tagen geprüft worden wäre die politische Reife der einzelnen soldatischen Vollzugsratsmitglieder, dann wäre wohl mancher nicht darin geblieben".¹⁰¹ Eine solche politische Überprüfung der Mitglieder des Vollzugsrats, speziell der Soldaten, fand nicht statt.

Die Veränderungen in der Zusammensetzung der Soldatenräte im Vollzugsrat hing teilweise auch damit zusammen, daß Teile der Berliner Truppen aufgelöst wurden und andere Einheiten nach Berlin kamen. Erst allmählich wurde unter den Soldatenräten eine Klärung der politisch unterschiedlichen Auffassungen deutlicher sichtbar. Mit der Vollversammlung der Soldatenräte am 11. Dezember gruppieren sich die Räte nach Fraktionen (SPD, USPD, Spartakusbund).¹⁰² Sie zählte (nach den mitgeteilten Abstimmungsergebnissen berechnet) durchschnittlich etwa 300 Räte.

Nach dem 20. November trat an die Stelle Emil Barths, der nur gelegentlich an den Sitzungen des Vollzugsrats teilgenommen hatte, der Rechtsanwalt Gerhard Obuch, der auf dem linken Flügel der USPD stand.¹⁰³

Eine bedeutende zahlenmäßige Erweiterung erfuhr der Vollzugsrat nach dem 23. November 1918. In seiner Sitzung hatte sich der Vollzugsrat mit der gegen ihn von bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen geübten Kritik befaßt, er maße sich als Berliner Vollzugsausschuß diktatorische Rechte für ganz Deutschland an. Als Antwort darauf beschloß der Vollzugsrat, daß er sich, "soweit es sich um die Erledigung der ihm provisorisch für das ganze Gebiet der Republik zustehenden Geschäfte handelt, durch Mitglieder aus dem Reiche" ergänzen werde. Diese Mitglieder sollten von den Vertretungen der Arbeiter- und Soldatenräte der nichtpreußischen Bundesstaaten gewählt werden. Der Modus der Wahl und die Verteilung der Delegierten auf die Bundesstaaten wurde der Konferenz der Länderregierungen, die am 25. November in Berlin stattfand, überlas-

100 Dok. 132. Lange zuweilen auch als Langen (BAP, St 11/3, Bl. 39) oder Dr. Lange (Zentralrat, S. 649) genannt.

101 Dok. 133.

102 Dok. 133. Die Organisierung der SPD- und USP-Fraktionen meldete bereits "Die Freiheit", Nr. 37, 5. Dezember 1918.

103 Vgl. Der Ledebourprozeß, S. 290.

Einleitung

sen.¹⁰⁴ An der Sitzung des Vollzugsrats am 23. November nahmen bereits zwei Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte Badens (Emil Baer, Johannes Kraye)¹⁰⁵ und drei Delegierte von 400 000 Soldaten der Ostfront¹⁰⁶ teil. Sie wurden in den Vollzugsrat aufgenommen. Am 24. November begrüßte Richard Müller den Delegierten der Räte Bayerns, Karl Hädrich, im Vollzugsrat.¹⁰⁷ Als weitere Vertreter der Räte der Länder wurden Max König und Lemke für Elsaß-Lothringen[!], Fritz Heckert und Max Heldt für Sachsen sowie der SPD-Arbeiterrat Heinrich Schäfer aus Köln für die besetzten linksrheinischen Gebiete Mitglieder des Vollzugsrats, wobei Heckert (Spartakusbund) und Heldt (SPD) ihre Arbeit im Vollzugsrat nicht aufnahmen.¹⁰⁸

Nach der Soldatenrätekonferenz in Bad Ems am 1. Dezember 1918 beschloß der Vollzugsrat seine Erweiterung um 5 ständige Delegierte der Soldatenräte der im Westen befindlichen Truppen: Hugo Struve, Emil Pörschmann, Levin, Fritz Faaß, Steinmann.¹⁰⁹ Seit Anfang Dezember nahmen 3 Abgeordnete des Zentralrates der Marine (53er Ausschuß) an den Beratungen des Vollzugsrats teil. Der Präsident des Ausschusses, Albers, Karl Baier, Vorsitzender des Arbeiter- und

104 Dok. 82.

105 Siehe: Dok. 73 und 74; Arbeiter- und Soldaten- und Volksräte, S. 141, Anm. 13; S. 266, Anm. 10.

106 Vgl. Dok. 78.

107 Dok. 83. Walter Oehme, Damals in der Reichskanzlei. Erinnerungen aus den Jahren 1918/19, Berlin 1958, S. 67 (zit. als: Walter Oehme, Damals in der Reichskanzlei) bezeichnet Hädrich als Mitglied des Spartakusbundes. Dafür gibt es jedoch keine weiteren Belege. Seine Berichte an den Vollzugsrat des Soldatenrates München, Ludwigstr. 24, stempelte Hädrich mit einem Rundstempel: "Der Vertreter der bayerischen Armee beim Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates Berlin", in: BayHStA, Abt. IV, MKr 17026.

108 Hermann Müller-Franken, Novemberrevolution, S. 106; Dok. 124; über die Aufnahme Schäfers in den Vollzugsrat am 10. Dezember: Aufrufe, Verordnungen und Beschlüsse des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Berlin, o.O., o.J. (1918), S. 61; zit. als: Aufrufe, Verordnungen und Beschlüsse; zu Heinrich Schäfer siehe seine Schrift: Tagebuchblätter eines rheinischen Sozialisten, Bonn 1919; zit. als: Heinrich Schäfer.

109 Hermann Müller-Franken, Novemberrevolution, S. 105; "Vorwärts", Nr. 331a, 2. Dezember 1918.

Soldaten-Rates Cuxhaven (USPD), und Driesen erhielten durch Beschluß des Vollzugsrats vom 11. Dezember das Stimmrecht als Mitglieder.¹¹⁰

Damit hatte der Vollzugsrat am Vorabend des 1. Reichsrätekongresses nominell 45 Mitglieder.¹¹¹ Die Erweiterung der Mitgliederzahl des Vollzugsrats kam insgesamt der Führung der SPD zustatten. Ebert war dennoch nach dem Zeugnis Hermann Müllers¹¹² über diese Entwicklung sehr ungehalten, was nur zusätzlich unterstreicht, daß er und die SPD-Führung Gegner der Räte überhaupt waren. Es gelangten durchweg langjährige Funktionäre der SPD (z.B. die Soldatenräte Maier, Wäger, Faaß, Pörschmann, Struve sowie Schäfer und König) oder aber solche Räte in den Vollzugsrat, die in den politischen Grundfragen auf den Positionen der SPD-Führung standen bzw. unter ihren Einfluß gerieten.¹¹³

Die Zusammensetzung des Berliner Vollzugsrats entsprach der vieler deutscher Arbeiter- und Soldatenräte. Die SPD hatte (zunächst) trotz des anfänglich verbindlichen Paritätsprinzips mit der USPD stets eine Mehrheit, die sich im Vollzugsrat daraus ergab, daß SPD-Funktionäre direkt als Soldatenratsvertreter delegiert wurden (z. B. Molkenbuhr, Cohen, Portner, Trippe, Faaß, Pörschmann, Struve, Maier, Wäger, Kohl) und daß außerdem die überwiegende Mehrheit der Soldatenräte im Vollzugsrat ihrer Politik folgte. Auf diese Weise und durch eine organi-

110 Dok. 126; vgl. den Bericht von Karl Baier in: Vorwärts und nicht vergessen, Berlin 1958, S. 135. Der Name Driesen ist hier fälschlich als Driesener angegeben. Statt Albers hatte ursprünglich Götze als Präsident des Zentralrates an der Arbeit des Vollzugsrats teilgenommen. Wegen seiner Beteiligung am Putsch vom 6. Dezember und auf Verlangen des Obersten Soldatenrates Kiel am 9. Dezember wurde er abberufen.

111 Siehe die Liste der Mitglieder in: Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16. bis 21. Dezember 1918. Stenographische Berichte, Berlin (1919), S. 215; zit. als: Allgemeiner Kongreß. Die in Aufrufe, Verordnungen und Beschlüsse, S. 61, aufgeführte Liste enthält Fehler (Hermann Bergmann wird noch als Mitglied des Vollzugsrats geführt, Heinrich Schäfer ist jedoch nicht aufgenommen u.a.m.).

112 Hermann Müller-Franken, Novemberrevolution, S. 106.

113 Walter Oehme, Damals in der Reichskanzlei, S. 115; vgl. auch die Angaben in: Zentralrat, S. XXXV f.

Einleitung

sierte Fraktionsarbeit¹¹⁴ übte die sozialdemokratische Führung in allen Grundfragen entscheidenden Einfluß auf die Arbeit des Vollzugsrats aus. Daher kann man nicht der in der Literatur vielfach verbreiteten Tendenz folgen, die historische Verantwortung für Leistungen und Fehlleistungen des Vollzugsrats einseitig den linken USPD-Funktionären zuzuschreiben, wobei deren Positionen fälschlicherweise zumeist mit denen des Spartakusbundes gleichgesetzt werden.

Auffällig ist auch in der Zusammensetzung der Berliner Räte, daß Frauen nicht vertreten waren, wenn man von einzelnen Delegierten in kommunalen Räten und deren Ausschüssen (z.B. in Adlershof) absieht. Natürlich konnte man in den technischen Apparaten auf weibliche Hilfskräfte nicht verzichten. Die Mehrheit der namentlich bekannten Arbeiterräte waren Männer, zwischen 30 und 40 Jahre alt, überwiegend gelernte Metallarbeiter mit politischen Erfahrungen aus den betrieblichen und lokalen Gewerkschaftsorganisationen, z.T. aus den sozialdemokratischen Wahlvereinen. Als ihren hervorragenden Repräsentanten muß man Richard Müller ansehen, der sich seit 1915 im Berliner Metallarbeiter-Verband durch seine Opposition gegen die Burgfriedenspolitik der Verbandsleitung eine Führungsposition erarbeitet hatte. Prägend und bestimmend wirkten neben ihm wenige ältere, in der SPD langjährig organisierte und aktive Funktionäre, z.T. mit parlamentarischer Erfahrung (Max Cohen, Ernst Däumig, Georg Ledebour, Hermann Müller vor allem).

In vielen Fragen kam - wie die Dokumente zeigen - in Diskussionen und Beschlüssen der Räte trotz unterschiedlicher Positionen im Einzelnen wie Grundsätzlichen der gemeinsame Wille vieler Arbeiter und Soldaten zum Ausdruck, mit dem bisherigen Regime zu brechen, insbesondere den Militarismus zu beseitigen, eine Wiederholung des Völkermordens auszuschließen und ein demokratisches und sozialistisches Deutschland zu schaffen, das mit allen Völkern in Frieden zusammenlebte. Solche Bestrebungen wurden vor allem bei Arbeiterfunktionären, die als Arbeiterräte fungierten, deutlich. Sie waren bemüht, die politischen und sozialen Interessen der Arbeitermassen, die ihre Hoffnungen mit dem Sozialismus verban-

114 Hermann Müller berichtet (Novemberrevolution, S. 104), daß er mehrmals in jeder Woche abends mit Ebert die politische Situation besprochen habe. In diesen Besprechungen wurde das gemeinsame Vorgehen im Vollzugsrat und gegen die USPD-Funktionäre festgelegt. Der Arbeiterrat Oskar Rusch teilte der Vollversammlung der Arbeiterräte am 23. Dezember 1918 mit, "wie Hermann Müller in den Fraktionssitzungen der Abhängigen immer die Unterdrückung und Beseitigung der Arbeiterräte gefordert habe, im Plenum des Rätekongresses diese Offenheit aber nicht bekundet habe. Die unehrliche Politik habe ihn (Rusch) veranlaßt, zur USP zuzutreten." ("Die Rote Fahne", Nr. 39 vom 24. Dezember 1918). Vgl. auch BAP, St 11/2, Bl. 121 zur Entscheidung Ruschs.

den, zu vertreten. Sie hatten die Initiative bei der Bildung der Räte und versuchten, deren Arbeit zu leiten. Sie hatten jedoch - wie die Mehrheit der von ihnen repräsentierten Arbeiter - unklare Vorstellungen von den bestehenden Machtverhältnissen und von den entscheidenden Aufgaben, die in der Revolution zu lösen waren. In den Berliner Arbeiter- und Soldatenräten stießen die unterschiedlichen Auffassungen für die Um- und Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland aufeinander: einerseits der von der Führung der SPD in Übereinstimmung mit großen Teilen des Volkes eingeschlagene Weg über eine parlamentarisch-demokratische Republik einen Weg zum Sozialismus zu finden; andererseits der durch Teile der Rätebewegung angestrebte Weg zu einem sozialistischen Staatswesen. Einige sahen in der jungen Sowjetrepublik das Modell. Die vorliegenden Rätedokumente widerspiegeln die diffusen, unklaren und insgesamt illusionären Vorstellungen über Weg und Ziel zum Sozialismus bei den Räten. Sie erklären sich wohl auch aus einem unausgereiften, von Visionen und Hoffnungen geprägten Bild einer künftigen Idealgesellschaft, für die es in Theorie und Praxis kaum ein Vorbild gab. Die Alternative, die im Grundsätzlichen die Rätebewegung politisch spaltete, formulierte der Vorsitzende des Berliner Vollzugsrats Richard Müller so: "Wir wollen nicht die bürgerliche Demokratie, die zur Nationalversammlung geführt hat, sondern die proletarische Demokratie, die das Rätensystem zur Folge haben muß"¹¹⁵. Ein Forum der Auseinandersetzungen war der Berliner Vollzugsrat bis zu seiner Spaltung im Sommer 1919.

Der Vollzugsrat nahm, nach einer ersten Tagung am 11. November 1918 im Reichskanzlerpalais, seinen Sitz im Gebäude des Preußischen Abgeordnetenhauses in der Prinz-Albrecht-Straße und legte einen Teil seiner Büros auch in das angrenzende Herrenhaus in der Leipziger Straße. Am 12. November beschloß er die Bildung eines Sekretariats.¹¹⁶ Sekretär der Vorsitzenden des Vollzugsrats wurde der Berliner Metallarbeiterfunktionär Paul Blumenthal, der führend in der Leitung der Revolutionären Obleute gearbeitet hatte und dem linken USPD-Flügel ange-

115 "Die Freiheit", Nr. 168, 8. April 1919. Vgl. zur Räteproblematik: Reinhard Rürup, Demokratische Revolution und "dritter Weg". Die deutsche Revolution von 1918/19 in der neueren wissenschaftlichen Diskussion. In: Geschichte und Gesellschaft. Ztschr. für Hist. Sozialwissenschaft, 9. Jg. 1983, H. 2, S. 278-301; Horst Dähn, Rätedemokratische Modelle. Studien zur Rätediskussion in Deutschland 1918-19, Meisenheim am Glan 1975; Volker Arnold, Rätebewegungen und Rätetheorien in der Novemberrevolution, Hannover 1985; Heinrich August Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung: Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin/Bonn 1984.

116 Dok. 24.

Einleitung

hörte.¹¹⁷ Leiter des Zentralbüros des Vollzugsrats war der sozialdemokratische Rechtsanwalt Dr. James Broh.¹¹⁸

Am 13. November beschloß der Vollzugsrat seine Arbeiten in Ressorts zu gliedern.¹¹⁹

Außer den "Ressorts" gab es verschiedene ständige und zeitweilige Kommissionen (z.B. wurde "auf Wunsch der Reichsregierung" am 12. November eine Kommission für Lebensmittelverteilung gebildet) und speziell Beauftragte (z.B. Wegmann und Neviandt sollten ab 14. November alle Meldungen über "gegenrevolutionäre Anschläge" entgegennehmen und dem Plenum des Vollzugsrats vortragen). Der Vollzugsrat stellte eine Reihe Kuriere an.¹²⁰ Die verschiedenen Mitglieder des Vollzugsrats, speziell die Soldatenratsmitglieder, richteten selbständig Büros ein, in denen häufig politisch schwankende, sogar gegenrevolutionäre Mitarbeiter wirkten. Trotz wiederholter Debatten im Vollzugsrat über dieses Durcheinander und trotz einiger Maßnahmen, kam es zu keiner klaren und übersichtlichen Struktur und Arbeitsweise des Vollzugsrats.¹²¹ Es konnte nicht dazu kommen, da die politischen Aufgaben des Vollzugsrats unklar waren und blieben.

Daran änderte sich auch nichts, nachdem der Vollzugsrat am 29. November beschloß¹²², seine Arbeit in 4 Abteilungen oder Ausschüssen neu zu organisieren.¹²³

Diese vier Ausschüsse sollten in selbständigen Sitzungen alle in ihre Ressorts fallenden Fragen bearbeiten und beraten sowie kleine Angelegenheiten selbst erledigen. Alle Fragen von weitgehender Bedeutung sollten von den einzelnen Abteilungen dem Plenum zur Beschlußfassung vorgetragen werden. Für jeden Ausschuß wurde ein sogenanntes Hauptbüro gebildet, daneben hatte fast jedes Vollzugsratsmitglied sein eigenes Büro. Allein der Reichsausschuß hatte am Vorabend des Rätekongresses 14 Büros mit 12 sogenannten Vertrauensleuten, 30 Kurieren und 65 Büroangestellten.¹²⁴

117 1918. Veteranen berichten. Erinnerungen, Berlin 1960, S. 121.

118 Hermann Müller-Franken, Novemberrevolution, S. 112; Walter Oehme, Damals in der Reichskanzlei, S. 23.

119 Dok. 32.

120 Dok. 34.

121 Richard Müller, II, S. 153 f.

122 Dok. 99. (Der Beschluß wurde auf Antrag Däumigs gefaßt (BAP, Nachlaß Hermann Müller (55), Bl. 12).

123 Dok. 116.

124 Dok. 141.

In einem Schreiben des Vollzugsrats an die Regierung vom 14. Dezember 1918 werden alle Mitglieder, Mitarbeiter und Einrichtungen des Vollzugsrats aufgeführt.¹²⁵ Diese Aufteilung und die damit verbundene Aufgabenstellung zeigt, daß der Vollzugsrat zu einem bürokratischen Verwaltungsapparat geworden war, der faktisch kaum funktionierte.

Der Vollzugsrat trat anfangs fast täglich, später durchschnittlich alle zwei Tage zu Plenarsitzungen zusammen. Den Vorsitz führte vorwiegend Richard Müller.

Bei einem summarischen Überblick über die vom Vollzugsrat auf seinen Sitzungen behandelten Fragen fällt ins Auge, daß er eine Vielzahl von Problemen und eine Fülle von kleinlichen Einzelheiten ausführlich, dagegen politisch bedeutsame Fragen seltener und in den meisten Fällen nicht prinzipiell und ausführlich bis zur Beschlußfassung diskutierte. Zum Teil war das auf die Leitung durch den Vorsitzenden Richard Müller zurückzuführen, der offenbar oft nicht wußte, zu welchen Ergebnissen die Beratungen geführt werden sollten. Für ihn war der Weg in die Kommissionen und Ausschüsse der normale Weg zum Abschluß bzw. zum Ausweichen vor prinzipiellen Auseinandersetzungen. Dazu kam sein Bestreben, stets eine nicht vorhandene Einheit des Vollzugsrats zu demonstrieren. Während er in seiner späteren Darstellung (1925 also) schrieb, "daß die gegensätzlichen Meinungen innerhalb des Vollzugsrats über die Aufgaben der Revolution ... und die Differenzen ... schließlich überhaupt jede sachliche Diskussion unmöglich machten und dem Vollzugsrat die Aktionsfähigkeit nahmen"¹²⁶, erweckte er im Dezember 1918 einen anderen Eindruck. So bedankte er sich nach dem Reichsrätekongreß bei den aus dem Vollzugsrat scheidenden SPD-Funktionären (Hermann Müller, Max Cohen, Gustav Heller) und erklärte, "daß auch wir und ich Ihnen zu Dank verpflichtet sind. Auch Sie haben uns in der Arbeit unterstützt. Wäre das nicht geschehen, dann hätten wir nicht arbeiten können"¹²⁷. War das Verhältnis zwischen den leitenden USPD- und SPD-Mitgliedern des Vollzugsrats in Grundfragen häufig gegensätzlich, so gestalteten sich die Beziehungen zwischen Arbeiter- und Soldatenräten zusätzlich kompliziert, so daß von "dem Vollzugsrat" als einer politisch und organisatorisch geschlossenen arbeitenden Institution nicht die Rede sein kann.

Nach eigener Darstellung Richard Müllers verfuhr er beispielsweise mit den Anträgen von Soldatenräten in der Weise, daß er sie dem Vollzugsrat gar nicht

125 Ebenda.

126 Richard Müller, II, S. 151-152.

127 Dok. 149.

vorlegte, sondern sie in den Papierkorb warf, "um wenigstens etwas Zeit zur Beratung politischer Tagesfragen freizuhalten"¹²⁸. Von Anfang an führten die Soldatenräte gesonderte Vollversammlungen durch,¹²⁹ auf denen der Vollzugsrat teilweise nicht einmal vertreten war; viel weniger hatte er Einfluß auf Verlauf und Ergebnis. Die Vollversammlung der Berliner Soldatenräte am 28. November beschloß sogar, daß die Mitglieder des Vollzugsrats nicht das Recht hätten, auf dieser Versammlung zu sprechen.¹³⁰ Die Soldatenräte bildeten ein eigenes Zentralbüro, einen 5-köpfigen Vorstand als "Bindeglied" zum Vollzugsrat und einen Ausschuß für Groß-Berliner Angelegenheiten mit 15 Mitgliedern.¹³¹

Der Vollzugsrat war der Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte als höchstem Organ der Räte rechenschaftspflichtig und durch sie abberufbar. Die Vollversammlungen wurden durch ihn einberufen und vom Vorsitzenden, zumeist Richard Müller, geleitet. Vom 10. November 1918 bis zur Neuwahl des Vollzugsrats am 17. Januar 1919 fanden sieben Plenarversammlungen der Berliner Arbeiterräte statt (10., 19., 27. und 29. November, 14. und 23. Dezember 1918 sowie 17. Januar 1919). Durchschnittlich zählten sie (berechnet nach den Abstimmungsergebnissen) zwischen 700 (im Dezember 1918) und 850 (Ende Januar 1919) Räte. Allein aus der Tatsache, daß die Vollversammlung der Arbeiterräte nicht häufiger und regelmäßiger zusammentrat und die Soldatenräte separat tagten und arbeiteten, ergab sich für den Vollzugsrat, daß er den unmittelbaren Kontakt mit den Arbeitern und Soldaten und ihren Räten weitgehend verlor, wie Ledebour am 26. Dezember 1918 äußerte.¹³² Der Vollzugsrat nutzte ungenügend die Möglichkeiten, die ihm mit den Vollversammlungen gegeben waren. Die Vollversammlung der Berliner Räte war das Organ, durch das der Vollzugsrat seine Position hätte stärken und durch das die Auseinandersetzungen im Rat selber hätten in positiver Richtung vorangetrieben und entschieden werden können.

Wie sehr viele Arbeiter, Angestellte und Soldaten an einer politischen Orientierung und an der Klärung z.T. auch untergeordneter Fragen interessiert waren und welche Autorität der Vollzugsrat zugleich und trotz allem genoß, kam darin

128 Richard Müller, II, S. 155.

129 Am 8. Dezember fand bereits die 6. Soldatenräteversammlung statt, Dok. 116. ("Vorwärts", Nr. 336, 9. Dezember 1918).

130 Dok. 93. Die am 29. November 1918 versammelten Arbeiterräte protestierten dagegen und bezeichneten den Beschluß als eine "Gefährdung der Einheit der Arbeiter- und Soldatenräte" sowie der "revolutionären Errungenschaften", Dok. 94.

131 "Die Rote Fahne", Nr. 5, 20. November 1918; Nr. 21, 6. Dezember 1918.

132 BAP, St 11/3, Bl. 48.

zum Ausdruck, daß er ständig mit Anfragen aller Art überhäuft¹³³ und von vielen Arbeitern und Soldaten persönlich aufgesucht wurde. Franz Büchel nannte am 14. Dezember die Zahl von 600-800 Arbeitern, die täglich mit Anliegen im Vollzugsrat erschienen.¹³⁴ Der Vollzugsrat richtete spezielle Auskunftstellen ein und veröffentlichte auch eine Reihe von Informationsmaterialien,¹³⁵ die in der vorliegenden Dokumentation in den wichtigsten Teilen berücksichtigt sind. Er verfügte aber über kein eigenes Presseorgan. Seine Hoffnungen, seine Beschlüsse und Anordnungen würden vollständig durch die bürgerliche und sozialdemokratische Presse veröffentlicht, erwies sich als illusionär, und sein Versuch, über den Rat der Volksbeauftragten der Forderung nach "amtlicher" Veröffentlichung seiner Materialien Nachdruck zu verleihen, wurde mit dem Hinweis auf die bestehende "Pressefreiheit" abgewiesen.¹³⁶

Aufgaben und Zusammensetzung des Vollzugsrats änderten sich grundlegend nach dem 1. Reichsrätekongreß, als mit der Wahl des Zentralrates dieser die "provisorische Führung der Reichsgeschäfte" und die preußischen Angelegenheiten der Räte übernahm. Bereits am 18. Dezember befaßte sich der Vollzugsrat mit der neuen Situation. Er legte die Übergabe der Geschäfte an den Zentralrat und das Fortwirken des Vollzugsrats für die Berliner Angelegenheiten mit seinen ursprünglich gewählten 24 bzw. 28 Mitgliedern bis zur Neuwahl durch die Vollversammlung fest.¹³⁷

Die Vollversammlung der Arbeiterräte wurde zum 23. Dezember einberufen. Richard Müller regte im Vollzugsrat am 20. Dezember an, der Vollversammlung Vorschläge zu unterbreiten, "welche Rechte und Aufgaben die örtlichen Arbeiter-

133 Darüber beklagte sich Richard Müller bereits auf der Vollversammlung der Berliner Räte am 19. November 1918, Dok. 61.

134 Dok. 140.

135 Z.B. Richtlinien und Verordnungen für Soldatenräte, Arbeiterräte und Bauernräte. Hrsg. von der Auskunftsstelle für S.-Räte beim Vollzugsrat der A.- und S.-Räte, Berlin (1918), 2 Hefte.

136 Die Redaktion des sozialdemokratischen "Vorwärts" widersetzte sich am 18. November 1918 der Anweisung des Vollzugsrates, seine Verordnungen jeweils als "Amtlich" an der Spitze des Blattes zu veröffentlichen, mit dem Hinweis auf die "Pressefreiheit". Der Vollzugsrat hatte angedroht, "Übertretungen könnten die Schließung des gesamten Zeitungsbetriebes zur Folge haben." (BAP, Reichskanzlei, Nr. 2482, Bl. 1-2.). Am 24. November fragte der Vollzugsrat beim Rat der Volksbeauftragten, was er zu tun gedenke angesichts der Tatsache, daß die Zeitungen die Bekanntmachungen des Vollzugsrats nicht publizierten (ebenda, Bl. 72).

137 Dok. 147.

Einleitung

und Soldatenräte zu erfüllen haben"¹³⁸. Die Vorschläge sollte eine Kommission ausarbeiten; dies war aber nicht bis zum 23. Dezember möglich. Für die Neuwahl des Vollzugsrats schlug Richard Müller wie vor dem 23. November 28 Mitglieder und die paritätische Zusammensetzung vor; zugleich wollte er den bürgerlichen Demokraten auf Grund der Wahlen vor dem Rätekongreß einen Sitz im Vollzugsrat einräumen.

Am 21. Dezember fand eine gemeinsame Sitzung des Vollzugsrats mit dem neugewählten Zentralrat statt.¹³⁹ Verhandelt wurde die Übergabe der Reichs- und preußischen Angelegenheiten an den Zentralrat. Wie üblich diskutierte man eine Vielzahl untergeordneter Probleme: die Begleichung der Schulden des Vollzugsrats, die Anfertigung der Protokolle, die Geschäftsräume des Vollzugsrats (im ehemaligen Preußischen Abgeordnetenhaus in der Prinz-Albrecht-Straße) und des Zentralrates (im ehemaligen Herrenhaus in der Leipziger Straße), die Auflösung verschiedener Büros und die Entlassung zahlreicher Angestellter und selbst die Verteilung der Schreibmaschinen des Vollzugsrats.

Am 23. Dezember erschien in der Presse eine gemeinsame Bekanntmachung beider Räteorgane mit Datum vom 21. Dezember.¹⁴⁰ Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins führte jetzt "die Geschäfte für die Groß-Berliner Angelegenheiten". Zugleich wurde bekanntgemacht, daß alle Vollmachten und Legitimationen, die der Vollzugsrat vor allem für die Kontrollfunktionen in den Reichsämtern und für das Kriegsministerium ausgestellt hatte, am 28. Dezember erloschen. Für die in den Zentralrat gewählten Mitglieder des Vollzugsrats Max Cohen, Gustav Heller und Hermann Müller traten (am 28. Dezember 1918) die SPD-Funktionäre Fritz Brolat, Otto Frank und Paul Neue in den Vollzugsrat ein. An die Stelle Gerhard Obuchs (USPD) trat Oskar Rusch. Für den zur USPD übergewechselten Rusch entsandte die SPD zur Wiederherstellung der "Parität" den Gewerkschaftsfunktionär Fritz Kano (am 2. Januar 1919).

Mit einer Übersicht über die Dokumente des 1. Reichsrätekongresses, soweit sie Berliner Arbeiter- und Soldatenräte und ihren Vollzugsrat wesentlich betreffen¹⁴¹, sowie mit den Protokollen vom 20. und 21. Dezember und der gemeinsamen Bekanntmachung des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte und des Zentralrats der deutschen sozialistischen Republik endet dieser Band einer umfassenden Do-

138 Dok. 149.

139 Dok. 150.

140 Dok. 151.

141 Vgl. Dok. 148.

kumentation an einem Schnitt- und Wendepunkt für die Berliner Rätebewegung und ihre leitenden Gremien.

4. Zur Struktur der Quellen

Die Dokumentation zu den Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräten in der deutschen Revolution 1918/1919 kann auf einen reichen Fundus archivalischer Quellen zurückgreifen. Diese Überlieferungslage ist mehreren glücklichen Umständen zu danken, erstreckt sich jedoch in unterschiedlichem Maße auf die jeweiligen Räteorgane der deutschen Hauptstadt. Nahezu lückenlos sind die Sitzungsprotokolle des Vollzugsrates der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte überliefert, die sich heute - bis auf einige noch zu benennende Ausnahmen - im Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam befinden.¹⁴² Diese insgesamt 102 Protokolle umfassen den Zeitraum vom 11. November 1918 bis zum 18. August 1919. Als direkt dazugehörig sind sowohl die Protokolle der Versammlungen der Groß-Berliner Arbeiterräte, beginnend ab 19. November 1918, als auch die der kommunalen Arbeiterräte Berlins anzusehen, die erstmals am 10. Januar 1919 zusammentraten. Von beiden Rätegremien sind, ebenfalls im Bundesarchiv Potsdam, für den Zeitraum bis zum 6. Juni 1919 insgesamt 29 Protokolle nachweisbar.¹⁴³ Für die Groß-Berliner Arbeiterräte und ihre zentralen Gremien ist somit eine für die Geschichte der deut-

142 Vgl. BAP, St. 11/1-11/22. Dieser Bestand befand sich bis Kriegsende 1945 im Reichsarchiv in Potsdam, gelangte dann in die Sowjetunion, die ihn Ende der 50er Jahre - ein genaueres Datum ließ sich trotz intensiver Bemühungen leider nicht ausmachen - an die DDR zurückgab. Von diesem Zeitpunkt bis zum Mai 1990 waren diese Akten, mit Ausnahme der Protokolle für die Vollversammlungen der kommunalen Arbeiterräte, in den Gesamtbestand des Zentralen Parteiarchivs der SED eingegliedert und danach an das nunmehrige Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam zurückgegeben worden.

143 Darunter 22 Protokolle der Versammlungen der kommunalen Arbeiterräte vom 10. Januar bis 6. Juni 1919.

Einleitung

schen Rätebewegung ziemlich einmalige protokollarische Dokumentation ihrer Versammlungen und Sitzungen erhalten.¹⁴⁴

Alle diese Materialien verkaufte Richard Müller, der Vorsitzende des Vollzugsrates, im Juli 1925 dem Reichsarchiv.¹⁴⁵ In einem vor dem Verkauf erstellten Gutachten hatte Archivrat Dr. Karl Demeter vom Reichsarchiv die angebotenen Materialien auf Vollständigkeit und Zustand überprüft.¹⁴⁶ Da die zahlreichen Sitzungen des Vollzugsrates in den Protokollen nicht numeriert worden waren, mußte man weitgehend auf die Angaben Richard Müllers zurückgreifen. Dieser räumte selbst ein, daß von einigen Sitzungen keine Protokolle geschrieben worden oder deren Stenogramme nicht mehr vorhanden seien. Somit lagen beim Verkauf bis auf eine Ausnahme¹⁴⁷, alle von Richard Müller aufgelisteten Sitzungen in protokollierter Fassung vor.¹⁴⁸ Trotz aller offengebliebenen Fragen zu Vollständigkeit und Einmaligkeit betonte der mit dem Ankauf befaßte Karl Demeter in seinem Gutachten den spezifischen Wert dieser Materialien: "...da auf diesen Sitzungen schlechthin über alle Tagesereignisse meist sehr ausgiebig gesprochen und beschlossen wurde, über die wichtigsten Fragen der hohen Politik ebenso wie über kleine Löhnungsfragen und über kleinlichsten persönlichen Klatsch, so sind diese stenographischen Berichte, wie diese Protokolle eigentlich heißen müßten, für die deutsche Revolution nach dem Weltkrieg eine Geschichtsquelle allerersten Ranges.

144 Dies trifft auf die Dokumente der Ausschüsse des VR leider nicht zu. Ihre spärliche Überlieferung ist vermutlich dem Umstand geschuldet, daß "die Akten der Ausschüsse vor dem Umzug des Vollzugsrates aus dem Abgeordnetenhaus ins Herrenhaus gebracht (worden sind)... Da Gefahr für beide Häuser besteht, soll jeder Ausschuß selbständig entscheiden, was er in dieser Angelegenheit mit seinen Akten zu tun gedenkt." Diese Worte Richard Müllers auf der Vollzugsratssitzung vom 22. Februar 1919 (vgl. BAP, St 11/6, Bl. 257 und 258) können erklären, warum im vorliegenden Band nur in einzelnen Zusammenhängen auf überlieferte Restbestände aufmerksam gemacht werden kann, was auch für die Unterlagen von Kommissionen und Beauftragten gelten muß. Im Nachlaß Hermann Müllers finden sich sechs Protokolle des Reichsausschusses aus der 1. Dezemberhälfte (2., 3., 4., 5., 12. und 13. Dezember 1918, vgl. BAP, 90 Mu 5, Nr. 52), wovon die drei letztgenannten gleichfalls in München überliefert sind, vgl. BayHStA, Abt. IV, MKr 17026).

145 Vgl. BAP, Findbuch A. und S. Räte Groß-Berlin. Vorbemerkung von Heinrich Otto Meisner. Vertrag vom 15. Juli 1925, BAP, St 11/11, Bl. 30.

146 Gutachten von Dr. Karl Demeter vom 22. Juni 1925, in: BAP, St 11/11, Bl. 10-14.

147 Es handelt sich um das Protokoll der Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte vom 25. August 1919 (34 Folioseiten), an deren Stelle im Findbuch der handschriftliche Vermerk "fehlt" gesetzt worden war.

148 Diese Sitzungen wurden auch nicht mit ihrem Datum in die Liste aufgenommen.

Es gibt kein Material, das in die geheimsten inneren Vorgänge und in die Psychologie der Revolution sowie auch in die Ursachen des Zusammenbruchs des Rätegedankens in Deutschland auch nur einen annähernd so umfassenden und tiefen Einblick tun läßt wie diese etwa 3.000 Folioseiten füllenden Protokolle des Vollzugsrates.¹⁴⁹

Während über die Protokolle der Räteversammlungen keinerlei Angaben hinsichtlich ihres Entstehungsprozesses auffindbar waren, geben die Sitzungsprotokolle des Vollzugsrates, die mit 1954 Folioseiten quantitativ den Hauptanteil aller Materialien von Richard Müller (insgesamt 2.953 Blatt) ausmachen, selbst Auskunft über die Art ihrer schriftlichen Abfassung. Zunächst war am 13. November 1918 im Vollzugsrat festgelegt worden, lediglich die Beschlüsse protokollarisch festzuhalten¹⁵⁰, so daß die 5 Sitzungen vom 11. bis 15. November 1918 nur in kurzgefaßten Beschlußprotokollen dokumentiert sind. Ab 16. November 1918 wurden "außer den reinen Berichten, Anträgen und Beschlüssen auch sämtliche Reden und Zwischenreden im stenographisch getreuen Wortlaut"¹⁵¹ protokolliert. In der Sitzung des Vollzugsrates am 5. Dezember 1918 erklärte Richard Müller: "Ich stelle fest, daß die Protokolle fast wörtlich wiedergeben, was in den einzelnen Sitzungen des Vollzugsrates gesprochen wurde. Es fanden bisher 23 Sitzungen statt. Die durchschnittliche Dauer dieser Sitzungen beträgt 5 Stunden."¹⁵² Zwei Wochen später beschloß der Vollzugsrat, von den Protokollen seiner Beratungen je ein Exemplar für die Leitungen der SPD und der USPD anfertigen zu lassen und deren Benutzung von der Zustimmung beider Parteien abhängig zu machen.¹⁵³ Wichtig für den archivalischen Befund der Protokolle ist die gleichfalls dort geäußerte Bemerkung von Richard Müller, daß die Protokolle nicht auf ihre völlige Richtigkeit geprüft worden waren und Irrtümer der Protokollantin, Else Beck¹⁵⁴, nicht ausgeschlossen werden können.¹⁵⁵ Wegen Geldmangel könnten die Proto-

149 BAP, St 11/11, Bl. 11.

150 Vgl. Dok. 32.

151 Vgl. BAP, St 11/11, Bl. 11.

152 Vgl. Dok. 114.

153 Vgl. Dok. 147.

154 Biographische Daten vgl. Dok. 140, Anm. 15.

155 Karl Demeter sprach in seiner Expertise davon, daß "die Protokolle...nicht, wie dies sonst meist üblich ist, redigiert oder gefärbt" sind, BAP, St 11/11, Bl. 10. Tatsächlich finden sich in den ausschließlich als Maschinenschrift vorliegenden Protokollen nur wenige handschriftliche Korrekturen, die in der Regel Orthographie und inhaltlich belanglose Wortkorrekturen betrafen.

Einleitung

kolle nicht gedruckt werden. Auch in der gleichen Sitzung verlangte Hermann Müller ein Protokoll-Exemplar für das Archiv seiner Partei. Daran knüpfte Richard Müller erneut an, als er in der Sitzung am 21. Dezember 1918 auf die Notwendigkeit verwies, für beide Parteien die Protokolle nochmals abzuschreiben.¹⁵⁶ Im Februar 1919 dann beschloß der Vollzugsrat auf Antrag der neugebildeten Fraktion der KPD, die Protokolle zukünftig in sechs Exemplaren, vier für die Parteien (USPD, SPD, KPD, Demokraten) und zwei für das Sekretariat des Vollzugsrates anzufertigen.

Ob danach tatsächlich verfahren worden ist, ließ sich nicht ermitteln, die Spurensuche darüber endet immer bei der Person Richard Müllers. 1925 antwortete er auf die Frage des Reichsarchivs nach dem Unikatcharakter der Protokolle, er habe genau aufgepaßt, daß nur die zwei offiziellen Exemplare für die SPD und die USPD, die - nach seinen Aussagen - im August 1919 von den Noske-Truppen beim Eindringen in das Büro des Vollzugsrates vernichtet wurden, 1918/19 angefertigt worden seien.¹⁵⁷ Ein weiteres habe er für sich persönlich noch miterstellen lassen.¹⁵⁸ Dennoch wollte Richard Müller auch 1925 nicht völlig ausschließen, daß doch noch weitere Durchschläge existierten.¹⁵⁹

Für die Existenz mehrerer Protokoll Exemplare sprechen eine Reihe von verstreuten Fakten. Bereits im Demeter-Gutachten findet sich die Aussage, daß eher "zufällig" noch während der Verkaufsverhandlungen drei Protokolle hinzugekommen waren, "nachdem Müller die Dame, die in den betreffenden Sitzungen das Stenogramm angefertigt hatte, aufgesucht und die betreffenden drei Stenogramme,

156 Vgl. Dok. 150. Unter "Parteien" kann Richard Müller im eingeschränkten Sinn die Anfang Dezember offiziell gebildeten SPD- und USPD-Fraktionen des Vollzugsrates verstanden haben.

157 Vgl. St 11/11, Bl. 12. Diese Aussage stimmt überein mit der Notiz in der Zeitschrift "Der Arbeiter-Rat" (Berlin), 1919, Nr. 30, daß Ende August 1919 die Räume des Vollzugsrates "In den Zelten 23" von Regierungstruppen besetzt und demoliert wurden. Am 6. November 1919 besetzten Regierungstruppen erneut die Geschäftsräume des Vollzugsrates, beschlagnahmten wahllos das gesamte Material und vernichteten unmittelbar zahlreiche Unterlagen. Vgl. ebenda, Nr. 40, S. 6.

158 Vgl. BAP, St 11/11, Bl. 12.

159 Vgl. Zusatz zur Demeter-Expertise von Reichsarchiv-Direktor Ernst Müsebeck vom 15. Juni 1925, BAP, St 11/11, Bl. 15. Der Kaufvertrag vom 15. Juli 1925 enthält im § 2 Richard Müllers Zusicherung, "kein weiteres Exemplar oder Materialien, aus denen ein weiteres, wenn auch unvollständiges Exemplar zusammengestellt werden könnte, hinter sich zu haben oder zu kennen" sowie das Material weder einer Person noch einer Institution zur Nutzung gegeben zu haben. Ebenda, Bl. 30.

die sie noch in den Händen hatte, nachträglich in Kurrentschrift hatte anfertigen lassen."¹⁶⁰

Von den 22 Protokollen des "Müller-Bestandes", die in den zu bearbeitenden Zeitraum des vorliegenden Bandes fallen, tragen lediglich 4 Exemplare auf dem jeweils ersten Blatt den handschriftlichen Vermerk "Müller" als Zuschreibung.¹⁶¹ Außerdem wäre dann das 1918/19 für Müller angefertigte Exemplar schon ein äußerst heterogenes gewesen. Denn in dem überlieferten Bestand finden sich sowohl maschinenschriftliche Originale als auch Durchschriften der Protokolle bzw. Mischexemplare (d.h. ein Springen innerhalb eines Protokolls zwischen Original und Durchschrift), die außerdem zum Teil auf Folioblättern des "Hauses der Abgeordneten", des "Demobilmachungsamtes" bzw. des "Beauftragten des Vollzugsrates des gesamten Luftfahr- und Nachrichtenwesens" geschrieben worden sind. Der Wechsel innerhalb eines Protokolls zwischen Original und Durchschrift, die Verwendung sowohl verschiedener Schreibmaschinen, Kopfbögen bzw. Folioblätter verleihen diesem Exemplar eine äußerlich heterogene Form und bestätigen zugleich die These von der einst mehrfachen Existenz der Protokolle. Ob das persönlich für Richard Müller 1918/19 mitangefertigte Exemplar der Protokolle mit dem 1925 an das Reichsarchiv verkauften Exemplar völlig identisch ist, muß deshalb ebenfalls offen bleiben.

Im Frühjahr 1923 erschien im "Vorwärts" nachstehender Beitrag:
"Die Protokolle des Vollzugsrats

Wann wird Richard Müller sie herausgeben?

Richard Müller, weiland Vorsitzender des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte, hat vor wenigen Tagen mitteilen lassen, daß er an einer Geschichte der deutschen Revolution arbeite, für die er die Protokolle des Vollzugsrats benutze. Hierzu sei folgendes bemerkt:

In der letzten Sitzung des VR, die am Abend vor dem ersten Reichsrätekongreß stattfand, wurde beschlossen, daß nach erfolgtem Ausschreiben der Protokolle je ein Exemplar dem Archiv der Sozialdemokratischen Partei und dem Archiv der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei übergeben werden sollte. Die Kommunisten waren am VR bekanntlich nicht beteiligt. Diesem Beschluß des VR wurde nicht entsprochen. Richard Müller ging zur KP über. Er scheint, wenn die in der

160 Vgl. BAP, St 11/11, Bl. 10. Um welche drei Protokolle es sich handelt, konnte nicht festgestellt werden. Die in Müllers Liste aufgeführten Protokolle sind vollständig überliefert. Unter ihnen befinden sich jedoch keine Exemplare in Kurrentschrift. Womöglich wurden diese Manuskripte noch einmal als maschinenschriftliche Exemplare angefertigt.

161 Dok. 45, 63, 147 und 149.

Einleitung

Öffentlichkeit gemachten Angaben zutreffen, noch im Besitz der Protokolle zu sein, die übrigens niemals von den Beteiligten bestätigt worden sind. Gedenkt Herr Richard Müller dem Beschluß des VR nicht endlich nachzukommen und ein Exemplar dem sozialdemokratischen Parteiarchiv zuzustellen?"¹⁶²

Richard Müller bezog sich beim Verkauf 1925 auf diesen Zeitungsartikel und verwies auf das einstige sozialdemokratische Vollzugsratsmitglied Max Cohen. Dieser hatte 1920 einen Artikel über die Arbeiter- und Soldatenräte veröffentlicht, der nach eigenen Angaben aus "Materialien und Protokollen des ersten Berliner Vollzugsrates" erarbeitet worden war.¹⁶³ Damit würde die Hypothese von einer mehrfachen Existenz der Vollzugsratsmaterialien, sogar nach 1919, bekräftigt werden.

Die aussagekräftigsten Anhaltspunkte für diese Hypothese fanden sich aber in dem Archiv der sozialen Demokratie Bonn-Bad Godesberg lagernden Nachlaß von Paul Levi. Sowohl von der Überlieferungsform, der Quantität als auch von der Substanz der in ihm enthaltenen Materialien brachte die Auswertung eine ganz wesentliche Ergänzung der "Müller-Akten" und läßt zugleich weitere Rückschlüsse auf die Anzahl einst angefertigter Protokollexemplare zu. Für den hier zu betrachtenden Zeitraum befinden sich in diesem Nachlaß allein sieben weitere Sitzungsprotokolle des Vollzugsrates¹⁶⁴, die alle im Exemplar von Richard Müller fehlen. Aber auch ihre Überlieferung wirft weitere Fragen auf, da sie sich zumindest in der äußeren Form zum Teil von denen in Potsdam überlieferten erheblich unterscheiden. So finden sich im Levi-Nachlaß nicht jeweils ein Exemplar, sondern mehrere, z.T. vier bis fünf maschinenschriftliche Exemplare pro Sitzung. Die Protokolle vom 30. November und 4. Dezember 1918 (Dok. 103, 111) liegen sogar in zwei verschiedenen Fassungen vor¹⁶⁵, was für eine gewisse, wenn auch nicht inhaltliche Nachbereitung einer Erstfassung spricht. Zugleich liegt hier das Hauptindiz für die Hypothese, daß ursprünglich, und vielleicht schon vor den Beschlüssen des Vollzugsrates am 18. und 21. Dezember 1918, mehrere Protokollexemplare pro Sitzung angefertigt worden sind.

162 "Vorwärts", Nr. 161, 7. April 1923.

163 Vgl. Handbuch der Politik, 3. Aufl., 2.Bd.: Der Weltkrieg, Berlin, Leipzig 1920, S. 267.

164 Sie konzentrieren sich auf den Zeitraum zwischen dem 22. November und dem 13. Dezember 1918, vgl. Dok. 75, 103, 106, 110, 114, 119 und 120.

165 Eine vollständige, mit handschriftlichen Korrekturen versehene einzeilig geschriebene Fassung, die dann nochmal in drei bzw. vier Exemplaren als zweizeilige Reinschrift, allerdings unvollständig, vorliegt.

Das im Levi-Nachlaß lagernde umfangliche sitzungsbegleitende Material (Entwürfe, Anträge, Beschlüsse etc.) läßt den konkreten politischen bzw. theoretischen Anteil einzelner Vollzugsratsmitglieder plastischer hervortreten. Wie all diese Protokolle und Dokumente allerdings in den Besitz von Paul Levi gelangt sind, konnte trotz intensiver Bemühungen nicht vollends ausgeklärt werden. Sie in Zusammenhang mit der am 25. November 1918 im Vollzugsrat genannten Kontrolle des W.T.B. zu bringen¹⁶⁶, die Paul Levi für die "Rote Fahne" ausfüllen sollte, scheint wenig schlüssig zu sein. Zum einen ist es sehr wahrscheinlich, daß Paul Levi überhaupt gar nicht erst als Beauftragter des Vollzugsrates beim W.T.B. angetreten ist. Zum anderen würde es durch die Genesis der in seinem Nachlaß enthaltenen Schriftstücke selbst in Frage gestellt werden müssen. So setzen die Dokumente weit vor dem 25. November 1918 ein und stellen einen außerordentlich bemerkenswerten Fundus an Arbeitsmaterialien des Vollzugsrates dar, die gleichsam über den anfallenden persönlichen Materialbestand eines einzelnen Mitgliedes hinausreichen.¹⁶⁷ Eine andere Vermutung wäre, daß Paul Levi noch während oder nach der Revolutionszeit auf eher privatem Weg in den Besitz dieser Materialien durch eine Person gelangte, die im Büro des Vollzugsrates tätig war und in deren Händen die Arbeitspapiere mehrerer oder aller Vollzugsratsmitglieder lagen, z. B. die Sekretärin Else Beck. Aber nicht nur der archivalische Befund der Dokumente läßt diesen Schluß zu, sondern auch die Tatsache, daß sich im Levi-Nachlaß weitere, wenn auch wenige Spuren von Else Beck finden.¹⁶⁸ Leider erwies sich ihr Erinnerungsbericht für diesen Abschnitt ihres Lebens als wenig ergiebig.¹⁶⁹ Kontakte zur Spartakusgruppe, die sie gehabt haben soll, würden jedoch die hier vorgestellte Argumentation stützen.

Weniger wahrscheinlich ist eine dritte Erklärungsvariante, daß es sich bei den Vollzugsratsmaterialien im Levi-Nachlaß um Teile oder Reste des oben erwähnten

166 Vgl. Dok. 85.

167 So befinden sich im Levi-Nachlaß neben handschriftlich abgefaßten Anträgen verschiedener Vollzugsratsmitglieder ebenfalls mit Anstreichungen und Notizen bearbeitete Entwürfe sowie auch Ausfertigungen mit Stempel und Unterschrift.

168 Es handelt sich einmal um einen handschriftlichen Brief von Else Beck an die Redaktion der "Chemnitzer Volksstimme" vom 3. Februar 1915 mit der Bitte um Zusendung einiger Nummern der Zeitung sowie um einen Brief Henriette Ackermanns aus dem Gefängnis an Rosi Wolfstein vom 22. August 1918, in dem Else Beck mehrfach als treusorgende Besucherin erwähnt wird. Vgl. AdsD, Nachlaß Paul Levi, Box 18, Mappe 39 und 40. Auch hier muß die Frage unbeantwortet bleiben, wie diese Briefe in den Nachlaß gekommen sind.

169 Vgl. IfGA, ZPA, EA 0045.

KPD-Exemplares handeln könnte. Auch hier sprechen sowohl die mehrfache Überlieferung einzelner Sitzungen sowie die Menge an Anträgen und Entwürfen in diesem Nachlaß dagegen.

Nach dem Tod Paul Levis im Jahre 1930 sind die Stationen der Materialien bekannt. Jenny Herz, eine Schwester Levis, verließ Anfang der dreißiger Jahre gemeinsam mit ihrer Familie Deutschland und nahm den gesamten Nachlaß ihres Bruders mit in die USA. Dort verkaufte sie den Nachlaß nach dem Krieg an den Bibliothekar Joseph Buttinger (New York); er bewahrte vorerst die Dokumente in der Library for Political Studies auf. 1972 wurde der Nachlaß schließlich dem Archiv der sozialen Demokratie geschenkt.¹⁷⁰

Der ebenfalls im Archiv der sozialen Demokratie aufbewahrte Teilnachlaß von Emil Barth brachte mit einem Beschlußprotokoll¹⁷¹ sowie mehreren Korrespondenzen bzw. Arbeitsmaterialien im Detail wertvolle Ergänzungen. Gleiches wäre von Beständen der Reichskanzlei im Bundesarchiv Potsdam anzufügen, wo z.T. neben komplettierendem Material auch Duplikate nachgewiesen werden konnten.¹⁷²

Außer in den im Zusammenhang mit den Hauptbeständen für die Publikation genannten Archiven mußten Forschungen über relevante Archivalien in größeren und kleineren Archiven des In- und Auslandes angestellt werden. So verfügt das Zentrale Parteiarchiv Berlin über einen Sammlungsbestand "Arbeiter- und Soldatenräte in Deutschland 1918/1919"¹⁷³, der u.a. für den vorliegenden Band relevante Quellen zum Zentralsoldatenrat der Ostfront beisteuerte. Dies betrifft vor allem Entscheidungsprozesse im Zentralsoldatenrat Kowno sowie dessen Verbindung zum Berliner Vollzugsrat, wo ab Ende November drei Soldatenräte der Ostfront als Mitglieder tätig geworden waren.

Im Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam befinden sich einige Durchschläge von Sitzungsprotokollen (in Kurzfassung) des Berliner Vollzugsrates

170 Vgl. AdsD, Nachlaß Paul Levi, Findbuch, Band 1, Bonn 1988 sowie Box 17, Mappe 35a; vgl. auch Sybille Quack, Geistig frei und niemandes Knecht. Paul Levi - Rosa Luxemburg. Politische Arbeit und persönliche Beziehung. Mit 50 unveröffentlichten Briefen, Frankfurt a.Main, Berlin 1986, S. 191. Zu erwähnen wäre noch, daß sich eine komplette Fotokopie der im Levi-Nachlaß enthaltenen Materialien zur Novemberrevolution seit 1969 im Zentralen Parteiarchiv in Berlin als Teil des dort vorhandenen Nachlasses von Paul Levi befindet, vgl. IfGA, ZPA, NL 126/026.

171 Es handelt sich um das, in den Akten von Richard Müller gleichfalls nicht enthaltene Beschlußprotokoll des VR vom 15. November 1918, Dok. 38.

172 Vgl. BAP, Reichskanzlei, hier besonders 2482.

173 IfGA, ZPA, V 236.

sowie Flugblätter der Räte, die jedoch erst für die vorgesehenen weiteren Bände von Interesse sein werden.¹⁷⁴

Der Nachlaß Wilhelm Dittmanns im ehemaligen Zentralen Parteiarchiv/Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der KPdSU in Moskau enthält eine Reihe interessanter Materialien, Briefe und Zeitungen, die seine Tätigkeit als Mitglied des Rates der Volksbeauftragten betreffen und sich in einigen Dokumenten auf die Berliner Räte, speziell auf den Vollzugsrat, beziehen. Es liegen Durchschläge von Protokollen vor, die bereits publiziert sind bzw. im vorliegenden Band nach den Originalen dokumentiert werden.¹⁷⁵

Für die Beurteilung der Rolle des Berliner Vollzugsrats als oberstes Kontrollorgan für die Preußische Staatsregierung sind insbesondere die Akten des Staatsministeriums, der Volksregierung sowie des Ministeriums des Innern von Bedeutung. Dokumente aus diesen Beständen waren bei der Publikation nicht zu berücksichtigen.¹⁷⁶

Vielfach ergeben sich aus den Studien und Nachforschungen in Archiven Anmerkungen zu den Dokumenten, Ergänzungen und Korrekturen zu Sachverhalten und Personen. Beispielhaft sei der Nachlaß des Generals Magnus von Eberhardt¹⁷⁷ genannt, der mit einem Erinnerungsbericht Einzelheiten der Zwischenfälle zwischen den von der Westfront zurückgeführten Truppen und den Arbeiter- und Soldatenräten aufhellt, Vorfälle, die den Berliner Vollzugsrat veranlaßten, Eberhardts Ablösung zu fordern.

Das Brandenburgische Landeshauptarchiv Potsdam (BLHA) bewahrt Schriftwechsel der Zentralstelle der Arbeiter- und Soldatenräte im Regierungsbezirk Potsdam u.a. mit dem Vollzugsrat in Berlin auf.¹⁷⁸

Die Bemühungen, mittels Berichten und Mitteilungen der Delegierten aus den Bundesstaaten über ihre Tätigkeit im Berliner Vollzugsrat weitere Materialien zu erschließen, hatte unterschiedliche Resultate. So brachte die Nachfrage beim Gene-

174 IISG, Zr B-48, 50 ff. Protokolle vom 20., 24., 29. und 30. Juni, 2., 3., 5. sowie 9. Juli 1919.

175 ZPA Moskau, Fond 215, Op. I.; z.B. das Protokoll der Sitzung des Vollzugsrats in Gegenwart des Kabinetts am 7. Dezember 1918 (Bl. 121-135).

176 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA), Abt. Merseburg, Rep. 90a, Abt. D, Tit. I, 1, Nr. 14, 15, 16, 17, 19, 20; Abt. B, Tit. III, 2 (2 b, Nr. 6; Rep. 77, Tit. 1373 spez. Bd. 1; Tit. 1373a, Nr. 1, 3, 4, 4a, 5-10, 12, 12a, 13, 14; Rep. 77, CBP Nr. 175, 464.

177 Im GStA Berlin-Dahlem, NL Eberhardt.

178 BLHA, Pr.Br.Rep. 2 A I Pol Nr. 1060, 1061.

rallandesarchiv Karlsruhe bezüglich der Delegierten für Baden (Emil Baer, Johannes Krayer) keine weiterführenden Ergebnisse.

Neues ergaben jedoch Forschungen in Münchener Archiven. Das Bayerische Hauptstaatsarchiv bewahrt in seinen umfangreichen Dokumenten aus der Revolution 1918/19, in der Bayern durch die Existenz der von Kurt Eisner geführten revolutionären Regierung¹⁷⁹ und die spätere Entwicklung zur Räterepublik einen spezifischen Platz unter den deutschen Bundesstaaten einnahm, auch zahlreiche Stücke zur Arbeit des Berliner Vollzugsrats, zur Rätebewegung in Berlin sowie zu den problematischen Beziehungen zwischen der bayerischen Rätebewegung und der Berliner "Zentrale". Dadurch war es möglich, im Einzelfall anderswo nicht nachweisbare bzw. unvollständig überlieferte Dokumente des Berliner Vollzugsrates zu ermitteln, zahlreiche Duplikate auszuweisen und erläuterndes Material für die Anmerkungen zu den publizierten Dokumenten zu gewinnen. Diese Ausnahmesituation ist dem Umstand zu danken, daß die Münchener Soldatenräte früh Kontakt zu Berlin suchten und ab 23. November 1918 mit einem offiziellen "Vertreter der bayerischen Armee beim Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates Berlin" präsent waren, der als Mitglied des Vollzugsrates für Bayern fungierte, Aufträge der Münchener Räte zu realisieren suchte und seinen Auftraggeber umfangreich informierte.¹⁸⁰

Neben diesem Hauptrepräsentanten Karl Hädrich, der in Berlin ein Büro mit Mitarbeitern unterhielt, wirkten zeitweilig weitere Delegierte aus München beim Vollzugsrat, die, wie Josef Breitenbach und Ernst Jacoby, thematisch begrenzte bayerische Interessen verhandeln und durchsetzen sollten¹⁸¹, und die gleichfalls mit München kontaktierten und dort zu berichten hatten. So ist ein erstaunlich umfangreiches Material über die Beziehungen Berlin-München in der deutschen Rätebewegung überliefert. Besonders ergiebig sind die Akten des Landessoldatenrates 1918-1919¹⁸² und die Akten zum Betreff "Arbeiter- und Soldatenräte"¹⁸³. Mit Gewinn wurden auch einschlägige Akten des Ministeriums

179 Vgl. Die Regierung Kurt Eisner 1918/1919. Ministerprotokolle und Dokumente. Eingeleitet und bearb. von Franz J. Bauer, Düsseldorf 1987; zit. als: Die Regierung Kurt Eisner.

180 Vgl. die ausführlichen Erläuterungen Dok. 83, Anm. 1.

181 Vgl. v.a. Dok. 108.

182 Vgl. bes. BayHStA, Abt. IV, MKr, 17025, 17026.

183 Vgl. bes. BayHStA, Arbeiter und Soldatenrat 1, 2, 3, 4, 16, 23 und 29; letztgenannte Akte enthält die Berichte Karl Hädrichs nach München.

des Äußeren¹⁸⁴, des Ministeriums des Innern und anderer Ministerien benutzt, die verschiedentlich verstreute Materialien enthalten, die mit der Tätigkeit des Berliner Vollzugsrates zusammenhängen.

Nachforschungen über die Soldatenräte blieben leider ohne neue Resultate, da "die Akten der ehemaligen Preußischen Armee 1945 durch Kriegseinwirkung nahezu vollständig vernichtet" wurden und daher keine, für die Berliner Soldatenräte einschlägige Überlieferung zu ermitteln war.¹⁸⁵

Trotz mancher Enttäuschung zählten die Auffindung der "Ausweis-Karte Nr. 1 für das Mitglied des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrats Genossen Emil Barth"¹⁸⁶ zu den kleinen Erfolgserlebnissen langwieriger Bemühungen. Ähnlich auch die Verifizierung von Daten zu Arbeiter- und Soldatenräten, deren Biographien im Detail nur selten vollständig zu rekonstruieren waren.¹⁸⁷ Aus Forschungen im Landesarchiv Berlin ließen sich z.B. Geburtsdaten des Vorsitzenden des Spandauer Soldatenrates, Max von Lojewski, sowie des Oberleutnants Eduard Walz feststellen.¹⁸⁸

Inhaltlich durchaus bedeutender schienen die im Landesarchiv Berlin lagernden Archivalien der örtlichen, kommunalen Arbeiter- und Soldatenräte aus dem Groß-Berliner Raum. Bei genauerer Durchsicht der Akten ergab sich jedoch oftmals eine spürbare Diskrepanz zwischen dem Aktentitel und dem letztendlich substantiell verwertbaren Material. Zum einen handelt es sich nicht um in sich geschlossene, sondern eher um Splitterbestände, zum anderen lassen sie auch kein gemeinsames Agieren der Räte im Groß-Berliner Raum erkennen. So ist der Aussagewert der Akten über Adlershof, Friedrichsfelde, Lichtenberg, Spandau, Treptow und Weißensee für diesen Band fast ohne Belang.¹⁸⁹

Im Bezirksarchiv Berlin-Neukölln werden die Akten des Magistrats, betr. A.- und S.-Rat, aufbewahrt und sind nicht, wie aus den anderen Städten und Gemein-

184 V.a. BayHStA, MA 1009.

185 Schreiben des Bundesarchivs, Militärarchiv Freiburg vom 13. Februar 1992.

186 Im Teilnachlaß Emil Barth, Hans-Böckler-Stiftung Düsseldorf (DGB-Archiv).

187 Beispielsweise das Sterbejahr von Otto Tost, bisher durchweg mit 1957 benannt, konnte durch Nachforschungen im ehemaligen Archiv des FDGB Berlin (jetzt Johann-Sassenbach-Stiftung) auf 1954 berichtet werden.

188 Landesarchiv Berlin, Rep. 59, Acc. 399, Nr. 2029 (Lojewski); Rep. 200, Acc. 2014/15 NL Dr. Hans Emil Hirschfeld (Walz).

189 Vgl. auch Frauke Bey-Heard, Hauptstadt und Staatsumwälzung Berlin 1919. Problematik und Scheitern der Rätebewegung in der Kommunalverwaltung, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz (1969)

Einleitung

den Groß-Berlins, nach 1920 ins Stadtarchiv überführt. Auch hier ist jedoch keine geschlossene Überlieferung erhalten, sondern einzelne Dokumente, die das Zusammenwirken zwischen dem Berliner Vollzugsrat und dem Neuköllner Arbeiter- und Soldatenrat partiell belegen. Der wichtigste Vorgang ist die Vermittlung in der zugespitzten Auseinandersetzung zwischen SPD- und USPD-Arbeiterräten Neuköllns und dem Militär Ende November/Anfang Dezember, die der Groß-Berliner Ausschuß des Vollzugsrates am 16. Dezember mit einer Beratung beizulegen suchte.¹⁹⁰ In ebenfalls erhaltenen Akten des Arbeiter- und Soldatenrates der Gemeinde Berlin-Britz findet sich das Bestätigungsschreiben der Vorsitzenden des Berliner Vollzugsrates, Richard Müller und Brutus Molkenbuhr, für die Volksbeauftragten der Gemeinde Britz, vom 14. November - ein Beleg für das Wirken des Vollzugsrates im Groß-Berliner Raum.¹⁹¹

Eine wesentliche Bereicherung für die Dokumentation der Aufrufe und Bekanntmachungen des Vollzugsrates waren die von ihm selbst noch 1918 zusammengestellten und herausgegebenen Materialien.¹⁹² Während die eine gerade einmal die ersten 12 Tage seines Wirkens zeitlich einfängt, entstand die andere Broschüre auf Beschluß der Vollzugsratssitzung vom 13. Dezember 1918¹⁹³ und diente als Handreichung für die Delegierten zum 1. Reichsrätekongreß.

Der "Allgemeine Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands", der als 1. Reichsrätekongreß in die Geschichte eingegangen ist, markiert nicht nur einen Einschnitt in die Geschichte der deutschen Revolution 1918/19, er bedeutet für den Berliner Vollzugsrat den Schlußpunkt als (provisorisches) zentrales Räteorgan für Deutschland und Preußen. Somit bietet dieses Schlüsselereignis einen logischen Abschluß dieses Bandes der Dokumente der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte.

Der Berliner Vollzugsrat lud mit seinem Aufruf vom 23. November 1918 "zur Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte" ein, legte am 25. November den Delegiertenschlüssel fest und schlug schließlich am 9. Dezember die

190 Bezirksarchiv Berlin-Neukölln, 35 L-8-12, Bl. 28 f. (Einladung Gustav Hellers vom Vollzugsrat zur Beratung ins Abgeordnetenhaus am 16. Dezember 1918).

191 Bezirksarchiv Berlin-Neukölln, Akten des Arbeiter- und Soldatenrates der Gemeinde Britz, 32 M-1-18. Die Volksbeauftragten Ernst Kestel und Theodor Görner (beide USPD) erhielten die Vollmacht, "die Kontrolle der gesamten Verwaltungen auszuüben".

192 Bekanntmachungen und Berichte des Vollzugsrates des Groß-Berliner "Arbeiter- und Soldatenrates" vom 10. bis 22. November 1918; Aufrufe, Verordnungen und Beschlüsse des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Berlin, o.O., o.J. (1918).

193 Dok. 133.

vorläufige Tagesordnung vor. Intensive Aufmerksamkeit widmete der Vollzugsrat jedoch nur den Wahlen der Berliner Delegierten zum Rätekongreß. Der Inhalt der vorgesehenen Berichte und Referate blieb den Referenten vorbehalten, die der Vollzugsrat z. T. aus seinen Mitgliedern benannte.

Die Vorgeschichte des Kongresses ist im vorliegenden Band erstmalig im Detail dokumentiert. Der Verlauf des Kongresses selbst ist aus den bereits im Februar 1919 publizierten Stenographischen Berichten¹⁹⁴ bekannt und durch mehrfache Nachdrucke¹⁹⁵ relativ breit und leicht zugänglich¹⁹⁶. Vor allem aus diesem Grunde entschlossen sich die Herausgeber, die Dokumente der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, die aus den Tagungen des Rätekongresses erwachsen sind, nicht neuerlich zu publizieren. In einer Übersicht sind die Referate, Anträge und wesentlichen Diskussionsbeiträge von Mitgliedern des Vollzugsrates, Berliner Delegierten sowie auch die Initiativen Berliner Arbeiter- und Soldatendelegationen, die auf dem Kongreß vorgetragen wurden, verzeichnet. Nicht berücksichtigt sind persönliche Bemerkungen und unbedeutende Anträge z. B. zu Geschäftsordnungsdebatten. Die namentliche Auflistung der Beiträge Berliner Arbeiter- und Soldatenräte bedeutete

194 Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, Berlin 16. bis 21. Dezember 1918. Stenographische Berichte. Hrsg. und Verleger: Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschlands, Berlin, Herrenhaus. Der Bericht lag bereits im Februar 1919 im Vollzugsrat vor (BAP, St 11/6, Bl. 147); es sollen 10000 Exemplare (im Format der Reichstagsprotokolle) gedruckt worden sein (BAP St 11/3, Bl. 109).

195 Dass.: Eingel. von Friedrich Helm und Peter Schmitt-Egner, Glashütten im Taunus 1972; Dass.: Kritische Bibliothek der Arbeiterbewegung. Text Nr. 1, Berlin 1973, 2. Aufl. 1975.

196 Leider sind die mit den Nachdrucken der "Stenographischen Berichte" gegebenen Möglichkeiten nicht genutzt worden, um kritische Vergleiche mit den archivalischen Quellen anzustellen oder auch nur offensichtliche Irrtümer der Erstveröffentlichung zu korrigieren. Ein kurzgefaßtes maschinenschriftliches Protokoll der Sitzungen des "Allgemeinen Kongresses..." von insgesamt 150 Blatt befindet sich im BAP, St 11/18. Weitere Niederschriften der Sitzungen (außer der 4. und 9. Sitzung) finden sich ebenda in den Akten der Reichskanzlei Nr. 2486/22 [1.-3. Sitzung], 2487 [5.-6. Sitzung], 2488 [7.-8. Sitzung]. Die Akten 2486/19 und 20 enthalten Telegramme, die Akte 2486/21 Anträge an den Kongreß. Die in Potsdam lagernde Verfilmung der Akten ist unbrauchbar. Im unter 2489 abgelegten gedruckten Bericht ist das Schlußdatum des Kongresses: 21. Dezember 1918 auf den 20. Dezember richtiggestellt. Obgleich das gedruckte Protokoll (S. 155) wie das maschinenschriftliche Protokoll (BAP, St 11/18) für die letzte Sitzung offensichtlich falsch, Freitag, den 18. Dezember 1918, vormittags statt 20. Dezember nennt, hält sich in der Literatur das im Titel wie im Vorwort von Robert Leinert falsch angegebene Datum (21. Dezember).

Einleitung

natürlich auch den Verzicht auf weitere Anmerkungen zu Vorgängen und Personen.

Bedeutungsvoll sind vor allem der Bericht des Vollzugsrates, den der Vorsitzende Richard Müller erstattete¹⁹⁷, sowie die Referate und Anträge von Max Cohen-Reuß¹⁹⁸ und Ernst Däumig¹⁹⁹ über "Nationalversammlung oder Räte-system", der beiden Mitglieder des Berliner Vollzugsrates, die sich am intensivsten mit den theoretischen Aspekten der "Räteverfassung"²⁰⁰ auseinandersetzten. In die Stenographischen Berichte ist auch der "Rechnungsbericht des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte für die Zeit vom 9. November bis 15. Dezember 1918" aufgenommen worden.²⁰¹ Obgleich die Schlüssel-Anträge, die der Berliner SPD-Delegierte Hermann Lüdemann an den Kongreß richtete, nicht für die Berliner Delegation sondern namens der sozialdemokratischen Gesamtfraktion vorgetragen wurden, sind sie in die Übersicht als Aktivität eines Berliner Arbeiterrates aufgenommen worden.²⁰² Im Teilnehmerverzeichnis des Kongresses und im gesonderten Verzeichnis der "Vertreter der Regierung und des Vollzugsrates" sind die Berliner Delegierten aufgeführt; beide Dokumente werfen allerdings Fragen bezüglich der Zusammensetzung des Vollzugsrates²⁰³ und der Berliner

197 Allgemeiner Kongreß, S. 7 ff. Richard Müller betonte sein "subjektives Empfinden", das den Bericht kennzeichne, er sei "nicht als die einheitliche Auffassung des Vollzugsrates zu betrachten" (S. 7).

198 Ebenda, S. 105 ff.

199 Ebenda, S. 113 ff.

200 So in den Stenographischen Berichten, (ebenda, S. 105), in der "Inhalts-Uebersicht" (ebenda, S. V).

201 Ebenda, S. 185.

202 Ebenda, S. 6 (zur Veränderung der Tagesordnung), S. 27 (gegen die Zulassung Luxemburgs und Liebknechts zum Kongreß), S. 70, 95-96 (zur Kommandogewalt), S. 88-89 (zum Zentralrat), S. 172 (zur Sozialisierung).

203 Gegenüber dem zum Rätekongreß in: Aufrufe, Verordnungen und Beschlüsse, S. 61 gedruckten (fehlerhaften) "Namentlichen Verzeichnis der Mitglieder des Vollzugsrates" sind in den Stenographischen Berichten richtig Hermann Bergmann nicht mehr und Heinrich Schäfer als Delegierter "Besetztes Gebiet" genannt. Ausdrücklich wird hier vermerkt, daß die Mitglieder des Vollzugsrates aus Baden, Baer und Krayer, bereits abgereist sind und die aus Sachsen, Heckert und Held, nicht erschienen sind; Fritz Heckert und Max Heldt (so die richtige Schreibweise) sind im Teilnehmer-Verzeichnis des Kongresses (S. 208) aufgeführt; Heckert sprach mehrfach; M. Heldt wird im "Namentlichen Verzeichnis" fälschlich (statt Heckert) als Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates Chemnitz bezeichnet. Es ist nicht anzunehmen, daß Hans Paasche nach dem Ableben seiner Frau Ellen (8. Dezember 1918) nach Berlin zurückgekehrt war.

Delegation²⁰⁴ auf. Einige davon sind hier nicht zu klären. Die Wahl der bisherigen Vollzugsratsmitglieder Max Cohen, Fritz Faaß, Robert Kohl, Georg Maier, Emil Pörschmann, Hugo Struve, Hermann Wäger (als Vertreter der Soldatenräte) sowie von Gustav Heller, Max König, Hermann Müller und Heinrich Schäfer (als Vertreter der Arbeiterräte) in den "Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik"²⁰⁵ bildete ein Element der Kontinuität in der deutschen Rätebewegung, ihrer "Zentrale".

Im Bereich zeitgenössischer, gedruckter Quellen wurde von den Herausgebern neben den bereits erwähnten Publikationen ein breites Spektrum eingefangen, um die archivalisch überlieferte Materialsammlung zu vervollständigen und abzurunden. Dies betrifft vor allem die Sitzungen der Groß-Berliner Soldatenräte, die sämtlich aus Presseberichten damals großer Tageszeitungen entnommen wurden sowie einige Bekanntmachungen des Vollzugsrates, die sich lediglich im "Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger" fanden. Darüber hinaus konnten die hier edierten Quellen durch die Auswertung der zeitgenössischen

Die Mitglieder des Vollzugsrates Ernst Neviandt und Walter Portner werden als Demokrat- bzw. Soldatenrat-Delegierter im Teilnehmer-Verzeichnis aufgeführt, ebenso Lempke [Lemke] und Max König (als Delegierter aus dem Wahlbezirk Arnshagen, wohnhaft in Dortmund), beide sind in der Vollzugsratsliste als Vertreter Elsaß-Lothringens genannt. Was Max König angeht, so kann nur vermutet werden, daß er zunächst als Soldatenrat König für die Truppen in Elsaß-Lothringen in den Vollzugsrat gelangte, dann vom Heimatbezirk als langjähriger SPD-Funktionär zum Rätekongreß delegiert und hier in den Zentralrat gewählt wurde; vgl. Dok. 95, Anm. 30. Das Mitglied des Vollzugsrates Fritz Faaß ist als Delegierter für Teltow-Beeskow aufgeführt; Robert Kohl ist auch Delegierter der X. Armee; Georg Maier ist zugleich in Kowno gewählt worden. Hermann Wäger steht als Delegierter der Ostfront im Teilnehmer-Verzeichnis. Auch Heinrich Schäfer aus Köln (für Besetzte Gebiete) ist doppelt verzeichnet, allerdings ohne Angabe des Wahlbezirkes.

204 Von den Berliner Delegierten fehlt Richard Nowakowski im Teilnehmer-Verzeichnis. Otto Tost wird als S.[PD] statt U[SPD] geführt; bei ihm und Gustav Laukant (USPD) fehlen alle weiteren Angaben zur Person, ebenso bei [Heinrich] Malzahn. Die Soldatenräte Karl Kobert, Rudolf Kobs (S.-Rat 17. Div.) und Paul Neubecker, die mit den Wahlbezirken Berlin IV bzw. VI verzeichnet sind, haben vermutlich ihren früheren Reichstagswahlbezirk als Wahlbezirk genannt.

Nicht zu klären sind die Verhältnisse der angeblich im Wahlbezirk Neukölln (?) gewählten Delegierten Fritz Ruckenbrod (SPD) und Max Rosner [Sold.]. Zu erwähnen wären weiter Berliner Delegierte, die eindeutig als Soldatenräte gewählt wurden.

205 Allgemeiner Kongreß, S. 150-51; Der Zentralrat, S. XXVII ff., S. 9 ff. Als Soldatenratsvertreter (Zentralrat der Marine) kam nur Robert Pfaff (Kiel) zu den bereits Ende November kooptierten Soldatenräten hinzu. Max Cohen konnte man kaum als Soldatenrat der "Heimat" betrachten.

Tagespresse und Periodika²⁰⁶, durch bereits vorliegende Dokumentensammlungen²⁰⁷ sowie mit Hilfe der allgemeinen und speziellen Forschungsliteratur inhaltlich aufbereitet werden. Gerade beim Erhellen gewisser historischer Abläufe erwies sich die vorhandene Memoirenliteratur von Vollzugsratsmitgliedern bzw. unmittelbar in seinem Umfeld agierenden Personen²⁰⁸ als wichtige Quelle.

5. Zur Einrichtung der Edition

In der Ordnung der Dokumente folgten die Herausgeber im wesentlichen dem chronologischen Prinzip, was einschließt, daß auch Dokumente eines Datums in die zeitliche Abfolge ihrer Entstehung bzw. Bekanntgabe, soweit dies zu verifizieren war, einsortiert sind. Die Edition enthält alle Quellen grundsätzlich in ungekürzter Form. Zum einen enthalten sich die Herausgeber damit jeglicher Wertung über Bedeutsam- oder Belanglosigkeit von Textpassagen. Zum anderen ließen sie sich aber auch von der Überlegung leiten, diese Edition vorwiegend auf die Bedürfnisse der Forschung auszurichten. Der umfängliche Forschungsstand zur deutschen Revolution 1918/19 kann auch präzisiert oder erweitert werden, indem immer detaillierteres, unbekanntes oder bislang unbeachtetes Quellenmaterial in die wissenschaftliche Betrachtung miteinbezogen wird. Das Bestreben, in dem Wortlaut des Protokolls eingebundene Beschlußtexte auch als eigenständige Dokumente erscheinen zu lassen, erklärt den teilweisen zweifachen Abdruck von kleineren Anträgen und Entwürfen. Mit eckigen Klammern durch die Herausgeber gekennzeichnete Auslassungen finden sich lediglich dann im Band, wo längere Protokolltextpassagen zugleich als eigenständige Dokumente wortgetreu enthalten

206 Das betrifft neben den parteipolitisch verschiedenen Tageszeitungen vor allem Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. Neue Folge. 34. Jg. (1918), T. 1 und 2, München 1922; zit. als: Schulthess', 1918/I bzw. 1918/II.

207 Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Bd. 2 und 3, Berlin o. J.; zit. als: Ursachen und Folgen; Dokumente und Materialien; Lothar Berthold/Helmut Neef, Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution, 2. erw. u. überarb. Aufl., Berlin 1978; zit. als: Berthold/Neef; sowie Die deutsche Revolution 1918-1919. Dokumente. Hrsg. von Gerhard A. Ritter und Susanne Miller, 2. Aufl., Hamburg 1983; zit. als: Ritter/Miller. Alle diese Dokumentenbände haben sich im Laufe der Erarbeitung der vorliegenden Publikation als verlässliche Editionen erwiesen.

208 Vgl. vor allem die Erinnerungen von Emil Barth, Hermann Müller, Richard Müller, Walter Oehme und Heinrich Schäfer.

sind. Eine entsprechende Anmerkung verweist auf die dazugehörige Dokumentennummer.

Die Regeln der Edition sind im wesentlichen denen der grundlegenden Quellensammlungen zur deutschen Rätebewegung 1918/19²⁰⁹ angeglichen, auch um bei Fragestellungen vergleichender Art eine einfache Handhabbarkeit aller Quellensammlungen zu ermöglichen. Die Dokumente sind durchgängig nummeriert und mit einem Kopfregegest ausgestattet. Das Kopfregegest enthält in jedem Falle das Datum, den Sachbetreff sowie den Quellennachweis. Bei ungedruckten Quellen wird im Kopfregegest sowohl auf den archivalischen Standort mit Signatur und - wenn paginiert - Blattzahlen, als auch auf Parallelüberlieferungen in anderen Archiven verwiesen. Jedoch werden nicht alle Überlieferungsstandorte angeführt. Neben der jeweils in diesem Band edierten Fassung, die entweder die vollständigste bzw. aussagekräftigste von mehreren Varianten darstellt, sind darüber hinaus davon abweichende ausgewiesen, wenn damit unterschiedliche Bearbeitungsstufen erkennbar gemacht werden können.

Bereits erfolgte Abdrucke finden sich in einer diesbezüglichen Anmerkung zum Quellennachweis. Waren bei Parallelüberlieferungen bzw. Abdrucken abweichende Textvarianten von sachlicher Bedeutung nachweisbar, erfolgt an der betreffenden Stelle eine textkritische Anmerkung. Dokumente, die in größerer Anzahl als Abdrucke existieren (z.B. Bekanntmachungen, Aufrufe etc.) werden in der Regel nach der amtlichen Quelle (z.B. Reichsanzeiger) wiedergegeben. Auf den Nachweis mehrfacher Abdrucke vor allem in der Tagespresse wird dann verzichtet.

Bei archivalischem Material findet das Kopfregegest eine Ergänzung durch eine Quellenbeschreibung (Original, Durchschrift, Abschrift). Dabei arbeiten die Herausgeber mit dem Begriff Original anstatt Ausfertigung, da letzterer Begriff die meist als Konzept überlieferten Protokolle nicht treffend beschreiben würde. Umfängliche stenographische, genauer, nach dem Stenogramm ausgefertigte Sitzungsprotokolle von 30 Seiten und mehr mit dem Terminus "Konzept" zu versehen, weil es zu keiner Autorisierung durch die zahlreichen Redner gekommen ist, scheint dem Charakter und Wert dieser Quellen nicht gerecht zu werden. Deshalb erscheinen beim archivalischen Befund die Begriffe handschriftliches Original bzw. Maschinenschrift, Original oder eben Durchschrift, Abschrift. Ist ein maschinenschriftliches Original am Ende mit Unterschriften versehen, bedeutet dies in jedem Falle, daß es sich um eigenhändige Unterschriften handelt, da es sonst im

209 Gemeint sind vor allem die oben (Anm. 1 bis 3, 5 und 6) genannten Bände.

Verständnis der Herausgeber Durchschriften sein müßten. Inhaltlich relevante handschriftliche Korrekturen, Bemerkungen oder Anstreichungen finden sich entweder in der Quellenbeschreibung im Kopfregeest oder in einer textkritischen Anmerkung an der betreffenden Stelle.

Zum schnelleren Erschließen der oft langen Sitzungs- und Versammlungsprotokolle weist das Kopfregeest zusätzlich jeweils die Redner, und - falls bekannt - Beginn und Schluß der Sitzung/Versammlung sowie die Verhandlungsgegenstände aus. Bei im Protokoll bereits vorhandener Tagesordnung, auf die dann das erweiterte Kopfregeest verweist, finden sich dort lediglich weitere Verhandlungsgegenstände, wenn aus der protokollierten Diskussion zusätzliche zu den vorgefaßten Tagesordnungspunkten erkennbar waren.

In der äußeren Textgestaltung wurden Orthographie und Interpunktion stillschweigend heutigen Regeln und Bräuchen angepaßt, ohne den Charakter der Quelle zu verändern. Dies gilt auch für Abkürzungen, die keine Institutionen bezeichnen. Die Schreibweise der Daten, Uhrzeiten und Zahlen in den Quellen ist unverändert. Die Namen der Redner sind ohne Berücksichtigung der verschiedenen Hervorhebung und der teilweisen Benennung als "Genosse" (Gen.) in den Quellen einheitlich unterstrichen, so wie gesperrt geschriebene oder anders hervorgehobene Passagen generell nicht übernommen wurden.

Die Dokumente sind mit textkritischen Anmerkungen und Sachanmerkungen versehen, die in ihrer Bezeichnung nicht voneinander unterschieden sind. Alle Anmerkungen werden pro Dokument fortlaufend gezählt, wobei sachlich gleiche Anmerkungen dieselbe Ziffer erhalten haben. Hinsichtlich der Quantität der Anmerkungen galt das Prinzip, daß sie das Dokument inhaltlich erschließen helfen, ohne den gegebenen Forschungsstand, auf den durch Literaturangaben verwiesen wird, zu rekapitulieren.²¹⁰

Biographische Anmerkungen erscheinen bei der Erstnennung der Person im Quellentext (außerhalb der Kopfregeesten), auf die in folgenden Dokumenten nicht verwiesen wird. Der Kursivdruck der biographischen Anmerkung im Personenregister erleichtert ihr schnelles Auffinden. Die biographischen Angaben sind aus

210 Erwähnt seien hier lediglich die Abhandlungen, die sich direkt auf die Protokolle des Vollzugsrates stützten und diese zuerst berücksichtigten: Dieter Baudis, Zur Geschichte des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse um die Kontrolle über die Produktion während der Novemberrevolution und der Massenstreiks im Frühjahr 1919, wirtschaftswiss. Diss., Berlin 1960; Jakow S. Drabkin, Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Berlin 1968; Eberhard Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919, Düsseldorf 1962; Peter v. Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf 1963 und Ingo Materna.

den einschlägigen Nachschlagewerken, zahlreichem ungedruckten Quellenmaterial und der wissenschaftlichen Literatur heraus erarbeitet. Sie konzentrieren sich besonders auf das zeitliche Umfeld der Novemberrevolution, ohne die Eckdaten der Gesamtbiographie zu vernachlässigen. Bei den Mitgliedern des Vollzugsrates waren die Herausgeber um eine möglichst lückenlose Auflistung aller Lebensdaten bemüht, die durch vorhandene autobiographische bzw. biographische Quellen- und Literaturangaben komplettiert sind. Besonders bei einigen lokal agierenden Räten, deren Spuren vor und noch mehr nach der Revolutionszeit nur schwer auffindbar sind, konnten neue Kenntnissplitter hinzugefügt werden, während viele auch weiterhin in der Grauzone unseres Wissensstandes verbleiben müssen.

VERZEICHNIS DER DOKUMENTE

Dok. 1	1
Ende Oktober 1918	
Flugblatt des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates mit dem Aufruf, den Gestellungsbefehlen keine Folge zu leisten	
Dok. 2	2
Anfang November 1918	
Flugblatt des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates mit dem Aufruf zum Nichtbefolgen der Einberufungen und zur Vorbereitung auf den Kampf für eine sozialistische Republik	
Dok. 3	5
8. November 1918	
Flugblatt des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates mit dem Aufruf zum Kampf für eine sozialistische Republik	
Dok. 4	9
9. November 1918	
Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates mit Verkündung des Generalstreiks und zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung	
Dok. 5	9
9. November 1918	
Bekanntmachung des sozialdemokratischen Arbeiter- und Soldatenrates über den Übergang von Truppen auf die Seite des Volkes	
Dok. 6	10
9. November 1918	
Aufruf des Vorstands der Sozialdemokratie Deutschlands und des Arbeiter- und Soldatenrates zur Unterstützung des Reichskanzlers Friedrich Ebert	
Dok. 7	11
9. November 1918	
Befehl des Sicherheitsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates zur Internierung der Kriegsgefangenen	
Dok. 8	12
9. November 1918	
Aufruf des Berliner provisorischen Arbeiter- und Soldatenrates, Delegierte zu wählen	
Dok. 9	13
10. November 1918	
Verordnung des Arbeiter- und Soldatenrates über die vom Generalstreik ausgenommenen Bereiche	

Dok. 10	14
10. November 1918	
Aufruf des Exekutivausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates an die Bäcker und den Lebensmittelhandel	
Dok. 11	14
10. November 1918	
Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates, freiwillig Aufsicht in gemeinnützigen Betrieben zu führen	
Dok. 12	15
10. November 1918	
Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte im Zirkus Busch	
Dok. 13	24
10. November 1918	
Aufruf der Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte mit den Aufgaben für den Rat der Volksbeauftragten	
Dok. 14	26
11. November 1918	
Mitteilung des Arbeiter- und Soldatenrates über die Wiederaufnahme der Arbeit	
Dok. 15	26
11. November 1918	
Versammlung der Groß-Berliner Soldatenräte	
Dok. 16	31
11. November 1918	
Sitzung des Vollzugsrates	
Dok. 17	33
11. November 1918	
Bekanntmachung des Vollzugsrates über die Legitimierung seiner Aufrufe	
Dok. 18	34
11. November 1918	
Aufruf des Vollzugsrates über die exekutive Gewalt	
Dok. 19	35
11. November 1918	
Mitteilung der Volksbeauftragten für die Stadt Berlin über die Übernahme der Verwaltung der Stadt durch den Arbeiter- und Soldatenrat	
Dok. 20	37
11. November 1918	
Verordnung des Aktionsausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins über die militärische Disziplin und die Tätigkeit des Aktionsausschusses	

Verzeichnis der Dokumente

Dok. 21	38
12. November 1918 Bekanntmachung des Vollzugsrates über die Zusammensetzung der preußischen Regierung	
Dok. 22	39
12. November 1918 Aufruf des Vollzugsrates zur Verhinderung unrechtmäßiger Requisitionen	
Dok. 23	40
12. November 1918 Anweisung des Vollzugsrates an den Scherl-Verlag, "Die Rote Fahne" zu drucken	
Dok. 24	40
12. November 1918 Sitzung des Vollzugsrates	
Dok. 25	43
12. November 1918 Bekanntmachung des Vollzugsrates über den Wechsel im Vorsitz	
Dok. 26	44
12. November 1918 Aufruf des Vollzugsrates zur Bildung einer Roten Garde	
Dok. 27	44
12. November 1918 Erklärung des Vollzugsrates zur Bildung und Kompetenz der Arbeiter-, Soldaten- und Angestelltenräte	
Dok. 28	45
12. November 1918 Bekanntmachung des Volksbeauftragten für die öffentliche Sicherheit über die polizeilichen Bestimmungen für den Landespolizeibezirk Berlin	
Dok. 29	46
12. November 1918 Bekanntmachung des Volkskommissars für öffentliche Sicherheit über außerordentliche Maßnahmen zur Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit	
Dok. 30	47
13. November 1918 Versammlung der Soldatenräte der Berliner Truppen und Lazarette sowie des Truppenübungsplatzes Döberitz und des I. Armeekorps	
Dok. 31	53
13. November 1918 Bekanntmachung des Vollzugsrates über seine personelle Veränderung	

Dok. 32	53
13. November 1918	
Sitzung des Vollzugsrates	
Dok. 33	55
13. November 1918	
Bekanntmachung des Vollzugsrates über die Zurückziehung des Beschlusses zur Bildung einer Roten Garde	
Dok. 34	55
14. November 1918	
Sitzung des Vollzugsrates	
Dok. 35	58
14. November 1918	
Aufruf des Vollzugsrates an die Völker Frankreichs, Italiens, Englands und Amerikas	
Dok. 36	60
14. November 1918	
Versammlung der Groß-Berliner Soldatenräte	
Dok. 37	61
14. November 1918	
Schreiben des Vollzugsrates an den Arbeiter- und Soldatenrat der Gemeinde Berlin-Britz	
Dok. 38	62
15. November 1918	
Sitzung des Vollzugsrates	
Dok. 39	64
15. November 1918	
Bekanntmachung des Vollzugsrates über die wirtschaftliche Interessenvertretung durch die freien Gewerkschaften	
Dok. 40	64
15. November 1918	
Bekanntmachung des Vollzugsrates über die Neuordnung der Kommando-verhältnisse	
Dok. 41	65
15. November 1918	
Bekanntmachung des Vollzugsrates über die Einsetzung von Bevollmächtigten des Vollzugsrates im Sanitätsdepartment des Kriegsministeriums	
Dok. 42	66
15. November 1918	
Bekanntmachung des Vollzugsrates über das Oberkommando der Matrosen in Berlin	

Verzeichnis der Dokumente

Dok. 43	66
15. November 1918 Botschaft des Vollzugsrates an die "Republik der bayerischen Arbeiter- und Soldatenräte"	
Dok. 44	67
15. November 1918 Vollmacht des Vollzugsrates zur Übernahme der Auslandsabteilung der Obersten Heeresleitung (Ohla)	
Dok. 45	68
16. November 1918 Sitzung des Vollzugsrates	
Dok. 46	80
16. November 1918 Leitsätze über die Stellung der Arbeiter- und Soldatenräte (Entwurf von Ernst Däumig vom 13. November 1918)	
Dok. 47	83
16. November 1918 Bekanntmachung des Vollzugsrates über die Kontrolle der im Amt verbliebenen Beamten durch die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte	
Dok. 48	84
16. November 1918 Bekanntmachung des Vollzugsrates zum Verfahren bei der Kontrolle der Landräte	
Dok. 49	84
16. November 1918 Aufruf des Vollzugsrates zur Abwehr von Seuchengefahren	
Dok. 50	86
16. November 1918 Besprechung der Volksbeauftragten Friedrich Ebert und Emil Barth mit Vertretern des Vollzugsrates, des Kriegsministeriums und des Reichsschatzamt	
Dok. 51	92
16. November 1918 Bekanntmachung über die Legitimität der bestehenden Arbeiterausschüsse bzw. -Räte bis zu deren Neuwahl	
Dok. 52	93
17. November 1918 Sitzung des Vollzugsrates	
Dok. 53	105
17. November 1918 Beschluß des Vollzugsrates mit der Forderung nach einer Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands	

Dok. 54 18. November 1918 Gemeinsame Sitzung des Vollzugsrates und des Rates der Volksbeauftragten	106
Dok. 55 18. November 1918 Schreiben des Vollzugsrates an die Reichsregierung mit "Richtlinien über Wesen und Aufgaben der Soldatenräte sowie des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates"	135
Dok. 56 18. November 1918 Verordnung des Rates der Volksbeauftragten und des Vollzugsrates über die Entlohnung der Mannschaften	138
Dok. 57 18. November 1918 Anordnung des Vollzugsrates über die Veröffentlichung seiner Beschlüsse	139
Dok. 58 18. November 1918 Bekanntmachung des Vollzugsrates über die Bestattung der Revolutionsopfer	140
Dok. 59 18. November 1918 Erklärung über die Bildung eines Vollzugausschusses der Arbeitslosen und zurückgekehrten Soldaten	141
Dok. 60 18. November 1918 Erklärung des Vollzugausschusses der Arbeitslosen und Zurückgekehrten mit Forderungen zur Lösung der Arbeitslosenprobleme	141
Dok. 61 19. November 1918 Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte im Zirkus Busch	143
Dok. 62 [19. November 1918] Vorschlag einer Kommission der Vollversammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins zur Vorbereitung der Arbeiterratswahlen	189
Dok. 63 19. November 1918 Sitzung des Vollzugsrates	191
Dok. 64 19. November 1918 Antrag zur Einrichtung einer Nachrichtenstelle des Vollzugsrates	194

Verzeichnis der Dokumente

Dok. 65	195
19. November 1918 Danksagung des Vollzugsrates für Grußbotschaften	
Dok. 66	196
21. November 1918 Sitzung des Vollzugsrates	
Dok. 67	220
21. November 1918 Warnung des Vollzugsrates vor den Aktivitäten eines "Ausschusses für den Empfang der heimkehrenden Krieger"	
Dok. 68	220
21. November 1918 Erlaß des Rates der Volksbeauftragten und des Vollzugsrates zur Verordnung über die Neuregelung des Löhnungswesens vom 19. November 1918	
Dok. 69	222
[21.] November 1918 Entwurf einer Bekanntmachung über die Bildung von Standgerichten (Standgerichtsordnung)	
Dok. 70	229
[21. November 1918] Antrag Hermann Bergmanns an den Vollzugsrat zur Information der Vollzugsmitglieder über Agitationsmaterialien	
Dok. 71	230
21. November 1918 Pressenotiz des Vollzugsrates zu den Gerüchten über angeblich gegen Posen anrückende polnische Einheiten	
Dok. 72	230
21. November 1918 Versammlung der Groß-Berliner Soldatenräte	
Dok. 73	234
21. November 1918 Aufzeichnung der Delegierten der Soldatenräte Badens, Emil Baer und Johannes Krayer über eine Besprechung mit den Vorsitzenden des Vollzugsrates, Richard Müller und Brutus Molkenbuhr	
Dok. 74	236
22. November 1918 Aufzeichnung der Delegierten der Soldatenräte Badens Emil Baer und Johannes Krayer über ein Gespräch mit dem Mitglied des Vollzugsrates Ernst Däumig	

Dok. 75	242
22. November 1918	
Sitzung des Vollzugsrates mit Vertretern des Rates der Volksbeauftragten und der Berliner Gewerkschaftskommission	
Dok. 76	261
22. November 1918	
Bekanntmachung des Vollzugsrates über die Bildung einer Kommission zur Prüfung der Arbeiterforderungen in den Betrieben	
Dok. 77	262
22. November 1918	
Aufruf des Vollzugsrates zur geordneten Demobilisierung der Truppen	
Dok. 78	262
23. November 1918	
Sitzung des Vollzugsrates	
Dok. 79	292
23. November 1918	
Vereinbarung zwischen dem Vollzugsrat und dem Rat der Volksbeauftragten über die staatsrechtliche Stellung beider Gremien	
Dok. 80	293
23. November 1918	
Richtlinien des Vollzugsrates für die Wahl und die Aufgaben der Betriebsräte	
Dok. 81	295
23. November 1918	
Aufruf des Vollzugsrates zur Einberufung einer Delegiertenversammlung aller Arbeiter- und Soldatenräte nach Berlin	
Dok. 82	297
23. November 1918	
Bekanntmachung des Vollzugsrates über seine personelle Ergänzung	
Dok. 83	298
24. November 1918	
Sitzung des Vollzugsrates	
Dok. 84	312
24. November 1918	
Bekanntmachung des Vollzugsrates zur Übertragung der Exekutive an den Rat der Volksbeauftragten und die Richtlinien für die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands	
Dok. 85	316
25. November 1918	
Sitzung des Vollzugsrates mit zeitweiliger Teilnahme von Vertretern der Regierung Preußens und Bayerns	

Verzeichnis der Dokumente

Dok. 86	355
25. November 1918 Bekanntmachung des Vollzugsrates mit Delegiertenschlüssel zum 1. Reichsrätekongreß	
Dok. 87	357
26. November 1918 Sitzung des Vollzugsrates mit zeitweiliger Teilnahme Kieler Delegierter	
Dok. 88	397
26. November 1918 Erklärung von Colin Roß zum Aufbau einer Presse-, Propaganda- und Nachrichtenstelle des Vollzugsrates	
Dok. 89	398
[26. November 1918] Funkspruch des Vollzugsrates an den Soldatenrat der Armee Mackensen	
Dok. 90	400
26. November 1918 Beschluß betr. Auswärtiges Amt	
Dok. 91	400
26. November 1918 Schreiben des Vollzugsrates an den Berliner Polizeipräsidenten zur Sicherstellung der Akten der politischen Polizei	
Dok. 92	401
27. November 1918 Versammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte	
Dok. 93	411
28. November 1918 Versammlung der Groß-Berliner Soldatenräte	
Dok. 94	421
29. November 1918 Versammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte	
Dok. 95	428
29. November 1918 Sitzung des Vollzugsrates mit zeitweiliger Teilnahme von Arbeiterräten aus Frankfurt am Main, Hamburg, Köln und Königsberg	
Dok. 96	461
29. November 1918 Funkspruch des Vollzugsrates an den Soldatenrat der Armee Mackensen	
Dok. 97	462
29. November 1918 Beschluß des Vollzugsrates über einen Willkommensgruß an die russische Delegation zum 1. Reichsrätekongreß	

<p>Dok. 98.....</p> <p>29. November 1918</p> <p>Antrag Ernst Däumigs für eine Plenarsitzung des Vollzugsrates zur Abwehr der Gegenrevolution</p>	<p>463</p>
<p>Dok. 99.....</p> <p>29. November 1918</p> <p>Antrag Ernst Däumigs zur Bildung von Ausschüssen im Vollzugsrat</p>	<p>465</p>
<p>Dok. 100</p> <p>29. November 1918</p> <p>Beschluß des Vollzugsrates, die Regierung zum zügigen Truppenrücktransport aus der Ukraine aufzufordern</p>	<p>466</p>
<p>Dok. 101</p> <p>[ohne Datum]</p> <p>Entwurf von Richtlinien des Vollzugsrates für eine sozialistische Armee</p>	<p>467</p>
<p>Dok. 102</p> <p>29. November 1918</p> <p>Bekanntmachung des Vollzugsrates über die Umgestaltung des polizeilichen Sicherheitsdienstes</p>	<p>468</p>
<p>Dok. 103</p> <p>30. November 1918</p> <p>Sitzung des Vollzugsrates mit Vertretern der Räte Bremens und Münchens</p>	<p>469</p>
<p>Dok. 104</p> <p>30. November 1918</p> <p>Verordnung des Rates der Volksbeauftragten und des Vollzugsrates zur Verwertung des durch die Demobilisation freiwerdenden Armeematerials</p>	<p>496</p>
<p>Dok. 105</p> <p>30. November 1918</p> <p>Versammlung der Groß-Berliner Soldatenräte</p>	<p>497</p>
<p>Dok. 106</p> <p>1. Dezember 1918</p> <p>Nachtrag des Vollzugsrates zum Delegiertenschlüssel</p>	<p>503</p>
<p>Dok. 107</p> <p>1. Dezember 1918</p> <p>Bekanntmachung des Vollzugsrates, Abteilung Kontrolle Kriegsministerium, über den freiwilligen Verbleib im Heer</p>	<p>504</p>
<p>Dok. 108</p> <p>2. Dezember 1918</p> <p>Sitzung des Vollzugsrates</p>	<p>504</p>

Verzeichnis der Dokumente

Dok. 109	532
2. Dezember 1918 Bekanntmachung des Vollzugsrates über kostenlose Verpflegung für durchreisende Soldaten	
Dok. 110	532
3. Dezember 1918 Sitzung des Vollzugsrates	
Dok. 111	555
4. Dezember 1918 Sitzung des Vollzugsrates	
Dok. 112	577
4. Dezember 1918 Flugblatt des Vollzugsrates an die heimkehrenden Truppen	
Dok. 113	579
4. Dezember 1918 Aufruf des Vollzugsrates gegen unberechtigte Eingriffe in das Ernährungswesen	
Dok. 114	580
5. Dezember 1918 Sitzung des Vollzugsrates mit der Siebener-Kommission der Soldatenräte	
Dok. 115	601
5. Dezember 1918 Versammlung der Groß-Berliner Soldatenräte	
Dok. 116	610
[um 6. Dezember 1918] Übersicht über Zuständigkeiten, Beschäftigtenzahlen und Räume der Ausschüsse des Vollzugsrates	
Dok. 117	616
7. Dezember 1918 Sitzung des Vollzugsrates mit dem Rat der Volksbeauftragten	
Dok. 118	630
8. Dezember 1918 Versammlung der Groß-Berliner Soldatenräte	
Dok. 119	636
8. Dezember 1918 Sitzung des Vollzugsrates	
Dok. 120	672
9. Dezember 1918 Sitzung des Vollzugsrates	

Dok. 121	693
9. Dezember 1918	
Beschluß des Vollzugsrates zum Vorgehen gegen Konterrevolution und Plünderungen	
Dok. 122	693
9. Dezember 1918	
Gemeinsame Bekanntmachung des Rates der Volksbeauftragten und des Vollzugsrates über ihre Kompetenzen	
Dok. 123	694
9. Dezember 1918	
Bekanntmachung des Vollzugsrates zur Verpflegung durchreisender Soldaten	
Dok. 124	694
10. Dezember 1918	
Sitzung des Vollzugsrates	
Dok. 125	722
[11. Dezember 1918]	
Flugblatt des Vollzugsrates an die heimkehrenden Soldaten	
Dok. 126	723
11. Dezember 1918	
Sitzung des Vollzugsrates	
Dok. 127	760
11. Dezember 1918	
Beschluß des Vollzugsrates über die Beisetzung der Opfer des 6. Dezember 1918	
Dok. 128	761
11. Dezember 1918	
Beschluß des Vollzugsrates zur offiziellen Beteiligung beim Empfang der Truppen	
Dok. 129	761
11. Dezember 1918	
Beschluß des Vollzugsrates über volles Stimmrecht für die Vertreter der Marine	
Dok. 130	761
11. Dezember 1918	
Bekanntmachung des Vollzugsrates über die Zentralisierung seines Presse-dienstes	
Dok. 131	762
11. Dezember 1918	
Bekanntmachung des Vollzugsrates über die Versorgung mit Entlassungs-anzügen	

Verzeichnis der Dokumente

Dok. 132	763
11. Dezember 1918 Versammlung der Groß-Berliner Soldatenräte	
Dok. 133	771
12. Dezember 1918 Sitzung des Vollzugsrates	
Dok. 134	810
12. Dezember 1918 Beschluß des Vollzugsrates über das Erlöschen von Mandaten seiner Mitglieder	
Dok. 135	810
13. Dezember 1918 Sitzung des Vollzugsrates	
Dok. 136	836
13. Dezember 1918 Appell des Vollzugsrates zur Bekämpfung antisemitischer Propaganda	
Dok. 137	836
13. Dezember 1918 Beschluß des Vollzugsrates zum Rücktritt seines Mitgliedes Otto Strobel	
Dok. 138	837
14. Dezember 1918 Versammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte	
Dok. 139	841
14. Dezember 1918 Versammlung der Groß-Berliner Soldatenräte	
Dok. 140	846
14. Dezember 1918 Sitzung des Vollzugsrates	
Dok. 141	868
14. Dezember 1918 Haushaltsplan des Vollzugsrates für die Zeit vom 9. November 1918 bis 31. Dezember 1918	
Dok. 142	872
[Mitte] Dezember 1918 Flugblatt des Vollzugsrates gegen die konterrevolutionäre Propaganda der bürgerlichen Presse	
Dok. 143	874
[Mitte] Dezember 1918 Flugblatt des Vollzugsrates: An die Landarbeiter und Bauern	

Dok. 144	875
[Mitte] Dezember 1918	
Gemeinsames Flugblatt des Vollzugsrates, der Gewerkschaftskommission und des Demobilmachungsausschusses Groß-Berlin: Heraus aus Berlin	
Dok. 145	877
16. Dezember 1918	
Sitzung des Vollzugsrates	
Dok. 146	884
17. Dezember 1918	
Schreiben des Vollzugsrates an den Rat der Volksbeauftragten zur Finan- zierung des 1. Reichsrätekongresses	
Dok. 147	887
18. Dezember 1918	
Sitzung des Vollzugsrates	
Dok. 148	898
Nachweis der Dokumente der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins während des 1. Reichsrätekongresses	
Dok. 149	902
20. Dezember 1918	
Sitzung des Vollzugsrates	
Dok. 150	906
21. Dezember 1918	
Sitzung des Vollzugsrates und des Zentralrates der deutschen So- zialistischen Republik	
Dok. 151	916
21. Dezember 1918	
Gemeinsame Bekanntmachung des Zentralrates und des Vollzugsrates	

VERZEICHNIS DER VERKÜRZT ZITIERTEN LITERATUR

Adjutant im Preußischen Kriegsministerium. Juli 1918 bis Oktober 1919. Aufzeichnungen des Hauptmanns Gustav Böhm. Hrsg. u. bearb. von Heinz Hürten und Georg Meyer, Stuttgart 1977; *zit. als: **Aufzeichnungen des Hauptmanns Gustav Böhm.***

Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhaus zu Berlin. Stenographische Berichte, Berlin (1919); *zit. als: **Allgemeiner Kongreß.***

Aufrufe, Verordnungen und Beschlüsse des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Berlin, o. O., o. J. (1918); *zit. als: **Aufrufe, Verordnungen und Beschlüsse.***

Bekanntmachungen und Berichte des Vollzugsrates des Groß-Berliner "Arbeiter- und Soldatenrates" vom 10. bis 22. November 1918; *zit. als: **Bekanntmachungen und Berichte.***

Berthold, Lothar/Neef, Helmut, Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution. Das Bündnis der rechten SPD-Führung mit der Obersten Heeresleitung November und Dezember 1918. Eine Dokumentation, 2. erw. u. überarb. Aufl., Berlin 1978; *zit. als: **Berthold/Neef.***

Bey-Heard, Frauke, Hauptstadt und Staatsumwälzung Berlin 1919. Problematik und Scheitern der Rätebewegung in der Kommunalverwaltung, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1969; *zit. als: **Frauke Bey-Heard.***

Bieber, Hans-Joachim, Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914-1920, T. 1, 2, Hamburg 1981; *zit. als: **Hans-Joachim Bieber, 1.***

Brandt, Peter/Rürup, Reinhard, Volksbewegung und demokratische Neuordnung in Baden 1918/19. Zur Vorgeschichte und Geschichte der Revolution, Sigmaringen 1991; *zit. als: **Brandt/Rürup.***

Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps, Bd. 1. Die Rückführung des Ostheeres, Berlin 1936; *zit. als: **Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen, 1. Bd. 6. Die Wirren in der Reichs-***

hauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918-1920, Berlin 1940; *zit. als:* **Wirren.**

Dähnhardt, Dirk, Revolution in Kiel. Der Übergang vom Kaiserreich zur Republik, 1918/19, in: Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte. Hrsg. von Jürgen Jensen, Bd. 64, 2. unveränd. Aufl., Neumünster 1984; *zit. als:* **Dirk Dähnhardt.**

Deist, Wilhelm, Die Politik der Seekriegsleitung und die Rebellion der Flotte Ende Oktober 1918, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. 14 (1966), S. 341-368; *zit. als:* **Wilhelm Deist.**

Die deutsche Revolution 1918-1919. Dokumente. Hrsg. von Gerhard A. Ritter und Susanne Miller, 2. Aufl., Hamburg 1983; *zit. als:* **Ritter/Miller.**

Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II: 1914-1945, Bd. 1: Juli 1914 - Oktober 1917, Berlin 1958; *zit. als:* **Dokumente und Materialien, II/1.**

Dass., Bd. 2: November 1917 - Dezember 1918, Berlin 1957; *zit. als:* **Dokumente und Materialien, II/2.**

Drabkin, Jakov S., Die Novemberrevolution 1918/19 in Deutschland, Berlin 1968; *zit. als:* **J. S. Drabkin.**

Eisner, Freya, Kurt Eisner. Die Politik des libertären Sozialismus, Frankfurt a. Main 1979; *zit. als:* **Freya Eisner.**

Fechenbach, Felix, Der Revolutionär Kurt Eisner. Aus persönlichen Erlebnissen, Berlin 1929; *zit. als:* **Felix Fechenbach.**

Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1, Berlin 1987; *zit. als:* **Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, 1.**

Habedank, Heinz, Um Mitbestimmung und Nationalisierung während der Novemberrevolution und im Frühjahr 1919, Berlin 1968; *zit. als:* **Heinz Habedank.**

Handbuch der bayerischen Geschichte, 4. Bd., Das neue Bayern 1800-1970. 1. Teilbd., München 1979; *zit. als:* **Handbuch der bayerischen Geschichte, 4/1.**

Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Bd. 3, Abschnitt VI, München 1979; *zit. als:* **Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, 3/VI.**

Verzeichnis der verkürzt zitierten Literatur

Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Hrsg. von Hermann Aubin und Wolfgang Zorn, Bd. 2, Das 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1976; *zit. als: Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 2.*

Hill, Leonidas E., Signal zur Konterrevolution? Der Plan zum Vorstoß der deutschen Hochseeflotte am 30. Oktober 1918, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 36 (1988), S. 113-129; *zit. als: Leonidas E. Hill.*

Historische Kommission zu Berlin, Nachlaß Emil Barth; *zit. als: Nachlaß Emil Barth.*

Hürten, Heinz, Zwischen Revolution und Kapp-Putsch. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe II, Bd. 2.), Düsseldorf 1977; *zit. als: Heinz Hürten.*

Das Kabinett Scheidemann. 13. Februar - 20. Juni 1919. Bearb. von Hagen Schulze, Boppard a. Rh. 1971; *zit. als: Das Kabinett Scheidemann.*

Kaller, Gerhard, Die Revolution des Jahres 1918 in Baden, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, 114 (1966); *zit. als: Gerhard Kaller.*

Kautsky, Karl, Die Diktatur des Proletariats, Wien 1918; *zit. als: Karl Kautsky, Die Diktatur des Proletariats.*

Kellenbenz, Hermann, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Bd. II, Vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, München 1981; *zit. als: Hermann Kellenbenz.*

Kluge, Ulrich, Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/1919, Göttingen 1975; *zit. als: Ulrich Kluge.*

Köhler, Henning, Novemberrevolution und Frankreich. Die französische Deutschland-Politik 1918-1919, Düsseldorf 1918; *zit. als: Henning Köhler.*

Könnemann, Erwin, Der Truppeneinmarsch am 10. Dezember 1918 in Berlin. Neue Dokumente zur Novemberrevolution, in: ZfG, 16 (1968), H. 12, S. 1592-1609; *zit. als: Erwin Könnemann.*

Der Ledebourprozeß. Gesamtdarstellung des Prozesses gegen Ledebour wegen Aufruhr etc. vor dem Geschworenengericht Berlin Mitte vom 19. Mai bis 23. Juni 1919. Bearb. und mit einem Vorwort versehen von Georg Ledebour, Berlin 1919; *zit. als: Der Ledebourprozeß.*

Lehnert, Detlef, Die Revolution als Lohnbewegung? Arbeitskämpfe und Massenaktivierung im Handlungsfeld von Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in Berlin 1918/19, in: Revolutionäres Potential am Ende des Ersten Weltkrieges. Die Rolle von Strukturen, Konjunkturen und Massenbewegungen. Hrsg. von Helmut Konrad und Karin M. Schmidlechner, Wien/Köln 1991; *zit. als: Detlef Lehnert*.

Liebknecht, Karl, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, Mai 1916 bis 15. Januar 1919, 3. Aufl., Berlin 1974; *zit. als: Karl Liebknecht, Gesammelte Reden, IX*.

Materna, Ingo, Der Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, Berlin 1978; *zit. als: Ingo Materna*.

Meyer, Georg P., Bibliographie zur deutschen Revolution 1918/19, Göttingen 1977; *zit. als: Georg P. Meyer*.

Miller, Susanne, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920. Düsseldorf 1978; *zit als: Susanne Miller, Bürde der Macht*.

Dies., Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg. Düsseldorf 1974; *zit. als: Susanne Miller, Burgfrieden*.

Müller, Dirk H., Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918. Ein Beitrag zur Geschichte des Lokalismus, des Syndikalismus und der entstehenden Rätebewegung, Berlin 1985; *zit. als: Dirk H. Müller*.

Müller(-Franken), Hermann, Die Novemberrevolution. Erinnerungen, Berlin 1928; *zit. als: Hermann Müller-Franken, Novemberrevolution*.

Müller, Richard, Vom Kaiserreich zur Republik. Bd. I: Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung während des Weltkrieges, Wien 1924; *zit. als: Richard Müller I*.

Ders., Bd. II: Die Novemberrevolution, Wien 1925, *zit als: Richard Müller, II*.

Ders., [Bd. III], Der Bürgerkrieg in Deutschland. Geburtswehen der Republik, Berlin 1925; *zit. als: Richard Müller, III*.

(Neuausgabe: Richard Müller, Geschichte der deutschen Revolution Bd. I, 2. Aufl., Berlin 1979, Bd. II, 3. Aufl. Berlin 1979, Bd. III, 2. Aufl., Berlin 1979)

Muth, Heinrich, Die Entstehung der Bauern- und Landarbeiterräte im November 1918 und die Politik des Bundes der Landwirte, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 21 (1973), S. 1-38; *zit. als: Heinrich Muth*.

Verzeichnis der verkürzt zitierten Literatur

1918. Erinnerungen von Veteranen der deutschen Gewerkschaftsbewegung an die Novemberrevolution (1914-1920), Berlin 1960; *zit. als: 1918. Erinnerungen.*

Oehme, Walter, Damals in der Reichskanzlei. Erinnerungen aus den Jahren 1918/19, Berlin 1958; *zit. als: Walter Oehme, Damals in der Reichskanzlei.*

Ders., Die Weimarer Nationalversammlung 1919. Erinnerungen, Berlin 1962; *zit. als: Walter Oehme, Die Weimarer Nationalversammlung.*

Pieck, Wilhelm, Gesammelte Reden und Schriften, August 1904 bis Januar 1919, Bd. I, Berlin 1959; *zit. als: Wilhelm Pieck, I.*

Potthoff, Heinrich, Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution und Inflation, Düsseldorf 1979; *zit. als: Heinrich Potthoff.*

Puhle, Hans-Jürgen, Politische Agrarbewegungen in kapitalistischen Industriegesellschaften. Deutschland, USA und Frankreich im 20. Jahrhundert, Göttingen 1975; *zit. als: Hans-Jürgen Puhle.*

Die Regierung Kurt Eisner 1918/1919. Ministerprotokolle und Dokumente. Eingeleitet und bearb. von Franz J. Bauer, Düsseldorf 1987; *zit. als: Die Regierung Kurt Eisner.*

Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19. Mit einer Einleitung von Erich Matthias, bearb. von Susanne Miller unter Mitwirkung von Heinrich Potthoff, (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe I, Bd. 6, Teil I u. II), Düsseldorf 1969; *zit. als: Regierung der Volksbeauftragten.*

Reimer, Klaus, Rheinlandfrage und Rheinlandbewegung (1918-1933). Ein Beitrag zur Geschichte der regionalistischen Bestrebungen in Deutschland, T. II, Frankfurt a.M./Bern/Las Vegas 1979; *zit. als: Klaus Reimer, II.*

Richtlinien und Verordnungen für Arbeiter- und Soldatenräte, (o.O., o.J.); *zit. als: Richtlinien und Verordnungen.*

Rosentreter, Robert, Blaujacken im Novembersturm. Rote Matrosen 1918/1919, Berlin 1988; *zit. als: Robert Rosentreter.*

Ruge Wolfgang, Hindenburg. Portrait eines Militaristen, 4. Aufl. Berlin 1980; *zit. als: Wolfgang Ruge, Hindenburg.*

Ders., Matthias Erzberger. Eine politische Biographie, Berlin 1976; *zit. als: Wolfgang Ruge, Matthias Erzberger.*

Verzeichnis der verkürzt zitierten Literatur

Schade, Fritz, Kurt Eisner und die bayrische Sozialdemokratie, Hannover 1961; *zit. als: Fritz Schade.*

Schäfer, Heinrich, Tagebuchblätter eines rheinischen Sozialisten, Bonn 1919; *zit. als: Heinrich Schäfer.*

Schmidt, Günter, Der Kampf für die Rätewacht in Berlin, Berlin 1958; *zit. als: Günter Schmidt.*

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Neue Folge 34 (1918), Teil I, München 1922; *zit. als: Schulthess', 1918/I.*

Schulze, Hagen, Freikorps und Republik 1918-1920, Boppard a.Rh. 1969; *zit. als: Hagen Schulze, Freikorps.*

Ders., Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt/M./Berlin/Wien 1977; *zit. als: Hagen Schulze, Otto Braun.*

Schwabe, Klaus, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19, Düsseldorf 1971; *zit. als: Klaus Schwabe.*

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Bd. 2 und 3, Berlin o.J.; *zit. als: Ursachen und Folgen.*

Vietsch, Eberhard v., Wilhelm Solf. Botschafter zwischen den Zeiten, Tübingen 1961; *zit. als: Eberhard v. Vietsch.*

Vorwärts und nicht vergessen. Erlebnisberichte aktiver Teilnehmer der Novemberrevolution 1918/1919, Berlin 1960; *zit. als: Vorwärts und nicht vergessen.*

Wachs, Friedrich-Karl, Das Ordnungswerk des Reichsdemobilisierungsamtes: stabilisierender Faktor zu Beginn der Weimarer Republik, Frankfurt a.M./Berlin/New York/Paris 1991; *zit. als: Karl-Friedrich Wachs.*

Der Waffenstillstand 1918-1919. Das Dokumentenmaterial der Waffenstillstandsverhandlungen von Compiègne, Spa, Trier und Brüssel. Notenwechsel, Verhandlungsprotokolle, Verträge, Gesamttätigkeitsbericht. Im Auftrage der Deutschen Waffenstillstandskommission hrsg. von Edmund Marhefka, 3 Bände, Bd. 1. Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerung nebst der finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928; *zit. als: Der Waffenstillstandsvertrag, 1.*

Wrobel, Kurt, Die Volksmarinedivision, Berlin 1957; *zit. als: Kurt Wrobel, Die Volksmarinedivision.*

Verzeichnis der verkürzt zitierten Literatur

Ders., *Der Sieg der Arbeiter und Matrosen im Dezember 1918 in Berlin*, Berlin 1958; *zit. als: Kurt Wrobel, Der Sieg*.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik. 19. 12. 1918 - 8. 4. 1919. Vom 1. zum 2. Rätekongreß. Bearb. von Eberhard Kolb. Unter Mitwirkung von Reinhard Rürup, (Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland, Bd. I), Leiden 1968; *zit. als: Zentralrat*.

VERZEICHNIS DER ABKÜRZUNGEN

AA	-	Auswärtiges Amt
AAUE	-	Allgemeine Arbeiter-Union Europas
AdsD	-	Archiv der sozialen Demokratie Bonn-Bad Godesberg
Anm.	-	Anmerkung
AR	-	Arbeiterrat
AOK	-	Armeeoberkommando
A.u.S.-Rat	-	Arbeiter- und Soldatenrat
BA	-	Bundesarchiv
BAP	-	Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam
BayHStA	-	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
bearb.	-	bearbeitet
bayr.	-	bayerisch
bürgerl.	-	bürgerlich
BzG	-	Beiträge zur Geschichte der Arbeiter- bewegung
DDP	-	Deutsche Demokratische Partei
ders.	-	derselbe
Div.	-	Division
DMV	-	Deutscher Metallarbeiter-Verband
DNVP	-	Deutschnationale Volkspartei
dt.	-	deutsch
frz.	-	französisch
HStA	-	Hauptstaatsarchiv
IfGA/ZPA	-	Institut für Geschichte der Arbeiterbe- wegung/Zentrales Parteiarchiv
Inf.	-	Infanterie
Kand.	-	Kandidat
KAPD	-	Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands
KM	-	Kriegsministerium/-minister
KPR	-	Kommunistische Partei Rußlands
LV	-	Landesversammlung
Mitgl.	-	Mitglied

Verzeichnis der Abkürzungen

MdNV	- Mitglied der Nationalversammlung
MdPr.HH	- Mitglied des Preußischen Landtages
MdPr.LT	- Mitglied des Preußischen Landtages
MdPV	- Mitglied des Parteivorstandes
MdR	- Mitglied des Reichstages
MdRV	- Mitglied des Rates der Volksbeauftragten
MdVR	- Mitglied des Vollzugsrates
MdZR	- Mitglied des Zentralrates
NV	- Nationalversammlung
Obbefehlsh.	- Oberbefehlshaber
Obltn.	- Oberleutnant
PA	- Parteiausschuß
Pr.AH/LT	- Preußisches Abgeordnetenhaus/Landtag
PV	- Parteivorstand
RdV	- Rat der Volksbeauftragten
RGBl.	- Reichsgesetzblatt
rev.	- revolutionär
RRK	- Reichsrätekongreß
RSW	- Republikanische Soldatenwehr
sächs.	- sächsisch
SAP	- Sozialistische Arbeiterpartei
SPD	- Sozialdemokratische Partei Deutschlands
stellv.	- stellvertretend
USPD	- Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
U.St.S.	- Unterstaatssekretär
VA	- Vollzugausschuß
VR	- Vollzugsrat
VKPD	- Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands
WTB	- Wolffsches Telegraphen-Bureau
WUMBA	- Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt
ZR	- Zentralrat

Dok. 1

Ende Oktober 1918¹

Flugblatt des Vollzugausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates mit dem Aufruf, den Gestellungsbefehlen keine Folge zu leisten

AdsD, Nachlaß Paul Levi, Box 29, Mappe 69.

Arbeiter, Soldaten, Genossen!

Den unübersehbaren Leichenhaufen sollen neue hinzugefügt werden, den Millionen Krüppeln neue Hunderttausende, Frauen und Kinder sollen weiter hungern. Der Schleier ist zerrissen!

Die "Volksregierung"² ist Betrug. Zum Scheine führt sie Waffenstillstandsverhandlungen, während sie den letzten Akt des grausigsten und zwecklosesten Blutbades, die nationale Verteidigung organisiert. Zehntausende von Einberufungsbefehlen sind in Berlin ergangen, Hunderttausende im Reich.

Arbeiter! Wir fordern Euch auf, daß niemand den Gestellungsbefehlen Folge leistet.

Soldaten! Wir fordern Euch auf, daß keiner dem Befehle auszurücken nachkommt.

1 Dieses Flugblatt war am 27. Oktober 1918 an der Tür der Berliner Inspektion der Luftschiffer angeheftet worden. Es ist abgedruckt in: Aufzeichnungen des Hauptmanns Gustav Böhm, S. 52.

2 Gemeint ist die Regierung Max von Baden; vgl. Die Regierung Max von Baden. Bearb. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1962.

Wer sich noch so oder so zum Massenmord bereitstellt, fügt sich und den Seinen schwersten Schaden zu, hilft der verbrecherischen, herrschenden Gesellschaft und übt Verrat am arbeitenden Volke. Seht auf Eure Brüder und Kameraden in Österreich.³ Sie stehen mitten im Freiheitskampfe. Auch für uns naht der Entscheidungskampf. Gebt Euch nicht zu Sklaven des bankerotten Militarismus her! Seid zum Handeln bereit, wenn unser Ruf ertönt.

Der Vollzugsausschuß.
Der Arbeiter- und Soldatenrat⁴

Dok. 2

Anfang November 1918

Flugblatt des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates mit dem Aufruf zum Nichtbefolgen der Einberufungen und zur Vorbereitung auf den Kampf für eine sozialistische Republik

Dokumente und Materialien, II/2, S. 275-277.

Arbeiter! Soldaten! Genossen!

Laßt Euch nicht einschläfern!

Über einen Monat hält man Euch mit der Ankündigung hin, daß Waffenstillstand, daß Frieden werden solle.¹ Dabei fallen noch Tag für Tag Blutopfer ohne Zahl.

Die "Volksregierung" hat weder den Willen noch die Kraft, dem Gemetzel ein Ende zu machen. Noch viel weniger kann sie einen Frieden schließen, der Eure Nöte beendet.

3 Vgl. insbesondere Hans Hautmann, Geschichte der Rätebewegung 1918-1924, Wien 1987 sowie die Lit.angaben in: Helmut Konrad/Karin M. Schmidlechner (Hrsg.), Revolutionäres Potential in Europa am Ende des Ersten Weltkrieges, Wien/Köln 1991, S. 17.

4 Zur Genesis dieses A.u.S.-Rates vgl. Einleitung S. X-XII.

1 Am 21. September 1918 hatte General Ludendorff von der Reichsregierung gefordert, sie solle Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen mit den USA aufnehmen. Am 3. Oktober 1918 unterbreitete die Regierung ein Waffenstillstands- und Friedensangebot; vgl. Schulthess', 1918/I, S. 320-322 und 1918/II, S. 608-618.

Die Regierungssozialisten belügen Euch über den Ernst der Situation. Sie machen alles abhängig von der Abdankung Wilhelms II². Dieser mit schwerer Blutschuld belastete Hohenzoller denkt gar nicht daran, von der Bühne abzutreten. Er hat die "Volksregierung" in Berlin sitzengelassen und hat sich in das Große Hauptquartier³ geflüchtet. Dort stützt er sich auf die Generalität, die noch im Zusammenbruch ihr Säbelregiment aufrechterhalten will.

Die feile Presse des Reiches bearbeitet das Volk, um es für die "nationale Verteidigung" geneigt zu machen. Aber man hat nicht den Mut, das letzte blutige Bankerottspiel mit offener Karte zu spielen.

Auf der einen Seite schwafelt man von Friedensabsichten, auf der anderen Seite schleppt man in aller Stille das Kanonenfutter für die letzte wahnwitzige Metzerei zusammen. Masseneinberufungen in Berlin und im Reiche sollen diesem Zwecke dienen.

Noch mehr! Unsere Gewalthaber wollten in den letzten Tagen trotz aller Friedensbeteuerungen die Schlachtflotte gegen England ansetzen.⁴

"Siegen oder in Ehren untergehen!" war die Parole der Admiräle.

Aber die Energie der Matrosen und Heizer hat den Plan zunichte gemacht. Die Heizer rissen die Feuer unter den Kesseln hervor. Die Mannschaften zwangen die Führer zur Umkehr. In Kiel und Wilhelmshaven herrscht unter der Marine große Erregung. Massenverhaftungen von Matrosen finden statt. Gegen sie lehnen sich einzelne Besatzungen auf und haben manche Freilassung inhaftierter Kameraden durchgesetzt.

Soldaten! Wollt Ihr Euch von Euren Marinekameraden beschämen lassen? Wollt Ihr Euch nicht auch gegen die blutigen Kriegspläne Eurer Zwingherren auflehnen? Arbeiter! Wollt Ihr durch Befolgen des Gestellungsbefehls der bankerotten Militärkaste Gelegenheit geben, Schlachten ohne Ende zu schlagen? Das kann, das darf nicht geschehen!

Arbeiter! Soldaten! Glaubt den Regierungssozialisten nicht. Sie behaupten, ihr Scheidemann⁵ werde durchsetzen, daß der Kaiser abdanke, und dann sei alles gut. Ohne einen energischen Druck der arbeitenden Massen und deren Brüder im Waffenrock ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Aber selbst wenn Wilhelm II. vom

2 Wilhelm II. (1859-1941); deutscher Kaiser und König von Preußen (1888-1918).

3 Das große Hauptquartier befand sich in dieser Zeit in Spa (Belgien).

4 Vgl. Leonidas E. Hill, S. 113-129; Wilhelm Deist, S. 341-368.

5 Philipp Scheidemann (1865-1939); Buchdrucker, Redakteur; Mitgl. des PV und Mitvors. der SPD; Staatssekretär in der Regierung Max von Baden; MdRV, MdNV; Februar bis Juni 1919 Reichsministerpräs.

Thron verschwände, so bliebe noch die ganze schwerbelastete Hohenzollerndynastie. Es blieben die Wittelsbacher, die Wettiner, die Zähringer usw., die alle ein gleiches Maß Schuld an der Länge des Krieges tragen. Heute muß ganze Arbeit gemacht werden.

Das monarchistische System muß verschwinden. Das deutsche Volk muß endlich alle seine Ketten brechen.

Den Frieden, den Ihr braucht, bringt Euch nicht die "Volksregierung".

Der Friede, den Euch ein Max von Baden⁶, ein Scheidemann usw. bringen wird, ist darauf angelegt, die Macht des Kapitals aufrechtzuerhalten und die Profite der besitzenden Klassen zu garantieren. Euch würde für die kommenden Friedensjahre eine drückende Sklaverei bleiben.

Die neuen Regierungsmänner bemühen sich, die Sicherheit der Kriegsanleihen zu verbürgen. Ihr sollt es sein, die in kommenden Jahren im Schweiß Eures Angesichts die Zinsen aufbringen und die wahnsinnig hohen Kriegsschulden decken sollen. Ihr werdet es sein, die auch in einem Scheidemann-Frieden unter Entbehrungen und Teuerungen zu leiden hätten.

Arbeiter! Soldaten! Laßt Euch nicht wie Schafe in eine Friedenssklaverei hinführen. Rafft Euch auf und nehmt endlich die Friedensarbeit selbst in die Hand. Auch die französischen, englischen, italienischen Arbeiter und Soldaten werden dann Eurem Beispiel folgen. Dann wird ein Frieden zustandekommen, der den arbeitenden Massen der ganzen Welt zum Heil gereichen wird. Er wird auch den schwerbedrängten russischen Freiheitskämpfern Hilfe bringen.

Arbeiter! Laßt Euch nicht von dem Ordnungsgewinsel der Regierungssozialisten einlullen. Macht Euch bereit, in Kürze selbst zu handeln. Werdet Euch Eurer Macht bewußt! Steht geschlossen Schulter an Schulter! Laßt Euch beseelen von dem Willen zur Freiheit! Setzt Eure Arbeiterbataillone in Marsch, wenn der Ruf an Euch ergeht!

Eure Losung: Bereit sein ist alles!

Der Vollzugausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates⁷

⁶ Max, Prinz von Baden (1867-1929); 3. Oktober bis 9. November 1918 Reichskanzler und pr. Ministerpräsident.

⁷ Zur Genesis dieses VA des A.u.S.-Rates vgl. Einleitung, S. XII-XIII.

Dok. 3

8. November 1918

Flugblatt des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates mit dem Aufruf zum Kampf für eine sozialistische Republik

*Emil Barth, S. 53.*¹

Arbeiter, Soldaten, Genossen!

Die Entscheidungsstunde ist da! Es gilt der historischen Aufgabe gerecht zu werden.

Während an der Wasserkante die Arbeiter- und Soldatenräte die Gewalt in den Händen haben, werden hier rücksichtslos Verhaftungen vorgenommen. Däumig² und Liebknecht sind verhaftet!³

Das ist der Anfang der Militärdiktatur, das ist der Auftakt zu nutzlosem Gemetzel.

1 Nachgedruckt u.a. in: Dokumente und Materialien, II/2, S. 326.

2 Ernst Däumig (1866-1922); nach Theologiestudium Militärdienst 1887-1898; nach Anschluß an die SPD Redakteur und Mitarb. an verschiedenen Organen in Gera, Halle, Erfurt und Berlin ("Vorwärts"-Redaktion bis Oktober 1916), 1912-1918 Vors. des SPD-Bezirksbildungsausschusses Groß-Berlin, 1916-1918 Redakteur des "Mitteilungs-Blattes des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend" (seit April 1917 USPD-Organ), 1917 Vorstandsmitgl., 1918 Sekretär der USPD-Leitung; vom 11. November 1918 bis Herbst 1919 MdVR; Vors. des Reichsausschusses (Dezember 1918), 1919/20 Schriftleiter der Wochenzeitschrift "Der Arbeiter-Rat"; Dezember 1919 Mitvors. der USPD, Dezember 1920 bis September 1921 der VKPD; Mitbegründer der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, im Februar 1922 zurück in die USPD; 1920-1922 MdR. Lit.: David W. Morgan, Ernst Däumig and the German revolution of 1918, in: "Central European History", 1983, Vol. XV, No. 4, S. 303-331; Horst Naumann, Ein treuer Vorkämpfer des Proletariats. Ernst Däumig, in: BzG (Berlin), 28 (1986), H. 6, S. 801-813.

3 Hier lag ein Irrtum vor. Liebknecht war nicht verhaftet worden. Karl Liebknecht (1871-1919); Rechtsanwalt; 1900 SPD, 1902-1913 Berliner Stadtverordneter; 1907-1909 Festungshaft wegen antimilitaristischer Propaganda; 1908-1916 MdPr.AH, 1912-1916 MdR; konsequenter Kriegsgegner, 1915 Armierungssoldat, 1916-1918 Zuchthaus wegen der Antikriegskundgebung der Spartakusgruppe am 1. Mai 1916 auf dem Potsdamer Platz in Berlin; am 26. Oktober 1918 Mitgl. des VA der Rev. Obleute/A.u.S.-Rat. Mitbegründer der KPD am 30. Dezember 1918. Während der Januarkämpfe 1919 im Revolutionsausschuß; am 15. Januar ermordet. Lit.: Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, Mai 1916 bis 15. Januar 1919, Berlin 1974; Heinz Wohlgenuth, Karl Liebknecht. Stationen seines Lebens, Berlin 1977; Helmut Trotnow, Karl Liebknecht. Eine politische Biographie, Köln 1978.

Wir fordern nicht Abdankung einer Person, sondern Republik!
Die sozialistische Republik mit allen ihren Konsequenzen.
Auf zum Kampf für Friede, Freiheit und Brot!
Heraus aus den Betrieben!
Heraus aus den Kasernen!
Reicht euch die Hände!
Es lebe die sozialistische Republik!

Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates

Barth⁴,

4 Emil Barth (1879-1941); Klempner; vor 1914 SPD und DMV Berlin, 1915 Soldat, 1916 Branchenleiter der Berliner Klempner; 1917 USPD; Februar bis 21. Dezember 1918 Vors. der Rev. Obleute; 10.-20. November MdVR; 10. November bis 29. Dezember 1918 MdRV (für Sozial- und Gesundheitspolitik); 1921 wieder SPD; 1921-1924 Vors. bzw. Sekretär der Berliner freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale; vor 1933 Parteisekretär (Archivleiter) in der SPD-Zentrale Lindenstraße 3; 1933 in NS-Haft, dann Arbeit als Klempner. Lit.: Emil Barth, Aus der Werkstatt der deutschen Revolution, Berlin 1919; Teil-Nachlässe im AdsD, in der Historischen Kommission zu Berlin, Hans-Böckler-Stiftung - Archivprojekt [DGB-Düsseldorf].

Brühl⁵, Eckert⁶, Franke⁷, Haase⁸,

5 Paul Brühl (1876-1950); Schlosser, Krankenkassenangestellter; 1909-1917 Vors. des sozialdemokratischen Kreiswahlvereins Niederbarnim, dann des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg der USPD und des Zentralvorstandes der USP Berlin. 1919 MdNV und 1920 MdR (USPD); 1920 Stadtrat in Berlin (USPD), 1922-1929 für die SPD; 1933 99 Tage inhaftiert; Mitglied der Saefkow-Gruppe bei Hasse & Wrede.

6 Paul Eckert (1889-1964); Maschinenschlosser; 1907 DMV, 1914 SPD; 1915 Branchenleiter der Berliner Maschinenschlosser, Rev. Obmann bei Schwartzkopff - Scheringstr., Mitgl. der mittleren Ortsverwaltung des DMV; 1917 Leiter der 13. Abt. USPD am Arnimplatz. Mitgl. der Streikleitung im Januar 1918, des (illegalen) VA der Rev. Obleute/A.u.S.-Rat. Vom 10. November 1918 bis 20. Januar 1919 MdVR, Vors. des Groß-Berliner Ausschusses, dann "beurlaubt". Während der Januarkämpfe Polit.-Kommissar an der Bötzw-Brauerei; Haft im April 1919. 1920 VKPD; 1923-1933 SPD. Inhaftierung nach dem 2. Mai 1933. 1945/46 Leiter des Arbeitsamtes Berlin-Blankenburg; 1945 KPD, seit 1946 SED, 1947 Org.-Sekretär des FDGB in Berlin-Pankow. Vgl. IfGA/ZPA, EA 0180.

7 Otto Franke (1877-1953); Maschinenbauer, 1892 DMV; SPD; 1898 Mitbegründer, dann Funktionär des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes in Berlin; 1916 Spartakusgruppe, Mitorganisator der Maidemonstration, Haft, Soldat, Desertion, illegale Arbeit in der Leitung der Rev. Obleute; nach Gründung der KPD leitender Sekretär für Groß-Berlin u.a. Funktionen; nach 1933 KZ, antifaschistische Arbeit, 1938 Emigration CSR, Großbritannien. 1946-1953 kommunalpolitische Tätigkeit, Funktionen in der SED. Lit.: Erinnerungen Otto Frankes, in: Vorwärts und nicht vergessen. Erlebnisberichte aktiver Teilnehmer der Novemberrevolution 1918/1919, Berlin 1958; Karl und Rosa. Erinnerungen, 2. Aufl., Berlin 1978.

8 Hugo Haase (1863-1919); Rechtsanwalt; 1913-1917 Mitvors. der SPD, seit 1917 Vors. der USPD; Januar 1918 Mitgl. der Berliner Streikleitung; 1897-1907 MdR (SPD), 1912-1918 (SPD/USPD); 10. November 1918 bis 29. Dezember 1918 MdRV, 1919 MdNV; 7. November 1919 Opfer eines Attentats. Lit.: Kenneth R. Calkins, Hugo Haase - Demokrat und Revolutionär, Berlin 1978.

Ledebour⁹, Liebknecht, Neuendorf¹⁰, Pieck¹¹, Wegmann¹²

9 Georg Ledebour (1850-1947); Kaufmann, Journalist; SPD; seit Ende der 70er Jahre Mitarb. bzw. Redakteur demokratischer, dann (1890) sozialdemokratischer Zeitungen (u.a. "Sächsische Arbeiter-Zeitung", "Vorwärts"). 1900-1918 MdR für Berlin VI; 1917 Mitbegründer und Vorstandsmitgl. der USPD; Mitgl. der Streikleitung im Januar 1918 und des VA der Rev. Obleute. 10. November 1918 MdVR (für allgemeine Politik) bis zur Verhaftung am 11. Januar 1919 (als Vors. des "Revolutionsausschusses" in den Januarkämpfen), Juni 1919 Freispruch. 1920 Mitvors. der USPD, 1924-1931 des Sozialistischen Bundes, 1931 SAP. 1933 Emigration in die Schweiz. Lit.: Der Ledebourprozeß; Ursula Ratz, Georg Ledebour 1850-1947, Berlin 1969; Elke Keller, Georg Ledebour. Ein alter sozialistischer Haudegen, Phil. Diss.; Berlin 1988.

10 Paul Neuendorf (1880-1966); Maschinenbauer; 1900 SPD; 1904 DMV (1915 Branchenleiter der Eisen-, Metall- und Revolverdreher Berlins); 1917 USPD, bis 1920 Viertelführer in Neu-Lichtenberg; Mitgl. der Rev. Obleute (Firma Goerz-Friedenau), der Januar-Streikleitung 1918 und des (illegalen) VA des A.u.S.-Rates; 10. November 1918 bis 1919 MdVR, im Groß-Berliner Ausschuß für Erwerbslosenfürsorge zuständig; seit 1945/46 Funktionen im FDGB und SED; vgl. IfGA/ZPA, EA Nr. 1673.

11 Wilhelm Pieck (1876-1960); Tischler; 1894 Gewerkschafter, 1895 SPD; 1905-1910 Mitgl. der Bremer Bürgerschaft; 1910 in Berlin Sekretär der Partei-Schule. Im 1. Weltkrieg Mitbegründer der Spartakusgruppe, Oktober 1918 Mitgl. des (illegalen) VA der Rev. Obleute; mit Gründung der KPD Mitgl. der Zentrale, später (1926) des Politbüros; 1921-1928 und 1932-1933 MdPr.LT, 1928-1933 MdR, 1929-1933 Berliner Stadtverordneter; 1933-1945 Emigration UdSSR. 1935 Vors. der KPD, 1946 Vors. der SED. 1949-1960 Präs. der DDR. Lit.: Wilhelm Pieck, Gesammelte Reden und Schriften, August 1904 bis Januar 1919, Bd. I, Berlin 1959; Heinz Voßke/Gerhard Nitzsche, Wilhelm Pieck. Biographischer Abriß, 2. Aufl., Berlin 1975.

12 Paul Wegmann (1889-1945); Mechaniker; 1907 DMV; 1914 SPD, 1917 USPD; im Kreis der Rev. Obleute, Mitgl. des (illegalen) VA des A.u.S.-Rates, 10. November 1918 bis September 1919 MdVR, im PA zuständig für Inneres/Polizeiliche Überwachung (Dezember 1918); 1920/21 VKPD, dann USPD; Redakteur "Die Freiheit", Zwickau; 1922-1924 MdR (USPD, Nachfolge für Ernst Däumig); Studium Hochschule für Politik; 1927 SPD; 1928/29 Stadtjugendpfleger in Berlin-Weißensee, 1930-1933 Kreisjugendpfleger in Zeitz; von den Nazis entlassen, mehrfach inhaftiert; 1937-1940 KZ Sachsenhausen, am 3. April 1945 im KZ Bergen-Belsen verstorben; vgl. IFGA/ZPA, EA 0988.

Dok. 4

9. November 1918

Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates¹ mit Verkündung des Generalstreiks und zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung
*"Vorwärts", Extrablatt, 9. November 1918.*²

Generalstreik!

Der Arbeiter- und Soldatenrat von Berlin hat den Generalstreik beschlossen. Alle Betriebe stehen still. Die notwendige Versorgung der Bevölkerung wird aufrechterhalten.

Ein großer Teil der Garnison hat sich in geschlossenen Truppenkörpern mit Maschinengewehren und Geschützen dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung gestellt.

Die Bewegung wird gemeinschaftlich geleitet von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.³ Arbeiter, Soldaten, sorgt für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung.

Es lebe die soziale Republik!
Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Dok. 5

9. November 1918

Bekanntmachung des sozialdemokratischen Arbeiter- und Soldatenrates über den Übergang von Truppen auf die Seite des Volkes
*"Vorwärts", 2. Extraausgabe, 9. November 1918.*¹

1 Über diesen A.u.S.-Rat vgl. Einleitung, S. XV-XVI.

2 Abgedruckt u.a. in: Ritter/Miller, S. 67-68; Dokumente und Materialien, II/2, S. 330.

3 Diese Feststellung nahm die spätere Einigung beider Parteien über die Regierungsbildung vorweg.

1 Abgedruckt in: Ritter/Miller, S. 68.

Es wird nicht geschossen!

Der Reichskanzler hat angeordnet, daß seitens des Militärs von der Waffe kein Gebrauch gemacht werde.²

Parteigenossen! Arbeiter! Soldaten!

Soeben sind das Alexanderregiment³ und die Vierten Jäger⁴ geschlossen zum Volke übergegangen. Sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter Wels⁵ u. a. haben zu den Truppen gesprochen. Offiziere haben sich den Soldaten angeschlossen.

Berlin, den 9. November 1918

Der sozialdemokratische Arbeiter- und Soldatenrat.

Dok. 6

9. November 1918

Aufruf des Vorstands der Sozialdemokratie Deutschlands und des Arbeiter- und Soldatenrates zur Unterstützung des Reichskanzlers Friedrich Ebert

Aufrufe, Verordnungen und Beschlüsse, S. 1.

Arbeiter, Soldaten, Mitbürger!

Der freie Volksstaat ist da!

2 Die 2. Extraausgabe des "Vorwärts" veröffentlichte auch die offizielle Mitteilung des Reichskanzlers Prinz Max von Baden, der Kaiser habe abgedankt.

3 Gemeint ist das in der Alexander-Kaserne untergebrachte Garde-Grenadier-Rgt. Nr. 1.

4 Es handelt sich um das 4. Jägerbataillon, das aus Naumburg zur Unterdrückung befürchteter Unruhen in die Berliner Alexander-Kaserne verlegt worden war.

5 Otto Wels (1873-1939); Tapezierer; sozialdemokratischer Partei- und Gewerkschaftsfunktionär; 1912-1918 MdR; 1907-1918 Parteisekretär der SPD für die Provinz Brandenburg, 1917-1918 Vors. des Bezirksvorstandes Berlin der SPD; 10. November bis 27. Dezember 1918 Stadtkommandant von Berlin; ab Juni 1919 Mitvors. der SPD; 1919-1920 MdNV, 1920-1933 MdR und Fraktionsvors. der SPD; Mai 1933 Emigration. Zu den Aktivitäten von Otto Wels am 9. November 1918 vgl. Hans J. L. Adolph, Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894-1939. Eine politische Biographie, Berlin 1971, S. 77-78.

Kaiser und Kronprinz haben abgedankt!

Fritz Ebert¹, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, ist Reichskanzler geworden und bildet im Reiche und in Preußen eine neue Regierung aus Männern, die das Vertrauen des werktätigen Volkes in Stadt und Land, der Arbeiter und Soldaten haben. Damit ist die öffentliche Gewalt in die Hände des Volkes übergegangen.

Eine verfassunggebende Nationalversammlung tritt schnellstens zusammen.

Arbeiter, Soldaten, Bürger! Der Sieg des Volkes ist errungen, er darf nicht durch Unbesonnenheiten entehrt und gefährdet werden. Wirtschaftsleben und Verkehr müssen unbedingt aufrechterhalten werden, damit die Volksregierung unter allen Umständen gesichert wird.

Folgt allen Weisungen der neuen Volksregierung und ihren Beauftragten. Sie handelt im engsten Einvernehmen mit den Arbeitern und Soldaten.

Hoch die deutsche Republik!
Der Vorstand der Sozialdemokratie Deutschlands
Der Arbeiter- und Soldatenrat

Dok. 7

9. November 1918

Befehl des Sicherheitsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates zur Internierung der Kriegsgefangenen

Richard Müller, II, S. 231.

Befehl!

Sämtliche Kriegsgefangenen, einschließlich der russischen, sind sofort aufzugreifen und dem nächsten Gewahrsam (Kaserne, Internierungslager)

1 Friedrich Ebert (1871-1925); Sattler; 1889 SPD und Gewerkschaft, 1891-1905 Partei- und Gewerkschaftsfunktionen in Bremen, 1901-1905 Abgeordneter der Bürgerschaft; seit 1905 MdPV, 1908 Vors. der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, 1912-1918 MdR; 1913 (mit Hugo Haase) Vors. der SPD, 1916 Vors. SPD-Reichstagsfraktion; Januar 1918 Mitgl. der Berliner Streikleitung; 9. November Reichskanzler; 10. November bis Februar 1919 Vors. des RdV; ab 11. Februar 1919 Reichspräs.

zuzuführen. Es wird im Interesse der öffentlichen Ordnung dringend gebeten, diese Weisung strengstens durchzuführen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat
Der Sicherheitsausschuß

Dok. 8

9. November 1918

Aufruf des Berliner provisorischen Arbeiter- und Soldatenrates, Delegierte zu wählen

*Schulthess', 1918/I, S. 454.*¹

Um halb 10 Uhr abends wird im großen Sitzungssaale des Reichstages die erste Sitzung des provisorischen Arbeiter- und Soldatenrates eröffnet. [Emil] Barth als Vorsitzender begrüßt den siegreichen Aufstand des Berliner Proletariats und huldigt dem Verhalten der Berliner Garnison, die sich auf die Seite des Volkes gestellt und den fast unblutigen Sieg der Revolution herbeigeführt hat.

Es wird beschlossen, folgenden Aufruf zu erlassen:

Arbeiter! Soldaten! Genossen! Brüder!

Der große, sehnsüchtig erwartete Tag ist erschienen. Seit dem 9. November hat das deutsche Volk die Macht in den Händen. Seit dem 9. November ist Deutschland Republik, und zwar sozialistische Republik der Arbeiter und Soldaten. Unsere Herzen sind voller Stolz. Aber wir haben keine Zeit, uns unserer Freude hinzugeben. Nun gilt es, die organisatorische Grundlage für das neue Gemeinwesen herzustellen. Ungeheure Aufgaben erwarten uns. Vor allem die, eine Regierung zu bilden, die unseren Idealen entspricht und den gewaltigen Problemen gewachsen ist. Grundlage dieser Regierung ist, daß die gesamte gesetzgebende, ausführende, verwaltende und richterliche Gewalt ausschließlich in Händen der Vertreter der Arbeiter und Soldaten ruht. Diese Vertreter zu bestellen ist Eure erste praktische Aufgabe.

¹ Abgedruckt in Ritter/Miller, S. 81-82.

Deshalb Soldaten, Brüder, tretet am Sonntag, 10. November, spätestens 10 Uhr, in den Kasernen und Lazaretten zusammen und wählt Euere Vertreter. Auf jedes Bataillon fällt 1 Delegierter, ebenso auf jede kleinere selbständige Formation und jedes Lazarett.

Arbeiter! Arbeiterinnen! Brüder! Schwestern! Tretet auch Ihr am Sonntag, 10. November, um 10 Uhr in Euren Betrieben zusammen. Auf je 1.000 Beschäftigte, Männer oder Frauen, fällt 1 Delegierter. Kleinere Betriebe schließen sich zusammen. Am Sonntag um 5 Uhr treten die so Gewählten im Zirkus Busch zusammen.²

Arbeiter! Soldaten! Sorgt für die Ausführung dieser Anordnungen. Bewahrt Ruhe und Ordnung!

Berlin, 9. November 1918

Der provisorische Arbeiter- und Soldatenrat

Dok. 9

10. November 1918

Verordnung des Arbeiter- und Soldatenrates über die vom Generalstreik ausgenommenen Bereiche

Aufrufe, Verordnungen und Beschlüsse, S. 3.

Es dürfen nicht streiken:

Handels-, Verkehrs- und Transportgewerbe (insbesondere sämtliche Kutscher und Fahrer der Spedition, Lager, Lebensmittel und Kohlen).

Lebens- und Genußmittelbranche (insbesondere Fleischer, Bäcker, Brauer, Restaurationsgewerbe, außer den Cafés).

Lebenswichtige Staats- und Gemeindebetriebe (insbesondere Gas, Wasser, Elektrizität, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr und ähnliche).

Haus- und Pflegepersonal (auch Hauspersonal!) der Krankenhäuser, Pflege- oder Heilstätten.

Der Arbeiter- und Soldatenrat

2 Vgl. Dok. 12.

Dok. 10

10. November 1918

Aufruf des Exekutiv Ausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates an die Bäcker und den Lebensmittelhandel

"Berliner Volks-Zeitung", Publikations-Organ des Arbeiter- und Soldatenrates sowie der Unabhängigen Sozialdemokratie von Berlin und Umgegend, Nr. 574, 10. November 1918; Presseaufruf.

An die Bäcker und die im Lebensmittelhandel werktätige Bevölkerung von Groß-Berlin

Der ASRat hat einen Ernährungsausschuß eingesetzt. Wir ersuchen alle diejenigen, welche bisher für die Ernährung Groß-Berlins tätig waren, in der bisherigen Weise ihre Arbeit fortzusetzen. Ganz besonders weisen wir die Bäcker darauf hin, daß sie verpflichtet sind, Brot in gewohnter Weise herzustellen.

Die Abgabe von Brot und allen anderen Lebensmitteln darf nur in der bisherigen Weise gegen die ordnungsgemäßen Lebensmittelkarten der Magistratsbehörden erfolgen.

Für den Arbeiter- und Soldatenrat
Der Exekutiv Ausschuß
Emil Barth

Dok. 11

10. November 1918

Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates, freiwillig Aufsicht in gemeinnützigen Betrieben zu führen

*"Vorwärts", Nr. 310, 10. November 1918.*¹

1 Abgedruckt in: Richard Müller, II, S. 231.

Organisatoren gesucht!

Personen, die imstande sind, die Aufsicht über gemeinnützige und städtische Betriebe aller Art zu übernehmen, werden dringend gesucht.

Wer hierzu bereit ist, möge sich auf dem Büro seiner Organisation melden.

Der Arbeiter- und Soldatenrat

Dok. 12

10. November 1918

Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte im Zirkus Busch

*BAP, St 20/1, Bl. 45-47.*¹ *Stenographische Notizen von Richard Bernstein*²; *Durchschrift.*

Redner: Emil Barth, Hans-Georg v. Beerfelde, Friedrich Ebert, Hugo Haase, Karl Liebknecht, Brutus Molkenbuhr, Richard Müller sowie 3 namentlich nicht genannte Personen

Beginn: 17 Uhr

Barth eröffnet, feiert die Revolution, ehrt die Opfer, zu deren Gedächtnis die Versammelten sich erheben, und führt den Beschluß herbei, die Gefallenen im Friedrichshain feierlich beizusetzen.

(Rufe: Auf Kosten Berlins.)

Bürowahl.

1 Vgl. "Vorwärts", Nr. 311, 11. November 1918; auch abgedruckt in: Ritter/Miller, S. 92-94.

2 Richard Bernstein (geb. 1882); österreichischer sozialdemokratischer Journalist; seit 1910 in der Presse der SPD tätig; 1910-1919 Mitarb. der von Curt Baake herausgegebenen "Parlamentarischen Presse-Korrespondenz", Juni bis August 1917 deren Korrespondent in Stockholm; ab 1919 Redakteur des "Vorwärts".

Richard Müller³: Theodor Wolff⁴ schreibt⁵, man wisse nicht, ob die Revolution vorbereitet gewesen sei. Jawohl, das war sie. Wir haben seit Monaten unter allen Gefahren Waffen, Munition und Handgranaten nach Berlin gebracht und einer der tätigsten war Barth. Ich schlage ihn zum Vorsitzenden (der Versammlung) vor.

(Der ebenfalls vorgeschlagene Däumig lehnt ab.)

Zum zweiten Vorsitzenden schlage ich Oberleutnant Walz⁶ vor, der seit Monaten mit uns die Revolution vorbereitet hat.

Barth wird einstimmig, Walz gegen Molkenbuhr⁷ gewählt. Dieser und [Richard] Müller werden Schriftführer.

Vor der Tagesordnung, mit großem Beifall begrüßt

3 Richard Müller (1880-1943); Dreher; 1906 DMV; SPD; 1915 Branchenleiter der Berliner Dreher, Organisator der Rev. Obleute; 1917 USPD; im Januar 1918 Vors. des Berliner AR, Soldat; 10. November 1918 Vors. des Berliner VR (bis Ende 1919). 1919/20 Redakteur der "Deutschen Metallarbeiter-Zeitung"; Dezember 1920 bis Anfang 1922 VKPD, Leiter der Reichsgewerkschaftszentrale und der KPD-Fraktion im Berliner DMV; später (um 1930) Teilhaber und Geschäftsführer der Phöbus-Bau GmbH. Lit.: Richard Müller, Geschichte der deutschen Revolution.

4 Theodor Wolff (1868-1943); Journalist, Publizist, Autor von Gedichten und Theaterstücken; seit 1906 Chefredakteur des "Berliner Tageblatt"; im November 1918 Mitbegründer der DDP; 1933 Emigration, 1943 von Mussolini-Truppen verhaftet und an die Gestapo ausgeliefert.

5 Theodor Wolff hatte im Leitartikel des "Berliner Tageblatt" vom 10. November 1918 geschrieben: "Wir wissen nicht, ob die Revolution aus einem Zufall entstand und dann, getragen durch den allgemeinen Geist, vorwärtseilte, oder ob sie seit langem planmäßig organisiert gewesen ist.", vgl. "Berliner Tageblatt", Nr. 576, 10. November 1918.

6 Eduard Walz (geb. 1895); Pionier-Obltn. (Flammenwerfer); als "Lindner" bereits vor dem 9. November 1918 im (illegalen) VA des A.u.S.-Rates Berlin; am 10./11. November 1918 als SR/MdVR bestätigt, "kontrolliert" das KM. Ausschuß aus dem VR am 26. November 1918 wegen Geheimnisverrats vor dem 9. November 1918, am 5. Dezember 1918 von der Vollversammlung der SR bestätigt; seit den 30er Jahren (vermutlich als Emigrant) in Paris, während der nazistischen Besetzung illegal. Einzelne Briefe Eduard Walz' von 1960/61 aus Paris im Landesarchiv Berlin, Rep. 200, Acc. 2014/15, Bd. 3, Nachlaß Hans Emil Hirschfeld.

7 Brutus Molkenbuhr (1881-1959); SPD; 10. November 1918 als SR des Lazarett Krankenhauses Berlin-Friedrichshain im Aktionsausschuß der Truppen Groß-Berlins und im VR, nach Ausscheiden v. Beerfeldes vom 12. November 1918 bis 8. Januar 1919 2. Vors.; seit 20. Januar 1919 wieder im militärischen Ausschuß des VR.

Ebert: Die Ernährung darf nicht durch Unordnung gefährdet werden. Das wäre das allerschlimmste für die Demokratie. Die Demobilisierung ist sofort durch gründlichste Arbeit vorzubereiten. Die großen Aufgaben verlangen vor allem, daß der alte Bruderstreit begraben wird. (*Stürmischer Beifall.*) Heute nachmittag ist zwischen der USPD und der SPD eine Verständigung über die Zusammensetzung der Regierung zustande gebracht worden. (*Stürmischer Beifall.*) Das Kabinett besteht aus je drei Vertretern beider Parteien.⁸

Nun gilt es, gemeinsam den Aufbau der Wirtschaft auf den Grundsätzen des Sozialismus vorzunehmen. Es lebe die Einigkeit der deutschen Arbeiterklasse und der deutschen Soldaten, es lebe die soziale Republik Deutschlands! (*Stürmischer, lang anhaltender Beifall.*)

Haase (*lebhaft begrüßt*): Ich will lediglich bestätigen, daß die USPD sich mit der SPD über die Bedingungen einer gemeinschaftlichen Regierung geeinigt hat, von dem Bestreben geleitet, die Kraft des Proletariats und der Soldaten ungebrochen zu erhalten. Wir wollen die Errungenschaften der großen, der sozialistischen Revolution befestigen und zwar im Geiste des internationalen Sozialismus. Die Regierung wird eine sozialistische sein, ihre Mitglieder werden gleichberechtigt nebeneinander stehen, auf die politische Leitung werden Bürgerliche keinen Einfluß haben, wohl aber werden die bestehenden Institutionen dazu benutzt werden, um Verkehr, Wirtschaft und Ernährung nicht ganz zusammenbrechen zu lassen. Wir werden alles tun, damit sich die Konterrevolution nicht erhebt, sondern die Riesenopfer, die die Revolution gekostet hat - dazu rechne ich die ganzen Opfer des Weltkrieges - nicht umsonst gebracht sind, daß eine neue Welt aus den Trümmern ersteht. Es lebe die neue Welt. Es lebe die soziale Republik Deutschland (*Stürmischer Beifall*), es lebe die Internationale! (*Beifall und zweifelnde Rufe.*)

Liebknecht (*mit großem Beifall begrüßt*): Ich muß Wasser in den Wein Eurer Begeisterung schütten. Die Gegenrevolution ist bereits auf dem Marsche, sie ist bereits in Aktion! (*Rufe: Wo denn?*) Sie ist bereits hier unter uns! Wer hat zu Ihnen gesprochen, waren das Freunde der Revolution? (*Rufe: Nein! - Lebhaftige Gegenrufe: Ja!*)

⁸ Dem RdV gehörten von der SPD Friedrich Ebert, Otto Landsberg und Philipp Scheidemann sowie von der USPD Emil Barth, Wilhelm Dittmann und Hugo Haase an.

Lesen Sie, was nach dem Willen des Reichskanzlers Ebert (*Ruf: Ohne den wären Sie noch gar nicht da!*) der "Vorwärts" geschrieben hat.⁹ Das war eine Verleumdung der Revolution, die gestern geschlagen worden ist. Es drohen Gefahren für die Revolution von vielen Seiten. (*Rufe: Von Ihnen!*) Gefahren nicht nur aus den Kreisen, die bis dahin das Heft in der Hand gehabt haben, als Scharfmacher, Agrarier, Junker, Kapitalisten, Imperialisten, Monarchisten, Fürsten, Generäle, sondern auch von jenen, die heute mit der Revolution gehen und vorgestern noch Feinde der Revolution waren. (*Stürmische Unterbrechungen: Einigkeit, Einigkeit! - Gegenrufe: Nein! - Rufe: Abtreten!*) Seid vorsichtig in der Wahl der Männer, die Ihr in die Regierung setzt, in der Wahl Eurer Führer, die Ihr vertrauensvoll in die Soldatenräte setzt. Die Soldatenräte müssen die Träger der Rätegewalt in erster Linie sein. Die Rätegewalt kann nicht in nennenswertem Maße in die Hände von Offizieren gelegt werden. Der einfache Soldat in allererster Linie muß das Heft in der Hand behalten. (*Lebhafte Rufe: Geschieht ja!*) In der Provinz sind verschiedentlich höhere Offiziere als Vorsitzende der Soldatenräte gewählt worden. (*Widerspruch*) Ich sage Euch: Feinde ringsum! (*Rufe: Tatsachenverdreher!*) In heimtückischer Weise wird die Soldatenorganisation von den Feinden der Revolution für ihre Zwecke ausgenutzt. (*Andauernde Unruhe*) Ich weiß, wie unangenehm Ihnen diese Störung ist, aber wenn Sie mich erschießen - ich werde das aussprechen, was ich für notwendig halte. Der Triumph der Revolution wird nur möglich sein, wenn sie zur sozialen Revolution wird, nur dann wird sie die Kraft besitzen, die Sozialisierung der Wirtschaft, Glück und Frieden für alle Ewigkeit zu sichern.¹⁰ (*Teilweiser Beifall, andauernde Unruhe. - Erneute Rufe: Einigkeit!.*)

Barth: Es war uns heute vollkommen freigestellt, daß wir von der linken Seite die Regierung allein in die Hand nehmen, und die SPD wollte uns dann in jeder Weise unterstützen. Dieses Angebot wurde uns gemacht, als die Waf-

9 Der "Vorwärts" hatte die mehrfachen Aufforderungen des Parteivorstandes der SPD an die Arbeiter abgedruckt, die laufenden Verhandlungen mit der Regierung des Prinzen Max v. Baden "nicht durch unbesonnenes Dazwischentreten zu durchkreuzen" ("Vorwärts", Nr. 304, 4. November 1918), da bis zu deren Abschluß "eine Aktion der Berliner Arbeiterschaft nur störend wirken" könne ("Vorwärts", Nr. 318, 8. November 1918).

10 Veröffentlicht in: Karl Liebknecht, Gesammelte Reden, IX, S. 596-597.

fenstillstandsbedingungen¹¹ vorlagen. Als wir über diese schwerwiegende Frage nachdachten, kamen wir zu dem Entschluß, daß alle revolutionären sozialistischen Kräfte zusammengefaßt werden müßten. Die bis vorgestern gegen die Revolution gearbeitet haben, sind nun nicht mehr dagegen. Keinem Menschen wird es möglich sein, uns nach rechts zu schieben. Auch 18.000 Eisenbahner haben heute einstimmig hier beschlossen, für den Verkehr Sorge zu tragen und gegen die Konterrevolution alles Erforderliche zu tun.

- Wir haben jetzt bis zum Kongreß aller deutschen Arbeiter- und Soldatenräte eine Zentrale der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte zu wählen.

Auf Wunsch der Versammlung verliest Ebert die Waffenstillstandsbedingungen, die mit großer Bewegung aufgenommen werden.

Barth: Um so notwendiger ist es, alle Kräfte zusammenzufassen, wenn Deutschland gerettet und es möglich gemacht werden soll, daß morgen in Frankreich, Italien und England die proletarische Revolution ausbricht. (*Stürmischer Beifall*) Schuld an diesen Bedingungen sind die Schurken, die den Krieg solange geführt und rücksichtslos mit Menschenleben gespielt haben. (*Ein Rufer: Und die die Kredite bewilligt haben!*) Wir müssen diese Schurken vorläufig als Geisel bekommen, um sie später abzuurteilen, wie es ihnen gebührt.

Der vereinigte Aktionsausschuß soll aus 18 Mitgliedern, 9 Soldaten und 9 Arbeitern bestehen.

11 Die Waffenstillstandsbedingungen sahen u.a. die Räumung der im Westen besetzten Gebiete sowie Elsaß-Lothringens, die Besetzung des linken Rheinufer durch alliierte Truppen, die Ablieferung bedeutender Mengen von Waffen, Kriegsgerät und Transportmitteln sowie die Unterstellung der Hochseeflotte unter alliierte Kontrolle vor. Die Annahme der Bedingungen war am 10. November 1918, 12 Uhr mittags, gemeinsam von Vertretern der letzten kaiserlichen Regierung und des RdV beraten und am 11. November 1918 durch die Unterzeichnung des Waffenstillstandes seitens Deutschlands und der Alliierten vollzogen worden. Vgl. das Protokoll der Beratung veröffentlicht in: Berthold/Neef, S. 153-157; Regierung der Volksbeauftragten, I, S. 23-28; den Text der Bedingungen und der Abkommen in: Der Waffenstillstand 1918-1919. Das Dokumentenmaterial der Waffenstillstandsverhandlungen von Compiègne, Spa, Trier und Brüssel. Notenwechsel, Verhandlungsprotokolle, Verträge, Gesamttätigkeitsbericht. Im Auftrage der Deutschen Waffenstillstandskommission hrsg. von Edmund Marhefka, Bd. 1, Berlin 1928, S. 23-57.